EUR 5,00

ZAG



ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 67/2014 ISSN: 2192-6719

RECHTSPOPULISMUS



WaNtED

Im Angesicht der dynamischen Entwicklung rassistischer Wirklichkeit wollen wir die ZAG verstärken: Personell, strategisch, finanziell und überhaupt. Deshalb wenden wir uns an euch.

- Wir suchen freiheitsliebende und machtkritische Persönlichkeiten, die mit uns die ZAG der Zukunft gestalten wollen.
- Wir suchen Redakteur_innen, die mit uns die ZAG weiterentwickeln wollen,
- wir suchen Aktivist_innen, die mit uns Überlegungen anstellen wollen was die Antira- und Antifa-Szene voranbringen könnte,
- wir suchen web2.0 Nerds, die unsere Online Redaktion vergrößern wollen,
- wir suchen Medienstrateg_innen, die zukunftsweisende Papier - Online-Kombinationen erdenken und entwickeln wollen,
- wir suchen Lösungen, wie kurzfristige online Debatten und Aktionen mit der Papierausgabe zusammengehen können,
- wir suchen Unterstützer_innen für Buchhaltung oder Lektorat oder Catering oder ...
- wir suchen nach Spenden für die Finanzierung der ZAG,
- wir suchen Abonnent_innen, die mit 10 bis 15 Euro im Jahr unsere Kontinuität absichern,
- wir suchen Euch!

Und wir bieten einen solidarischen Umgang, Offenheit für neue Themen und Ideen, Gestaltungsmöglichkeiten, unsere Erfahrungen in der Redaktionsarbeit, viele Ideen und scharfen analytischen Verstand.

MEldEt EUcH!

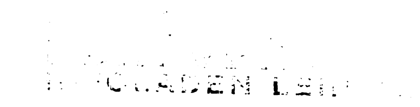
redaktion@zag-berlin.de

ABBILDUNGEN IM HEFT

- Der Titel zeigt die Aktion »28 Türen«.
- Hinten und im Heft Ansichten des EU-Parlaments in Strasbourg.

INHALT

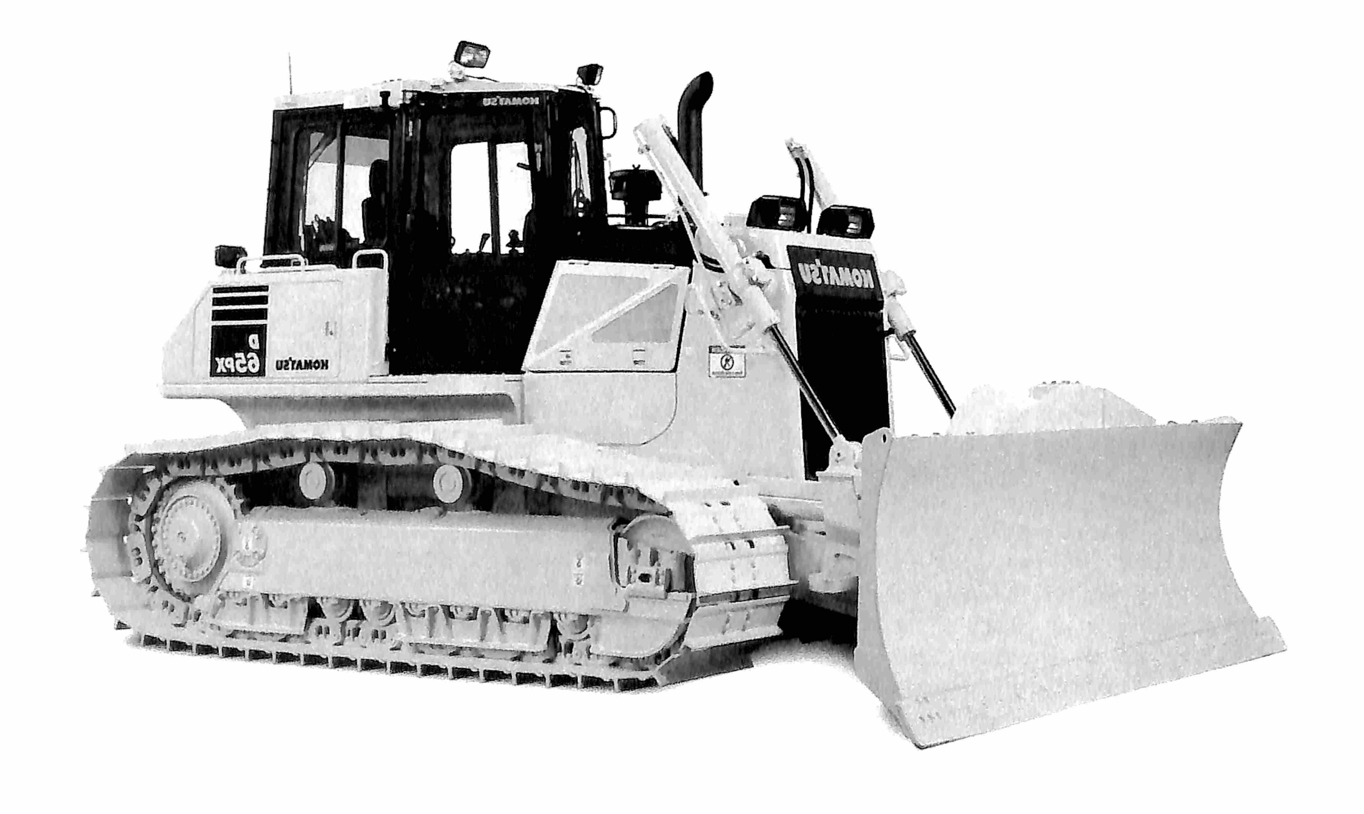
EDITORIAL



#STAATUNDNAZISHANDINHAND
AUF DEM RECHTEN AUGE BLIND. UND LINKS SEHR SCHNELL GEREIZT.

Wir erblicken in letzter Zeit überall »Autoritäre Persönlichkeiten«. Der alte Fromm hatte einen enormen Weitblick. Die autoritäre Persönlichkeit ist dadurch gekennzeichnet, dass sie ein geringes Selbstwertgefühl hat und sich deshalb kollektiven Symbolen oder besser noch Hierarchien unterwirft. Diese Hierarchien helfen dann, die unterdrückten Triebe destruktiv gegen Menschen zu richten, die irgendwie nicht in die Hierarchie passen, von woanders kommen (Ethnozentrismus) oder sogar freiheitliche, antiautoritäre Gedanken formulieren.
Übertreibung?
Keineswegs!
Eine eigentlich ganz niedliche Variante war eine Kündigung, die uns erreichte. Vielen Dank für das freundliche Feedback. Demnach sind wir der Person »zu links« (Danke für das Kompliment) und bringen zu viele Geschichten über »das Ausland«. Hier kommt die Ablehnung von freiheitlichen Gedanken zusammen mit der Ablehnung von Informationen über die große weite Welt jenseits des deutschen Sprachraums.
Die Berliner Polizei hat ganz tolle Ideen, wie schon kleine Kinder sich spielerisch in der Polizeihierarchie einfinden und andere Menschen unterwerfen können. Mit Kinderwasserwerfern, Gefangenenbus und Hausdurchsuchungs-Puppenstuben wird von klein auf gelernt, wie schön es ist, Befehlen zu gehorchen und Menschen zu schikanieren. Was noch fehlt ist, babyhautverträgliches Mini-Pfefferspray, Schlagstöckchen und ein Mini-Milgram Experiment mit dem Eisenbahntrafo. Als ich klein war, haben meine Eltern Spielzeugrevolver abgelehnt.
Auch für die Großen gibt es die Spielzeugabteilung für autoritäre Persönlichkeiten: den niedlichen, spielerischen weltoffenen und toleranten Fußballnationalismus. Wie friedlich und weltoffen der war, das wurde mit dem Hashtag Mobwatch auf Twitter dokumentiert. Die Identifikation mit SchwarzRotGold verleitet offensichtlich zu rassistischen Sprüchen und Gewalttaten. Das ist mittlerweile sogar wissenschaftlich erwiesen (Institut für Konflikt- und Gewaltforschung).
Auf dem rechten Auge ist der Staat offenkundig blind. Das BKA führt eine Kartei »personengebundener Hinweise«, wo ohne richterlichen Beschluss oder Ähnliches und lediglich nach Gutdünken von Beamt_innen Hinweise wie geisteskrank, drogenabhängig, Prostitution oder Ähnliches eingepflegt werden. Spannend ist das Zahlenverhältnis von »Straftäter links« gegen »Straftäter rechts« mit 3490 zu 10. Seit dem NSU-Skandal, seit Fußballfans in deutschen Polizeibussen Nazi-Aufkleber finden, seit das Rassismusproblem der Polizei in Sachsen-Anhalt wissenschaftlich dokumentiert wurde und Polizist_innen in Köln und Aachen online und per SMS Rassismus verbreiten und Kolleginnen mobben, seit Polizisten in Zivil im betrunkenen Zustand Afrikaner in einem Berliner Park überfallen und meinen, die Polizeimarke würde ihnen das Recht dazu geben – seitdem wundert uns gar nichts mehr. Vermutlich liegt es daran, dass in der Polizei und in der rechten Szene die gleichen autoritären Charaktermerkmale gefragt sind: Gehorsam, Gewaltbereitschaft, Unterordnung und Identifikation mit Deutschland. Dazu passt es auch ganz hübsch, dass Polizei und Verfassungsschutz kein Interesse daran haben, den NSU-Skandal aufzuklären, und dass den staatsdienenden Zeugen nicht die Erlaubnis gegeben wird, im Gericht auszusagen. In Baden-Württemberg hat nicht mal der Landtag ein Interesse an Aufklärung des Mordes an einer Polizistin und verzichtet daher auf einen Untersuchungsausschuss. Neun ermordete Migrant_innen, eine ermordete Polizistin und zahlreiche Verletzte gehen auf das Konto der Nazis. Aber wenn linke Gentrifizierungsgegner_innen Farbbeutel und Steine auf Luxus-Carlofts schmeißen, dann sehen der Berliner Innensenator, Lokalpolitiker_innen, der Polizeipräsident die öffentliche Ordnung in Gefahr. Dann wird gefordert, »Rechts- und Linksextremisten mit gleicher Vehemenz« zu bekämpfen. Ja, nee, ist klar. Bedeutet das, dass die linke Szene Geld, Waffen und falsche Papiere vom Verfassungsschutz bekommt, dass V-Leute die Logisitik organisieren und anschließend die Akten geschreddert werden?
Damit sich Polizist_innen mit ihrem Rassismus nicht in der Öffentlichkeit blamieren, ist es folgerichtig, die rassistische Praxis der menschenunwürdigen Behandlung von Flüchtlingen zu einem privaten Gewinngeschäft zu machen. Der staatliche Rassismus führt dann dazu, dass auch der kleine Mann, der in eine Uniform gesteckt wird, sich unmenschlich und autoritär verhält. Die »Sammelunterkunft« genannten Flüchtlingslager sind im Grunde genommen Stanford Prison Experimente ohne wissenschaftliche und vor allem ohne zivilgesellschaftliche Kontrolle. Menschen, die der Staat möglichst rechtlos halten und abschieben möchte, werden von unterbezahlten gescheiterten Existenzen »beschützt«. Die bisher bekannt gewordene Gewalt gegen Flüchtlinge ist vermutlich nur die Spitze des Eisbergs. Der Vergleich mit Guantanamo ist unpassend. Angemessen wäre Abu Guraib. Der institutionelle und auch der ganz persönliche Rassismus werden zunehmen, wenn rechtspopulistische Parteien wie die AfD ihre menschenfeindliche Propaganda verbreiten können und womöglich sogar an CSU-Regierungen beteiligt werden. Horst Seehofer mag die gebildeten und klugen Professoren von der AfD ganz gern.
Und weil uns der Rechtsruck bei den EU-Wahlen erschreckt hat, haben wir den Schwerpunkt kurzerhand umdisponiert und wenden uns im neuen Schwerpunkt dem Phänomen des Rechtspopulismus zu.
Der Klassenkampf ist aber nicht abgesagt. Wir geben den Widersprüchen kapitalistischer Verhältnisse nur mehr Zeit zur dialektischen Aufhebung und schauen mal, was die linke Zeitschriftenlandschaft nach der Prokla und den feministischen an.schlägen so zum Thema zu schreiben haben. Das Thema bleibt aber vermutlich aktuell bis Anfang nächsten Jahres. Sollte jedoch der Kapitalismus zwischenzeitlich abgeschafft werden, dann würden wir das fast fertige Heft als Rückschau umbauen. ✖

Eure ZAG



AKTUELL

STICHWORT ZUCKERGUSS

EIN LAGER WIRD WEGDEFINIERT

NO LAGER HALLE

Das europäische Migrations- und Grenzregime zeigt sich selten so unverblümt machtbewusst wie in der in Kürze europaweit startenden Polizeiaktion zum Aufspüren papierloser Migrant_innen, deren lateinischer Name »mos maiorum« (wörtlich »Sitte der Vorfahren«) unter anderem für die Tradition der bedingungslosen Staatstreue und militärischen Stärke steht. Während der Ausbau von Grenzkontrollen weiter voranschreitet, gibt sich Europa sonst lieber als liberaler, offener Kontinent mit Friedensnobelpreis und Willkommenskultur. Ausländerbehörden werden »Willkommensbehörden«; der Terminus »Abschiebung« wurde und wird sukzessive durch Begriffe wie »Rückführung« und »Zurückschiebung« ersetzt, und der Staat entlässt die Geflüchteten zunehmend aus der als grausam wahrgenommenen Abschiebung und zwingt sie zur »freiwilligen Rückkehr«.

Diese Entwicklung zeigt sich auch im Landkreis Wittenberg, wo Ende 2012 das Lager in Möhlau nach langjährigen Protesten von Geflüchteten geschlossen werden musste. Die Forderung nach einer dezentralen und selbstbestimmten Unterbringung wurde dadurch jedoch nicht umgesetzt.

Seit der Schließung müssen sämtliche sogenannten »alleinreisenden« Geflüchteten (meist alleinstehende Männer), die dem Landkreis Wittenberg zugeteilt wurden, in einer Reihe von Neubaublöcken in Vockerode leben. Vockerode ist ein kleines Dorf mit etwa 1.600 Einwohner_innen und kaum Infrastruktur. Außer einer Bäckerei gibt es keine Einkaufsmöglichkeiten, der Bus fährt selten und teils nur auf Anruf. An der Situation der Geflüchteten hat sich seit dem Umzug aus Möhlau wenig geändert.

»ZENTRALE WOHNUNGSUNTERBRINGUNG«

Neu ist, wie der Landkreis die Unterbringung in Vockerode bezeichnet und behandelt. Während sich beim Thema Möhlau abgesehen vom exakten Wortlaut alle einig waren, dass es sich um ein Lager handelte (in Behördensprech also »Gemeinschaftsunterkunft«), ist man in Wittenberg der Überzeugung, dass dies in Vockerode keineswegs der Fall sei. Die Begründung findet sich im entsprechenden Konzeptpapier zur Unterbringung von Geflüchteten im Landkreis:

»Die Unterbringung [...] in Vockerode ist somit [...] als Unterbringung in Wohnungen zu qualifizieren. Es werden dort keinerlei Räume zur gemeinschaftlichen Nutzung vorgehalten, welches das Wesensmerkmal einer Gemeinschaftsunterkunft wäre. Vielmehr ist jede einzelne Wohnung entsprechend den Vorgaben [...] durch einen Eingang unmittelbar von einem Treppenhaus zu betreten.«

Der Landkreis bezieht sich dabei auf Bestimmungen des Landesinnenministeriums, in denen die Wohnungsunterbringung definiert wird. Dass es sich beim direkten Zugang über ein Treppenhaus selbst aus Sicht des Landes explizit um eine von mehreren Voraussetzungen handelt, ignoriert der Landkreis Wittenberg dabei ebenso wie die Tatsache, dass auch die Wohnungen im Lager Möhlau direkt über ein Treppenhaus zugänglich waren. Mit den Argumenten, dass vereinzelte Wohnungen in den Blöcken auch an Privatpersonen (gemeint sind Menschen mit deutschem Pass) vermietet werden und es sich auch im baurechtlichen Sinne nicht um eine Anlage für soziale Zwecke handele, kommt der Landkreis zu dem Schluss, dass in Vockerode eine »zentrale Wohnungsunterbringung« vorliege.

Neben der Dezentralität fällt bei diesem juristischen Konstrukt und dessen politischer Umsetzung das wichtigste Kriterium – die selbstbestimmte Wahl des Wohnungsorts – vollständig unter den Tisch. Gleichzeitig versucht das für die Unterbringung zuständige Sozialamt mit Verweis auf die Eigenverantwortlichkeit der »in Wohnungen« lebenden Geflüchteten, die Ausgabe von Ausstattungsgegenständen wie Bettwäsche und Glühbirnen zu verweigern. Auch die Verantwortung für die Reinigung der Treppenhäuser weist es – da es sich ja nicht um ein Lager handele – zurück: Dafür seien die Geflüchteten selbst verantwortlich.

Die vermeintliche Eigenverantwortlichkeit der Geflüchteten hält den Landkreis freilich nicht davon ab, den Geflüchteten Vorschriften bezüglich der Einrichtung ihrer Wohnungen zu machen, was beispielsweise die Anschaffung von Kühlschränken angeht. Auch mit der Privatsphäre ist es nicht weit her: Dank einer entsprechenden Bestimmung im Nutzungsvertrag können Hausmeister und Sozialamt ohne große Schwierigkeiten in den Wohnungen ein- und ausgehen. Davon machen sie auch je nach Belieben Gebrauch.

LANDKREIS OHNE LAGER?

Mit dem Konstrukt der »zentralen Wohnungsunterbringung« eignet sich der Landkreis die in langjährigen Kämpfen der Geflüchteten für die Schließung des Lagers Möhlau immer wieder vorgebrachte Forderung nach einer selbstbestimmten dezentralen Unterbringung in Wohnungen an und deutet sie für seine Zwecke um. So kann er sich als Landkreis ohne Lager darstellen, was sich neben der Außenwirkung auch darin niederschlägt, dass die vorher schon nicht gerade rege Wittenberger Zivilgesellschaft zu diesem Thema inzwischen vollends verstummt ist. Hinzukommt der praktische Nutzen, dass der Landkreis damit nicht mehr unter die Aufsicht des Landesverwaltungsamts fällt. Letzteres hatte letztendlich auch die Schließung Möhlaus aufgrund des baulichen Zustands angeordnet. ✖

WEITERE INFORMATIONEN

✖ *Website von No Lager Halle: www.no-lager-halle.org*

MARE NOSTRUM

WIDERSTAND VON UNTEN ZWINGT EUROPA ZUR RETTUNG

▢ AKTIVE AUS DEN INITIATIVEN UND NETZWERKEN FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FLUCHT UND MIGRATION, AFRIQUE EUROPE INTERACT, WELCOME TO EUROPE UND TRANSACT!

Mit folgendem Text wollen wir – Aktive aus unterschiedlichen migrations- und fluchtbezogenen Netzwerken – einige Überlegungen zur italienischen Marineoperation Mare Nostrum und somit zur aktuellen Situation im zentralen Mittelmeer zur Debatte stellen. Denn dort wurde in den vergangenen Monaten im Zusammenwirken von hartnäckig die Überfahrt wagenden Boatpeople sowie öffentlicher Kritik das EU-Migrationsregime in die Defensive gedrängt. Die Rettung jeder einzelnen Person – und das vieltausendfach – ist eine großartige Nachricht, die zudem einen Blick in die Zukunft ermöglicht: das Ende des Massengrabs im Mittelmeer. Denn es sollte immer wieder in Erinnerung gerufen werden, dass erst ab 1993 durch politische Entscheidungen all jene tödlichen Kontroll- und Ausgrenzungsmechanismen erschaffen wurden, die auch von heute auf morgen wieder verschwinden könnten. Dass sich dies allein durch nachhaltigen Druck von unten durchsetzen lässt, ist zentraler Ausgangspunkt der folgenden sieben Thesen, deren letzte einige Handlungsziele für die kommenden Monate skizziert.

1. VON DEN ZIELEN DER MILITARISIERUNG...

Auf Anordnung der italienischen Regierung begann das italienische Militär Ende Oktober letzten Jahres mit der Operation »Mare Nostrum«. In Reaktion auf die »Tragödie« vom 3. Oktober 2013 vor Lampedusa startete die Marine einen Großeinsatz, um Boatpeople frühzeitig auf See zu retten bzw. abzufangen. Eine ganze Flotte inklusive Aufklärung aus der Luft wurde bis nahe der libyschen Küste in Bewegung gesetzt, um eine lückenlose Überwachung zu gewährleisten. Dieser neue Schritt der Militarisierung des Grenzregimes zielte auf Abschreckung durch vorverlagerte Präsenz, unter anderem indem Fluchthelfer noch auf See identifiziert und festgenommen werden sollten. Darüber hinaus wurden Flüchtlinge und MigrantInnen auf den Schiffen registriert, zur Abnahme der Fingerabdrücke gezwungen und nach Herkunftsländern »gescreent« – und das mit dem Ziel, das weitere Verfahren in Sizilien vorzubereiten: Menschen aus Eritrea, Somalia oder Syrien sollten fortan aufgenommen und in Lagern untergebracht werden. Demgegenüber landeten NigerianerInnen oder GambierInnen auf der Straße, manche erhielten auch Ausreiseaufforderungen. Noch schlimmer die Lage tunesischer und ägyptischer MigrantInnen: Sie sahen sich verschärften Rückschiebungen ausgesetzt. Dass anfangs auf einem der Schiffe auch libysche Offiziere an Bord waren (vorgeblich »zur Beobachtung«), zeigt umissverständlich, dass Mare Nostrum von Anfang an unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt hat.

2. ... ZU DEN REALITÄTEN DER RETTUNG

Es kam anders: Alle »Kooperationsbemühungen« in Libyen scheiterten, weil die Machtkämpfe es verunmöglichten, verlässliche Partner zu finden – mittlerweile zählt das Land gänzlich als Failed State. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, mussten alle aufgegriffenen Boatpeople nach Sizilien transportiert werden. Selbst in den Winter- und Frühjahrsmonaten hatten sich die Überfahrten fortgesetzt, seit März starten immer mehr Boote, und statistisch gesehen ist das laufende Jahr bereits Ende Juli ein neues Rekordjahr: Im Verhältnis zu den Ankunftszahlen gab es schon lange nicht mehr derart wenig Todesfälle im Zentralen Mittelmeer wie in den ersten fünf Monaten des Jahres 2014. Zugespitzter: Mare Nostrum sollte das Sterben reduzieren, um einer handfesten Legitimationskrise des Migrationsregimes vorzubeugen. Als Seenotrettungsprogramm ist Mare Nostrum unterdessen für eine große Zahl von Flüchtlingen und MigrantInnen zur (halben) Brücke nach Europa geworden. Genau das sollte – so ungewöhnlich es erscheinen mag – als ein an Bedeutung kaum zu überschätzender Lichtblick bzw. Erfolg der letzten Monate verstanden und anerkannt werden, im Übrigen auch mit Blick auf die ebenfalls existentiell in Mitleidenschaft gezogenen Angehörigen.

3. DIE BEWEGUNG DER MIGRATION SCHLEIFT DIE MILITARISIERTE FESTUNG

Trotz aller Abschreckung durch kalkuliertes Sterben-Lassen, trotz systematischer Menschenrechtsverletzungen mittels Rückschiebungen: Es ist und war in erster Linie die Hartnäckigkeit der sozialen Bewegung der Migration, die dem unerbittlichen EU-Grenzregime diesen Erfolg abgerungen hat. Auch an einem weiteren Zacken der Festung wird heftig geschleift. Vor allem Gruppen syrischer und eritreischer Flüchtlinge hatten in den letzten Monaten kollektiv die Abgabe der Fingerabdrücke verweigert, denn sie wussten bereits um die Gefahr, mit diesem Fingerabdruck an Italien als Land der Asylantragstellung gebunden zu bleiben, inklusive der damit verbundenen drohenden Obdachlosigkeit und mangelnden Perspektiven. Entsprechend wurden sie durch Aufstandsbekämpfungseinheiten zunächst auf Lampedusa und später auf Sizilien zur Abgabe gezwungen. Dabei wurden dehydrierte und entkräftete Flüchtlinge wiederholt teils mit Elektroschockern, teils mit roher Gewalt (inklusive Knochenbrüchen) attackiert. Ergebnis dieser Auseinandersetzungen war, dass Italien mittlerweile tausendfach auf biometrische Kontrollen und somit auf den »Fluch des Fingers«, d.h. Dublin III, verzichtet – eine Feststellung, die freilich nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass sich die italienische Regierung auf diese Weise auch ihrer Verantwortlichkeit in der Flüchtlingsfrage zu entziehen und das übrige Europa unter Druck zu setzen versucht.

4. NACHWIRKUNG DER AUFSTÄNDE IN NORDAFRIKA

Mit den Aufstandsbewegungen zunächst in Tunesien, dann in Ägypten und in Libyen sind 2011 kurz nacheinander drei sogenannte Wachhundregime der EU in Nordafrika weggebrochen. Vom arabischen Frühling ist zwar heute allenfalls in Tunesien noch etwas zu spüren, der Militärputsch in Ägypten und der Bürgerkrieg in Libyen spiegeln

fatale innen- wie auch geopolitische Entwicklungen. Dennoch ist es der EU in diesen Gefügen bislang nur teilweise gelungen, ihr Ziel einer vorverlagerten Migrationskontrolle neu zu verankern. Zwar funktioniert längst wieder die Rückschiebung tunesischer und ägyptischer Harragas (»Grenzverbrenner«) aus Italien. Zudem sind Flüchtlinge und MigrantInnen aus Subsahara-Afrika mit massiver Entrechtung in Tunesien konfrontiert, einschließlich der zynischen Alternative zwischen unbefristeter Haft oder »freiwilliger« Ausreise. Und doch: Die Einbindung in eine umfassendere Externalisierungsstrategie, die insbesondere die subsaharische Migration ausbremsen soll, funktioniert weniger reibungslos als ehedem, insbesondere im extrem krisendurchschüttelten Libyen.

5. WIDERSTAND UND KRITISCHE ÖFFENTLICHKEIT IN EUROPA

Ein dritter Faktor hat mit dem 3. Oktober 2013 maßgeblich an Gewicht gewonnen: Quer durch Europa und besonders in Deutschland war die mediale Berichterstattung kritischer denn je. Niemals in den letzten 20 Jahren wurde die EU-Migrationspolitik derart grundsätzlich in Frage gestellt. Angesichts der Kindersärge in Lampedusa mussten sogar die verantwortlichen PolitikerInnen Krokodilstränen verdrücken. Doch die öffentlich-mediale Zäsur war mitnichten vom Himmel gefallen, sie reflektiert vielmehr einen in den letzten Jahren in vielfältiger Weise gewachsenen Protest und Widerstand gegen das tödliche EU-Grenzregime. Bereits 2004 bis 2006 waren im Atlantik Tausende von MigrantInnen ertrunken, ohne dass es eine breitere Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen hätte. Und auch in den letzten Jahren gab es einzelne »Bootstragödien« mit noch mehr Toten als am 3. Oktober, ohne dass es zu einem vergleichbaren Aufschrei gekommen wäre. Kurzum: Die schrecklichen Bilder aus Lampedusa haben ein sich beständig füllendes Fass zum Überlaufen gebracht. Tausendfache Proteste und Gedenkveranstaltungen zu den Opfern an den Außengrenzen, hundertfache Aktionen gegen Abschiebungen und nicht zuletzt die zunehmende Selbstorganisierung von Flüchtlingen – all dies hat dazu beigetragen, dass die Verantwortlichen für die Opfer des Grenzregimes unter massiven Druck geraten sind und dass Slogans wie »Refugees Welcome« und »Kein Mensch ist illegal« mittlerweile auf neuem Niveau unterstützt werden.

6. RÜCKKEHR ZUM MASSENSTERBEN?

Während die internationale Presse regelmäßig über die Flüchtlinge berichtet, die durch Mare Nostrum gerettet werden, herrscht in den letzten zwei Monaten ein zensurähnliches Schweigen über die zunehmenden Schiffskatastrophen zwischen Libyen und Sizilien. Konkreter: Seit Mai 2014 nehmen die Meldungen zu, wonach sich die italienischen Militärschiffe immer wieder aus der See vor Libyen zurückziehen und immer größere Lücken lassen, die auch die italienische Küstenwache nicht mehr schließen kann. Einige Schiffskatastrophen haben sich trotz SOS-Alarm ereignet. Über 1300 neue Opfer des Grenzregimes sind die Konsequenz dieses Teilrückzuges, während in der italienischen Öffentlichkeit die zu hohen Kosten der Operation beklagt werden und die EU – allen voran die deutsche Regierung – alle Forderungen nach einer europaweiten Beteiligung strikt zurückweist. Überlegungen, dass Frontex das Rettungsprogramm übernehmen solle, erscheinen vollends absurd: Die EU-Grenzschutzagentur hat weder die Ausstattung und die Kapazitäten und noch weniger das Interesse. Frontex steht vielmehr für Flüchtlingsabwehr und Migrationskontrolle mit allen Mitteln.

7. FORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN

Retten mit allen Mitteln, im gesamten Mittelmeer und auch vor der libyschen Küste: Das ist das dringende Gebot der Stunde! Denn das Leben im libyschen Transit wird für Flüchtlinge immer unerträglicher angesichts der Folter in den Lagern und dem Rassismus sowie den kriegerischen Auseinandersetzungen auf den Straßen. Selbst der UNHCR hat sich vollständig aus Libyen zurückgezogen. Auf das SOS der Boatpeople muss reagiert werden, Mare Nostrum hat gezeigt, dass dies möglich ist. Es gilt zudem, die ersten Ansätze selbstorganisierter Alarmnetzwerke mit Notruftelefonen zügig weiterzuentwickeln, um Echtzeit-Druck auf die Verantwortlichen ausüben zu können, falls die Rettung unterbleibt oder hinausgezögert wird. Schließlich: Fähren für die Bedürftigen hatte der Papst als einflussreiche Stimme angemahnt, legale Einreisemöglichkeiten fordern verschiedenste Menschenrechtsgruppen. Das wären sinnvolle Zwischenschritte, wenn es nicht mit der Etablierung eines reformierten neuen Grenzregimes einhergeht, sondern mit einer grundsätzlichen Kritik an der EU-Migrationspolitik verbunden wird. Die Visumsverfahren und das gesamte Instrumentarium der Ausgrenzung müssen fallen, um das universelle Recht auf Schutz und Bewegungsfreiheit durchzusetzen. Freiheit statt Frontex bleibt die zugespitzte richtige Devise, und der Weg zu dieser Freiheit muss mit dem verstärkten Aufbau von Strukturen der Selbstorganisierung und Unterstützung entlang der gesamten Route gebahnt werden. ✖

ZUM TEXT

✖ *Der Text ist u.a. zu finden unter http://ffm-online.site36.net*



WATCH THE MED – NOTRUFTELEFON GEGEN DAS STERBEN-LASSEN AUF SEE

TRANSNATIONALES NETZWERK ALARMIERT SEIT OKTOBER BEI SEENOT UND RÜCKSCHIEBUNGEN

HELMUT DIETRICH

In den ersten neun Monaten des Jahres 2014 hat es mehr als 3.000 registrierte Tote gegeben, nirgendwo sonst auf der Welt sind in den letzten Jahren so viele Menschen auf der Flucht ums Leben gekommen. Dennoch entschieden die verantwortlichen EU-Gremien am 27.08.14, die italienische Seenotrettung »Mare Nostrum« zurückzufahren und schrittweise durch eine »Frontex« Abschottungsmission in EU-Küstengewässern zu ersetzen.

Damit ist vorgezeichnet, dass das Massensterben im Mittelmeer noch größere Dimensionen annehmen wird.

Ein transnationales Netzwerk will diese Situation nicht länger tatenlos hinnehmen. Aus Tunis und Palermo, aus Strasbourg, Wien, Berlin und weiteren Städten testeten etwa 50 Aktive seit Ende September ein gemeinsames Notruftelefon für Boat-People im Mittelmeer. Es ist rund um die Uhr besetzt, mit einem multilingualen Team in Bereitschaft.

Das Notruftelefon wird Anrufe von den Migrationsrouten im zentralen Mittelmeer, in der Ägäis sowie zwischen Marokko und Spanien entgegennehmen. Das Projekt kann keine eigenen Rettungsaktionen ausführen, aber es wird Alarm schlagen, wenn solche Operationen verzögert oder gar verweigert werden. Die Nummer wird in wichtigen Transitländern Nordafrikas sowie in der Türkei bei MigrantInnen und Flüchtlingen bekannt gemacht.

Das Notruftelefon wird von Organisationen auf beiden Seiten des Mittelmeeres unterstützt.

»Wir sind überzeugt, dass das tödliche Grenzregime gestoppt werden muss«, beschreibt die Aktivistin Lisa B. die Zielsetzung des Netzwerkes. »Doch solange es existiert, muss zumindest unter Einsatz aller Mittel gerettet werden. Wenn wir mitbekommen, dass diese Hilfeleistung unterbleibt, werden wir versuchen, sofortigen öffentlichen Druck zu entfalten.« ✖

Den Aufruf zum »Watch The Med Alarm Phone« in sieben Sprachen, alle UnterzeichnerInnen sowie aktuelle Informationen und Berichte finden Sie auf folgender Website:
www.watchthemed.net/index.php/page/index/12

WEITERE INFORMATIONEN

✖ *Watch The Med / Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, 0049-(0)176- 358776*

SCHLIMMER GEHT IMMER

DIE AUSTRALISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK DER ABBOTT-REGIERUNG

ANTJE MISSBACH

Seit September 2013 wird Australien wieder unter einer konservativen Regierung geführt. Bereits im Wahlkampf hatten sich der jetzige Premierminister Tony Abbott und sein Team vor allem ein Thema zunutze gemacht: Wie lassen sich *boat people* (also Asylsuchende, die per Boot kommen) von Australien fernhalten. Obwohl Abbotts Asylpolitik in vielerlei Hinsicht eine Weiterführung der Politik der vorherigen Labour-Regierungen unter Julia Gillard und Kevin Rudd ist, gibt es einige drastische Neuerungen.
Innerhalb von Wochen nach der Wahl startete die neue Regierung die Operation »Souvereign Borders«, deren Hauptaufgabe es ist, keine Flüchtlingsboote durchzulassen. Diese Maßnahmen erfolgen nicht etwa unter zivilen Behörden, sondern stehen unter der Aufsicht des Militärs. In mindestens sechs Fällen haben die Streitkräfte in den darauffolgenden Monaten Flüchtlingsboote aufgegriffen und zurück in indonesische Gewässer gebracht. Dabei sind sie ohne Genehmigung und »aus Versehen«, wie es in den offiziellen Regierungsstellungnahmen heißt, in die indonesische 12 Meilen-Hoheitszone eingedrungen. Der Protest aus Indonesien verhallte allerdings recht bald.
Es ist durchaus denkbar, dass es noch mehr Fälle gab, die nicht bekannt wurden. Anders als ihre Vorgängerregierung, die auf Transparenz setzte, hat die Abbott-Regierung Anfang 2014 den Informationsfluss zum Thema Asylsuchende massiv eingeschränkt. Begründet wird diese Maßnahme damit, dass »Pressekonferenzen kein Nachrichtenservice für Schleuser sein sollen«.

VERTRAGSBRUCH

Anfang Juli 2014 wurde trotz der australischen Nachrichtensperren bekannt, dass zwei Flüchtlingsboote mit Tamilen und Singhalesen, die allerdings nicht direkt aus Sri Lanka, sondern aus südindischen Flüchtlingscamps kamen, außerhalb des australischen Hoheitsterritoriums gesichtet worden waren. Das erste Boot, mit 41 Männern, Frauen und Kindern an Bord, wurde an das sri-lankische Militär übergeben. Angesichts der Menschenrechtssituation in Sri Lanka stellt diese Übergabe einen eklatanten Verstoß gegen die internationale Flüchtlingskonvention dar, die Australien bereits 1954 unterzeichnete. Die Menschen an Bord hatten keine Möglichkeit, Asyl zu beantragen. Die verkürzte Befragung der australischen Immigrationsbehörde via Satellitentelefon umfasste gerade einmal vier Fragen (Name, Ursprungsland, Abreiseort und Grund der Abreise). Die Menschen auf dem zweiten Boot wurden über drei Wochen auf einem australischen Marineschiff gefangen gehalten. Dank einer gerichtlichen Intervention wurde ihre Abschiebung nach Indien zwar gerichtlich ausgesetzt, aber nach Australien kommen durften sie trotzdem nicht. Stattdessen wurden sie nach Nauru, in eins der von Australien betriebenen Camps gebracht.

FLÜCHTLINGSCAMPS IM PAZIFIK

Seit September 2013 ist die Zahl der Bootsflüchtlinge in der Tat stark zurückgegangen. Die von der Regierung verordneten Abschreckungs- und Bestrafungsmaßnahmen für Asylsuchende sind aufgegangen. So absurd es auch erscheinen mag, per Gesetz wurde 2013 das gesamte Territorium Australiens von der Migrationszone ›ausgeschlossen‹. Das bedeutet, Asylsuchende, die per Boot nach Australien kommen, haben keine Chance, einen Asylantrag in Australien zu stellen, sondern werden seit November 2012 in Drittländer verfrachtet. Dort leben sie unter schwierigsten Bedingungen, bis über ihre Anträge entschieden ist.
Wie bereits in der Zeit zwischen 2001 und 2007, unter der sogenannten Pacific Solution, hatte die australische Regierung unter John Howard in Nauru und auf der Insel Manus (zu Papua-Neuguinea gehörend) Camps errichten lassen. In dem Glauben, dass sich – nach dem Motto aus den Augen, aus dem Sinn – die kritischen Stimmen im Lande beruhigen würden, scheuten die australischen Regierungen weder Kosten noch Mühen, diese Camps zu errichten und zu betreiben. Schätzungsweise 500.000 AUD pro Person muss die Regierung im Jahr aufbringen, um die Asylsuchenden außerhalb Australiens unterzubringen. Das ist ungefähr sieben Mal so viel, wie eine Asylantragsbearbeitung auf dem australischen Festland kosten würde, da alles – von Baumaterialien bis hin zu Verpflegung und medizinischer Versorgung – eingeflogen werden muss. Allein für das Finanzjahr 2013-2014 hat die australische Regierung drei Milliarden für die *offshore*-Abfertigung der Asylsuchenden eingeplant.
Im Mai 2014 lebten ca. 1.340 Asylsuchende (darunter auch Kinder) auf der Insel Manus. Ein Drittel aller Anträge war mittels vorläufiger Untersuchungen abgelehnt und ein Drittel anerkannt worden. Sie sollen in Papua-Neuguinea ein neues Leben starten. Die übrigen warteten noch auf ihre Ergebnisse. Im Juli 2013 befanden sich 545 Asylsuchende auf Nauru. Im Mai 2014 war die Zahl bereits auf 1.162 Personen gestiegen. Laut Berichten waren gerade einmal 13 als Flüchtlinge von den naurischen Behörden anerkannt worden und hatten ein 5-Jahres-Visum für die 21,2 km^2-Insel erhalten.
Für JournalistInnen, AktivistInnen und WissenschaftlerInnen ist es fast unmöglich, Zutritt zu den Camps zu bekommen. Angesichts der Situation in Nauru schreibt Amnesty International nach der Besichtigung in seinem Bericht Ende 2012 von »einem toxischen Mix aus Unsicherheit, rechtswidriger Inhaftierung und unmenschlichen Bedingungen, die eine zunehmend unberechenbare Situation schaffen«. Laut des Berichts verletzt nicht nur die australische, sondern auch die Regierung Naurus die Rechte der Asylsuchenden. Amnesty fordert die unverzügliche Schließung der Camps und den Transfer aller Asylsuchenden nach Australien. Im Februar 2013 veröffentlichte der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) einen Bericht über die

Bedingungen in Manus, in dem es heißt, dass die gegenwärtigen Zustände nicht den internationalen Standards zum Schutz von Asylsuchenden (*protection standards*) entsprechen. Besonders kritisch sieht das UNHCR »das Fehlen eines vollends funktionierenden rechtlichen Rahmens und eines funktionstüchtigen Systems für die Bearbeitung der Anträge der Asylsuchenden«. Auch die Situation von Kindern und Jugendlichen ohne Begleitung bereitete dem UNHCR große Sorge.

Rechtlich gesehen birgt diese Unterbringung in Drittländern (*offshore processing*) viele rechtliche Grauzonen, weil nicht bis ins letzte Detail klar ist, ob die Camps unter australisches Recht oder papua-neuguineisches bzw. naurisches Recht fallen. Australien will sich jeglicher Verantwortung entziehen, aber internationales Recht verbietet es, Staaten ihre Verantwortung an andere Staaten zu übertragen. Im Unterschied zur früheren Pacific Solution, wo ein Großteil der Asylsuchenden zwar jahrelang auf ihre Asylentscheide warten mussten, aber letztendlich doch nach Australien (und in einige andere Drittländer) umgesiedelt wurde, ist bei dieser Neuauflage der Pacific Solution vorgesehen, dass anerkannte Flüchtlinge nicht mehr nach Australien umgesiedelt werden, sondern vor Ort oder in andere Länder in der Region integriert werden sollen.

Seit Beginn dieses Jahres vertiefte sich die australische Regierung in Verhandlungen mit Kambodscha, einem der ärmsten Länder Südostasiens, um die Regierung in Phnom Penh zu überzeugen, Flüchtlinge aus Nauru dauerhaft aufzunehmen. Was ihr dafür im Gegenzug versprochen wurde, ist bisher unklar. Angesichts der vielen Menschenrechtsverletzungen in Kambodscha haben das UNHCR und andere internationale NGOs diesen Plan scharf kritisiert.

WIDERSTAND

Die internierten Asylsuchenden ergeben sich ihrem Schicksal nicht ohne Weiteres. Immer wieder dringen Berichte über Hungerstreiks und Selbstmordversuche ans Licht der Öffentlichkeit. Im Juli 2013 kam es zu einem Aufstand auf Nauru, bei dem mehrere Gebäude abbrannten. Mehr als ein Drittel der Asylsuchenden beteiligte sich an dem Aufstand, obwohl ihnen nicht nur Verurteilungen wegen Sachbeschädigung, sondern auch negative Auswirkungen auf ihre Asylgesuche drohten.

Mitte Februar diesen Jahres kam es im Camp auf Manus zu schweren Ausschreitungen, bei dem der 23-jährige Asylsuchende Reza Barati aus dem Iran ums Leben kam und 77 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Sechs Tage lang behauptete Australiens Immigrationsminister Scott Morrison steif und stur, dass Reza nach einem Fluchtversuch außerhalb des Camps starb. Letztlich musste Morrison einräumen, dass mit Macheten bewaffnete Einheimische in das Camp eingedrungen waren und dort ihrer Wut an Asylsuchenden freien Lauf gelassen hatten.

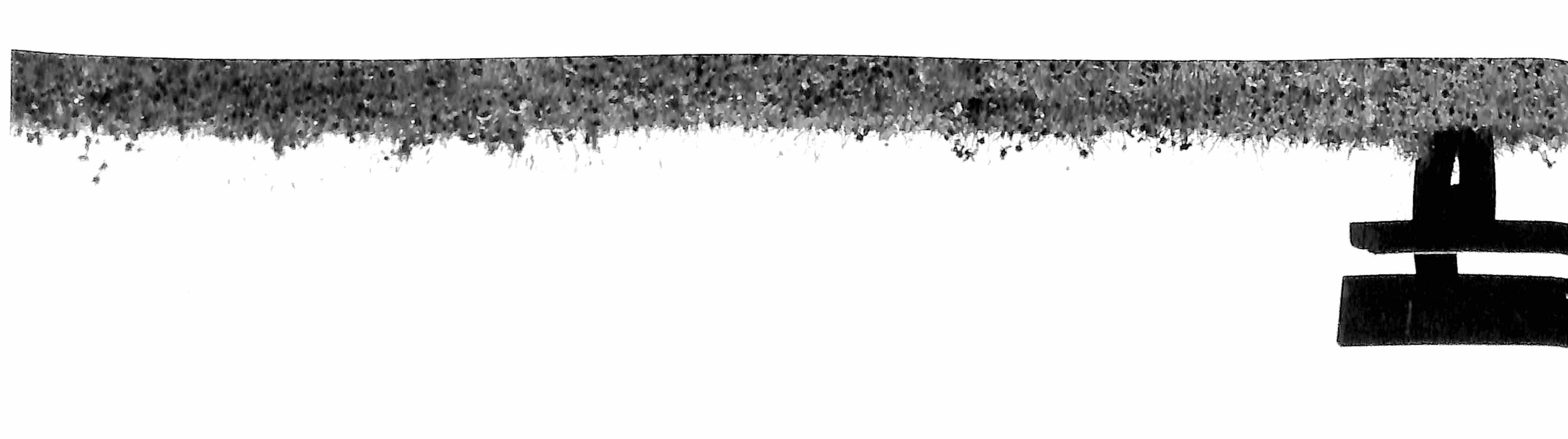
Trotz diverser Untersuchungen ist die Schuldfrage bis jetzt nicht eindeutig geklärt. Allerdings verdeutlicht dieser tragische Fall drei Dinge, nämlich dass Asylsuchende bei solchen Offshore-Regelungen noch zusätzlichen Gefahren für Leib und Seele ausgesetzt werden, dass die pazifischen Empfängerländer gänzlich überfordert sind und dass Australien versucht, sich aus der Verantwortung zu ziehen. Statt dem viel propagierten Teilen von Verantwortung (*burden-sharing*) sehen wir de facto das Abtreten von Zuständigkeiten (*burden-shifting*).

UNBEGRÜNDETE PANIKMACHE IN AUSTRALIEN

Laut des Berichts des UNHCR von 2013 hat die Zahl derjenigen, die weltweit zur Flucht gezwungen wurden, erstmals seit dem 2. Weltkrieg die 50-Millionen-Marke überschritten. Die Asien-Pazifik-Region ›produziert‹ aufgrund vieler anhaltender und neuerer Konflikte nicht nur anhaltende Flüchtlingsströme, sondern ist auch gleichzeitig eine der wichtigsten Transit- und Auffangregionen.

In Australien betrug die Zahl der anerkannten Flüchtlinge Ende 2013 lediglich 34.503. Über 13.559 Asylbewerber warteten laut Bericht auf ihre Bescheide. Von einer Krise kann also nicht die Rede sein. Der Flüchtlingsandrang, den andere Länder in der Region zu bewältigen haben, ist weitaus höher. Beispielsweise in Thailand befinden sich derzeit über 140.000 Asylsuchende, Flüchtlinge und Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen sowie 506.197 Staatenlose. In Malaysia leben derzeit knapp 100.000 Flüchtlinge, 43.000 Asylsuchende und 80.000 Staatenlose. Hauptträger der ›Flüchtlingslast‹ sind nach wie vor Entwicklungs- und Schwellenländer und nicht etwa Australien.

Dennoch suggerieren Medien und PolitikerInnen in Australien seit Jahren die Existenz einer ›Flüchtlingskrise‹, wenngleich es für eine solche empirisch gesehen keinerlei Belege gibt. Die Rhetorik einer



Krise jedoch rechtfertigt eine Reihe von Ausnahmen in puncto Rechtstaatlichkeit und Gewährung von Grundrechten.

Besonders gravierend ist die Internierung auf unbestimmte Zeit von mehreren Dutzend anerkannter Flüchtlinge – also nicht Asylsuchende –, die bei den Sicherheitsüberprüfungen des australischen Sicherheits- und Geheimdienstes (ASIO) ›durchgefallen‹ sind. Unter den Internierten befinden sich viele Tamilen, bei denen ASIO eine Zugehörigkeit oder Sympathie mit der separatistischen Vereinigung Tamil Tigers vermutet. Im Falle eines negativen Bescheids erhalten die Betreffenden keine Erklärung für die Ablehnung, was wiederum jede Möglichkeit auf Berufung ausschließt.

Neben den Hazara, einer ethnischen Minderheit aus Afghanistan, gelten die tamilischen Asylsuchenden am gefährdetsten. Seit Oktober 2012 gab es mehr als 1.100 mehr oder weniger ›freiwillige‹ Rückführungen von abgelehnten Asylsuchenden nach Sri Lanka. Aus Angst, abgeschoben zu werden, setzte sich der 29-jährige Leo Seemanpillai im Mai 2014 in Brand und erlag seinen Wunden. Einen Monat später versuchte sich ein weiterer tamilischer Asylsuchender zu verbrennen, konnte aber gerettet werden. Der 40-jährige Mann war in Sri Lanka gefoltert worden, weil er Mitglieder der Tamil Tigers mit Lebensmitteln versorgt hatte. Außerdem hatte er unlängst erfahren, dass sein Bruder in Sri Lanka plötzlich verschwunden war.

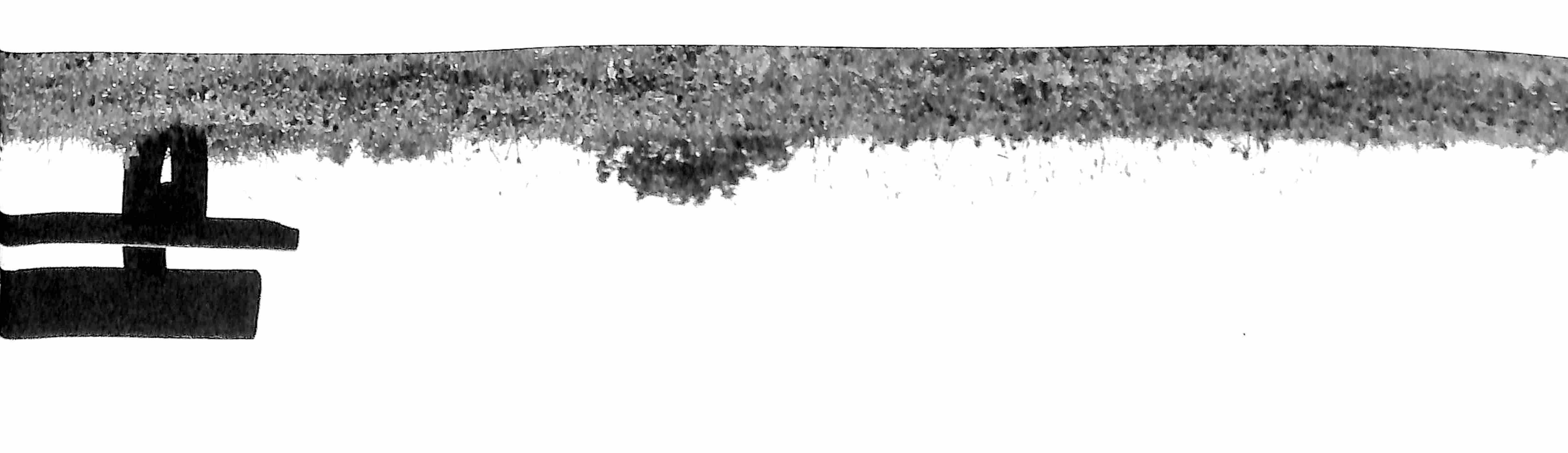
Die Verletzungen der Rechte von tamilischen Asylsuchenden sind genau dokumentiert. Wie Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen angeführt haben, drohen den Rückkehrern in Sri Lanka, wenn sie im Verdacht stehen, mit den Tamil Tigers zu sympathisieren, körperliche Gewalt, Gefängnisstrafen und Folter durch Polizei und Militär in sogenannten Rehabilitierungslagern. Darüber hinaus ist es nach sri-lankischem Recht strafbar, das Land illegal zu verlassen, d. h. zurückgekehrte Asylsuchende können auch dafür belangt werden. Wie aus Berichten des australischen Verteidigungsministeriums hervorgeht, ist sehr wohl bekannt, dass RückkehrerInnen sich ausführlichen Untersuchungen durch den sri-lankischen Geheimdienst unterziehen müssen. Nicht zuletzt warnt das australische Verteidigungsministerium auf seiner Homepage: »We advise you to exercise a high degree of caution in Sri Lanka at this time because of the unpredictable security environment.« (»Wir empfehlen Ihnen gegenwärtig, sich auf Grund der unvorhersehbaren Sicherheitslage in Sri Lanka sehr vorsichtig zu verhalten.«)

LICHT AM ENDE DES TUNNELS?

Für die nächsten Jahre ist mit wenig Besserung in Australiens Asylpolitik zu rechnen. Selbst wenn es zu einem Regierungswechsel kommen sollte, heißt das nicht, dass die drakonischen Abschreckungs- und Bestrafungsmaßnahmen abgeschafft werden. Immerhin hatte die Vorgängerregierung diese zum Teil eingeführt und damit zumindest den Weg für eine weitere Verschärfung der Maßnahmen geebnet. Australien bestimmt selbst, wer in das Land kommt und wer nicht. Pro Jahr werden 20.000 Flüchtlinge aus den weltweiten Camps entsprechend besonderer Auswahlkriterien ins Land gelassen. Der Wunsch nach absoluter Abschottung vor spontan ankommenden Asylsuchenden scheint einem weiten gesellschaftlichen Konsens zu unterliegen. Es bleibt die Frage, wie es möglich ist, dass ein Land – dessen Großteil der Bevölkerung selbst einen Einwanderungs- wenn nicht sogar Asylhintergrund hat – kollektiv so einer irrationalen Asylpanik verfallen kann. ✖

ÜBER DIE AUTORIN

✖ *Antje Missbach forscht seit 2010 zu der Situation von Asylsuchenden in Transitländern, vor allem in Indonesien, und schreibt derzeit an einem Buch darüber. Davor hat sie sich hauptsächlich mit der Politik der acehnesischen Diaspora und der separatistischen Bewegung Freies Aceh (GAM) beschäftigt. Zu ihren Büchern gehören: »Politics and Conflict in Indonesia: The Role of the Acehnese Diaspora«, Routledge, New York, 2011 (2012 übersetzt ins Indonesische) und »Freiheitskämpfer oder Geschäftemacher? Der bewaffnete Kampf der Gerakan Aceh Merdeka (GAM) unter Berücksichtigung klassischer und neuer Guerillatheorien«, Logos Verlag, Berlin, 2005.*



ABSCHIEBUNGSHAFT RELOADED

ZUR GRENZENLOSEN KREATIVITÄT DES BUNDESINNENMINISTERIUMS IN GRENZFRAGEN

URSULA MÜLLER

Das Ende der Abschiebehaft ist nah. Zu diesem Fehlschluß könnte ein Blick auf die aktuelle Rechtsprechung führen: Der Bundesgerichtshof (BGH) urteilte, dass die Abschiebehaft im Dublin-Verfahren überwiegend rechtswidrig sei und der Europäische Gerichtshof (EUGH) urteilte, dass Abschiebehäftlinge nicht mit Strafhäftlingen gemeinsam eingesperrt werden dürfen. Wer sich dieser Naivität hingibt, kennt die Kreativität des Bundesinnenministeriums (BMI) schlecht. Zwei Tage nach der Veröffentlichung des BGH-Beschlusses am 23. Juli erklärte das BMI am 25. Juli in einer Presseerklärung: »Das Bundesministerium des Innern hat bereits in seinem Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung eine Definition der Fluchtgefahr im Sinne der Dublin III-Verordnung vorgesehen. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs bestärkt die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung«

Dies klingt zuerst einmal nicht wirklich bedrohlich. Warum in der Süddeutschen Zeitung vom 9. Mai der Gesetzentwurf des BMI »zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung« nicht nur als »das Schärfste und das Schäbigste, was einem deutschen Ministerium seit der Änderung des Asylgrundrechts vor 21 Jahren eingefallen ist« bezeichnet wird, sondern auch als »Perfidie in Paragrafenform«,[1] wird klar bei genauerem Hinsehen. Die bisherige hemmungs- und maßlose Verhängung von Abschiebungshaft soll nicht etwa beendet werden oder ihr wenigstens ein Feigenblatt gesetzlicher Rechtfertigung verpasst werden – in faszinierender Unverschämtheit konterkariert er das Urteil des BGH, indem er die Haftgründe derartig ausweitet, dass sich für so gut wie jeden Fall einer finden ließe. Da steht das Verlassen eines anderen EU-Landes neben anderen Haftgründen wie etwa der besonders niederträchtigen Generalklausel ›Fluchtgefahr‹, die schlicht jedem ›Flüchtling‹, der nicht unter Vorweisen eines auf ihn/sie ausgestellten gültigen Passes mit bezahltem Ticket direkt aus dem Flugzeug seines/ihres als nicht sicherem Herkunftsstaat[2] anerkannten Landes ohne Zwischenlandung in einem sicheren Drittstaat[3] mit im Herkunftsstaat behördlich attestierter Verfolgungsbestätigung während der Öffnungszeiten einer bundesrepublikanischen Grenzkontrolle einreist. Zwar vermutet PRO ASYL »Vor dem Hintergrund des BGH-Urteils darf allerdings bezweifelt werden, dass die geplanten Generalklauseln einer rechtlichen Überprüfung standhalten würden«[4], aber wie lange eine derartige rechtliche Überprüfung sich hinziehen kann, war gerade wieder zu sehen. Und eine von Nichtstun und Ideenlosigkeit geprägte Beamtenmentalität ist den Innenministerien von Bund und Ländern bei diesem Bereich absolut nicht zu attestieren. Da liegen Initiative und Ideenvielfalt in grenzbereichigen Höhen, so dass hier wirklich Leidenschaft und unermessliches Engagement bei der Sorge um unbedingte Reinhaltung der BRD von ›betrügerischen Asylerschleichern‹ bescheinigt werden kann – die daraus resultierenden Toten: Kollateralschaden.

Dass auch auf die Kreativität der Bundesländer auf dem Gebiet der Aufrechterhaltung des Repressionsapparats Verlass ist, kann an der fieberhaften Suche nach Möglichkeiten, die Haftentlassungen zu vermeiden, gesehen werden. So wird anscheinend darüber nachgedacht, das Ingelheimer Abschiebegefängnis zur gemeinsamen Flüchtlingshaftanstalt ganz Südwestdeutschlands zu machen und auch die gewohnt und zuverlässig auftauchende spezielle bayrische Idee einer Art ›Hausarrest‹ in Pensionen hat Freunde bei den zuständigen Organen. Da auch die sogenannte ›bauliche Trennung‹ von Abschiebungshaft und Strafhaft wie in der JVA Büren nach dem BGH nicht gesetzeskonform ist, wird dort der Ausbau zum reinen Abschiebungsgefängnis überlegt. Die eigentlich stattfindende Entlassungswelle wurde bisher jedenfalls nicht registriert, vielmehr scheint eine Reisewelle der besonderen Art organisiert zu werden: Ein Transportaktionismus in die nach dem BGH zulässigen ausschließlichen Abschiebungshaftanstalten.[5] Das könnte zwar ebenso wie der Gesetzentwurf des BMI als Unterlaufen des BGH-Beschlusses aufgefasst werden, aber wer würde so etwas unterstellen? ✖

ZUERST ERSCHIENEN IN

✖ *AIB 104, 2014*

FUSSNOTEN

1. *www.sueddeutsche.de/politik/gesetzentwurf-zur-asylpolitik-perfidie-in-paragrafenform-1.1955012*
2. *Als »sichere Herkunftsstaaten« gelten zur Zeit die Mitgliedstaaten der EU sowie Ghana und Senegal. www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv2=1364198&lv3=1504416*

   Nach einem Gesetzentwurf des BMI sollen Serbien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden (die Zustimmung des Bundestages erfolgte am 3. Juli, die Zustimmung des Bundesrats steht noch aus), um Asylanträge von Roma trotz des grassierenden Antiziganismus pauschal ablehnen zu können.
3. *derzeit »sichere Drittstaaten« sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Norwegen und die Schweiz. www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv2=1364198&lv3=1504418*
4. *www.proasyl.de/de/news/detail/news/nach_eugh_und_bgh_urteil_ende_der_abschiebungshaft_oder_neues_inhaftierungsprogramm/*
5. *z.Z. befinden sich in Berlin 28 Personen in Abschiebungshaft, im Vorjahr war es 1 Person*

IN RIESENSCHRITTEN

NOCH MEHR ENTRECHTUNG VON ASYLSUCHENDEN

▮ DOROTHEA LINDENBERG

Am 19. September entschied der Bundesrat über eine Verschärfung des Asylrechts. Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina wurden per Gesetz zu »sicheren Herkunftsstaaten« erklärt. obwohl besonders Roma und *lesbian gay bisexual transsexual* (LGBT) in diesen Ländern erheblicher Diskriminierung ausgesetzt sind. Laut Bundesregierung soll mit diesem Gesetz darauf reagiert werden, dass Asylsu chende aus diesen Ländern nur eine sehr geringe Anerkennungsquote haben. Angesichts stark gestiegener Flüchtlingszahlen wolle man gegen »offensichtlich unbegründete« Asylanträge vorgehen, um dem Schutzanspruch anderer Asylsuchender gerecht werden zu können.

»Ein Schlag ins Gesicht für verfolgte Roma.« kommentiert der Bundes Roma Verband e. V. *»Wir haben in den vergangen Jahren unzählige Stellungnahmen, Berichte und Interviews veröffentlicht, die belegen, dass es kein sicheres Leben für Roma in diesen Ländern gibt - und auch keine Perspektive darauf.«*

Auch andere Stellungnahmen u. a. von Amnesty International und PRO ASYL haben deutlich gemacht, dass es massive Menschenrechtsverletzungen und Verfolgungen von Roma und anderen Minderheiten, insbesondere von LGBT, in diesen Ländern gibt. Trotzdem wird die bisherige, rechtlich fragwürdige, Praxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, im Schnellverfahren fast alle Asylsuchenden aus diesen Ländern abzulehnen, nun legitimiert.

KritikerInnen, wie der Flüchtlingsaktivist Bruno Watara sahen deshalb als Ziel des Gesetzentwurfes *»die unerwünschten asylsuchenden Roma abzuschrecken, sie möglichst rasch wieder in ihre Herkunftsstaaten abzuschieben oder in die Illegalität zu drängen«*.

Zunächst hatten Bündnis 90/Die Grünen angekündigt, dem Gesetzentwurf im Bundesrat ihre Zustimmung zu verweigern. Verhandlungen mit der Bundesregierung ließen jedoch bald vermuten, dass sie im Tausch gegen Zugeständnisse im Sozialrecht oder beim Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende zur Zustimmung bereit sind.

Darüber waren viele empört: *»Wir Flüchtlinge lassen uns nicht spalten in richtige und falsche Asylsuchende, in erwünschte und unerwünschte Asylsuchende. Wir haben alle ein Recht auf Schutz.«* so der Online-Appell von Bruno Watara, der in wenigen Tagen von rund 750 Flüchtlingen und MenschrechtsaktivistInnen unterzeichnet wurde.

Die Flüchtlingsfrauengruppe Women in Exile, die gerade den taz-Panter-Publikumspreis erhielt, wies daraufhin, was der Gesetzentwurf für Flüchtlingsfrauen bedeutet: Serbien und Mazedonien sind (neben der Russischen Föderation) die Herkunftsländer von Asylsuchenden mit den höchsten Frauenanteilen und gleichzeitig mit den niedrigsten Schutzquoten. Elisabeth Ngari kommentierte: *»Im Prinzip ist es immer das gleiche. Mit der absurden Konstruktion von angeblich sicheren Herkunftsländern oder sicheren EU-Staaten schiebt Deutschland die Verantwortung für den Schutz von Frauen vor Verfolgung einfach ab.«* Deshalb forderte sie anlässlich der Preisverleihung am 13.09.2014 zum Aktivwerden auf: *»Wir bitten alle, die uns dabei unterstützt haben, den taz-Panter-Preis zu gewinnen: Bitte nutzen Sie alle ihre Einflussmöglichkeiten, um die Unterzeichnung dieses Gesetzes im Bundesrat zu verhindern.«*

Diese und zahlreiche andere Proteste und Appelle verhallten ungehört: Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) stimmte im Bundesrat der Entrechtung von Asylsuchenden zu. »Ausgehandelt« wurden im Gegenzug ein paar Lockerungen für andere Asylsuchende. Die nächsten Entrechtungen für Asylsuchende sind bereits geplant: Mehr Inhaftierung von Flüchtlingen, Arbeitsverbote, Wiedereinreisesperren für abgelehnte Asylsuchende... All das sieht ein neuer Gesetzentwurf vor, über den als nächstes entschieden wird. ✖

ZUERST ERSCHIENEN IN

✖ *AIB 104, 2014*

WEITERE INFORMATIONEN

- ✖ *Stellungnahme des Bundes Roma Verbands: Sichere Herkunftsländer? Ein Schlag ins Gesicht für verfolgte Roma. http://bundesromaverband.de/sichere-herkunftslaender-ein-schlag-ins-gesicht-fuer-verfolgte-roma/*
- ✖ *Online-Appell von Bruno Watara: Keine Kompromisse beim Asylrecht! https://www.openpetition.de/petition/online/keine-kompromisse-beim-asylrecht-fluechtlingsrechte-sind-keine-verhandlungsmasse*
- ✖ *Women in Exile & Friends: Flüchtlingsfrauen stellen fest: Es gibt keine sicheren Herkunftsländer! http://women-in-exile.net/2014/07/04/hauruckverfahren-gesetz-zu-sicheren-herkunftslaendern-im-bundestag/*
- ✖ *Informationen über weitere geplante Entrechtungen: Gesetzentwurf zum Bleiberecht: Wie Bundesinnenminister DeMaizière das Asylrecht durch die Hintertür verschärft. www.proasyl.de/de/news/detail/news/gesetzentwurf_zum_bleiberecht_wie_der_bundesinnenminister_das_asylrechts_durch_die_hintertuer_versc/*

RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS IN DER NEUEN BRD

DAS ERBE NACH 25 JAHREN MAUERFALL

HARRY WAIBEL

Das rassistische und antisemitische Erbe der DDR ist erdrückend, vor allem auch unter dem Aspekt, dass diese Vorkommnisse bis zum heutigen Tag nicht wahrgenommen und geleugnet werden. Durch die strikte Politik der Geheimhaltung durch die SED gab und gibt es kein öffentliches Bewusstsein über das Scheitern des Anti-Faschismus der deutschen Sozialisten/Kommunisten.

RASSISMUS IN DER DDR

Deutsche die es nicht wagten, gegen die tatsächlichen Urheber ihrer Misere zu kämpfen, benutzten die Ausländer als Sündenböcke für die Abfuhr ihrer Gefühle der Frustration. Ihre Unzufriedenheit über ihre eigene politische und ökonomische Situation entlud sich in Ablehnung und Hass auf die »Vertragsarbeiter«, die aus Afrika, Arabien, Asien, Latein-Amerika und Ost-Europa in die DDR geholt worden waren. Rassismus ist jedoch nicht nur als Opposition gegen die Diktatur der SED zu verstehen, denn damit wurden auch unverarbeitete, tradierte Bewusstseinsinhalte sichtbar, die durch Zensur und Repression lediglich unterdrückt worden sind. Eine demoskopische Erhebung des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig führte 1988 zu den Ergebnissen, dass 2/3 der Befragten DDR-Bürger_innen stolz darauf waren, Deutsche zu sein; 40% waren der Ansicht, alle Ausländer sollten die DDR verlassen und bis zu 50% wiesen rechtsradikale Gefühlsstrukturen aus.
1986 hatte General Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, behauptet, die Neo-Nazis in der DDR wären bloß »Wichtigtuer« und 1988 erklärte die Hauptabteilung I seines Ministeriums, die Neo-Nazis würden lediglich unkritisch Tendenzen aus dem Westen wiedergeben. Obwohl es 1989 ca. 280 Strafverfahren gegen Neo-Nazis gegeben hat, behauptete die staatliche Nachrichtenagentur ADN im August 1989, Informationen zum Neo-Nazismus in der DDR wären »purer Unsinn«.
Tatsächlich, und darin besteht ein wissenschaftlicher Gewinn, sind für die DDR über 8.600 rassistische und antisemitische Propaganda- und Gewalttaten belegt. Der Anteil antisemitischer Angriffe liegt bei ca. 900 und davon betreffen ca. 145 Vorfälle Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Gräbern. Über 700 rassistische Angriffe haben stattgefunden, mit mindestens 10 Toten und Verletzten aus über 30 Ländern. Die Pogrome, die Angriffe auf Wohnheime und das umfassende rassistische Klima, auch in der Volkspolizei, in den Einheiten des MfS und in der NVA, alles das wurde offiziell nach außen verniedlicht und verharmlost. Durch das konsequente Verschweigen hatte die Bevölkerung der DDR kein Bewusstsein über das Ausmaß von Rassismus und Antisemitismus. Als es im Oktober 1990 darum ging, sich mit dem Westen zu vereinen, vereinten sich auch Rassisten, Neo-Nazis und Antisemiten.

DAS ERBE DER ALTEN BRD?

Der latente und manifeste Rassismus und Antisemitismus in der BRD zeigte sich nicht wie in der DDR, jedenfalls nicht bis 1990, als Pogrom oder Angriff von Mobs auf Wohnheime. Das ist eine gewichtige Unterscheidung. Das Verhältnis zu den Juden im Land selbst, als auch gegenüber den Juden in Israel lässt sich für die alte BRD, das gilt ebenfalls für die neue, als philosemitisch kennzeichnen. Doch ab Ende der 1960er Jahre entwickelte sich ein militanter, eliminatorischer Antisemitismus von bewaffneten rechten und linken Untergrundkämpfern, die, in der Regel, nach einer militärischen Ausbildung bei arabischen Gruppen, in Deutschland Jüdinnen und Juden angriffen und töteten. Abgesehen von den linksterroristischen Gruppen gab es bis 1990 in der BRD insgesamt 18 rechtsterroristische Gruppen, die allesamt von der Polizei und vom Inlandsgeheimdienst enttarnt und aufgelöst werden konnten. Eines der ersten Opfer rechtsterroristischer Gewalt war Rudi Dutschke, der am 11. April 1967 vom Neo-Nazi Josef Bachmann in Berlin mit mehreren Pistolenschüssen niedergeschossen wurde. Bachmann war 1956 aus der DDR in den Westen gelangt und wurde Mitglied der neo-nazistischen »Braunschweiger Gruppe«. Ähnlich wie beim Oktoberfest-Attentäter Gundolf Köhler, wurde auch Bachmann durch Polizei und Staatsanwaltschaft zum Einzeltäter konstruiert und seine organisatorischen und ideologischen Zusammenhänge geleugnet. Bei allen rassistischen bzw. neo-nazistischen Angriffen sind in der BRD über 50 Personen mit ausländischer Herkunft getötet worden.

DIE VERWICKLUNGEN VON NSU UND STAAT

In West- wie in Ost-Deutschland finden Vorstellungen breiten Raum, Ausländer hätten Deutschland zu verlassen, damit Deutsche Arbeit und bezahlbare Wohnungen bekommen könnten. In den neuen Bundesländern werden Ausländer vermehrt als Sündenböcke und als Ursache für Arbeitslosigkeit und Verelendung verantwortlich gemacht, auch wenn dort der Anteil der Ausländer nur einen Bruchteil dessen beträgt im Vergleich zu Städten und Gemeinden im Westen. Bei demoskopischen Erhebungen stimmen über die Hälfte der Deutschen der Behauptung zu, die meisten Ausländer wären kriminell. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl hält das Bundesland Sachsen-Anhalt die Spitzenposition

vor dem Land Brandenburg, wo sich seit 2002 neo-nazistische Straftaten fast verdoppelt haben. Nach wie vor ist dort die Gefahr als Ausländer angegriffen zu werden, mindestens 10-mal so hoch wie in Hessen. Der Anteil der rassistischen Gewalttaten in den fünf neuen Ost-Ländern macht ca. 40% aus, obwohl der Anteil der Ost-Deutschen an der Gesamtbevölkerung nur bei ca. 15% liegt. Die Gruppe NSU und die Unterstützung, die ihr durch den Sicherheitsapparat zu Teil wurde, sind Ausdruck des sich weiter entwickelnden aggressiven und bewaffneten Nationalismus, der seinen Ausgang Anfang der 1990er Jahre fand, einerseits im Osten in den rassistischen Pogromen auf Häuser in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen und andererseits im Westen in den terroristischen Brandanschlägen auf Wohnhäuser, z.B. in Mölln, Solingen oder Lübeck. In diesem aufgeheizten politischen Klima entwickelte sich, als Teil der neo-nazistischen Gruppe »Thüringer Heimatschutz«, die Kameradschaft Jena, deren Mitglieder Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe waren. Mundlos war Mitglied der Kinderorganisation der SED »Thälmann-Pioniere« und danach Mitglied der FDJ in Jena. Er wurde Skinhead und erschien 1988, zwei Jahre vor der Auflösung der DDR, mit Glatze, Springerstiefel und Bomberjacke in seiner Schule, der Polytechnischen Oberschule (POS) »Magnus Poser« in Jena. (»Magnus Poser« ist der Name eines kommunistischen Widerstandskämpfers aus Jena, der 1944 bei einem Fluchtversuch von Nazis erschossen worden war.)

Bei einer Durchsuchung im Januar 1998 wurden, in einer von B. Zschäpe angemieteten Garage, fünf funktionstüchtige Rohrbomben ohne Zünder, 1,4 Kilogramm Sprengstoff (TNT) und Propagandamaterial entdeckt. Der Sprengstoff gehörte zu eine Menge von 38 Kilogramm, die aus einer unterirdischen Lagerstätte der NVA in Großeutersdorf (Thüringen) gestohlen worden war. Danach konstituierten sich die drei Mitglieder, unter Anleitung des fanatischen Terroristen Manfred Roeder, schließlich zur rechtsterroristischen Gruppe »Nationalsozialistischer Untergrund«. Sie lebten bis zum 4. November 2011 »unerkannt« in Zwickau (Sachsen), von wo aus sie jeweils in den Westen reisten, um dort die Morde zu begehen. Die Banküberfälle fanden ausschließlich in den neuen Bundesländern statt. Diese Struktur hatte objektiv ihren Anteil daran, dass die Fahndungs- und Überwachungsmaßnahmen im föderalen Gestrüpp der vielfältigen Verantwortungsbereiche hängen bleiben konnten.

Ein weiteres Feld, dass die Ermittlungen stocken ließen, waren die unterschiedlichen Erfahrungen von Verfassungsschützern und Kriminalpolizisten in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Ermittelnde Zielfahnder des LKA Thüringen erklärten vor dem NSU-Untersuchungsauschuss des Bundestages, sie hätten die drei als Neo-Nazis nicht ernst genommen. Ebenso wurde der von ihnen in der Garage aufgefundene Sprengstoff, verharmlosend als »sylvestertaugliches« Explosivmaterial eingestuft. Einer der Zielfahnder war bis 1990 Volkspolizist und wusste seitdem, dass Neo-Nazis und Rassisten grundsätzlich nicht ernst genommen werden mussten. Der Umstand, dass es in Basiseinheiten der Polizei in Thüringen und ebenso wie in den anderen östlichen Bundesländern, Polizisten gegeben hat, die bereits in der DDR als Polizisten tätig waren, weist daraufhin, dass die Praxis der Volkspolizei bis in die späten 1990er Jahre fortgesetzt werden konnte. Das dritte Feld des Versagens staatlicher Maßnahmen ist, dass in den Führungen der zuständigen Ministerien, ab 1998 gab es im Bund eine rot-grüne Koalition, kein politisches Interesse auszumachen ist, die offensichtlich rassistischen Morde der Gruppe NSU, als solche zu verfolgen und aufzuklären. Diese Tatsachen bedeuten eine neue Qualität des Leugnens und der Verharmlosung der neo-nazistischen und rassistischen Gefahren.

DER ANTIFASCHISTISCHE SCHUTZWALL IST EINGEEBNET

Das Erbe aus beiden deutschen Staaten ist das Scheitern ihrer jeweiligen anti-faschistischen Bemühungen. Die Verbote von Parteien und Gruppen, die massive polizeiliche und geheimdienstliche Repression, dass alles hat die Entwicklung nicht aufhalten können. Die 25 Jahre seit dem Fall des »antifaschistischen Schutzwalls« sind geprägt von einer nationalistischen Radikalisierung der politischen Eliten von links bis rechts, und diese Haltung ist mittlerweile maßgeblich für große Teile der deutschen Bevölkerung geworden. Die offiziellen Zahlen des Sicherheitsapparates zeigen es deutlich: seit 1991 haben über 300.000 rechte Gewalt- und Propagandastraftaten stattgefunden. Seit dem Oktober 1990 sind mindestens 250 Kinder, Frauen und Männer aus rassistischen Motiven getötet worden, von denen nur sehr wenige als politische Taten staatlicherseits anerkannt worden sind.

Dazu kommen antisemitische Straftaten, die sich jährlich auf einer konstanten Höhe von ca. 1.600 Vorfällen bewegen und deren Täter zu über 90% aus dem rechten Spektrum stammen.

Diese unheilvolle Entwicklung in Deutschland ist eingebettet in eine neo-faschistische und rechtspopulistische Entwicklung in Europa, wo der Neo-Faschismus, getragen von erheblichen Teilen der Unterklasse, zu einem Phänomen der sozialen Regression und eines neuen Wegs in die Barbarei geworden ist. Dem gilt es, sich entgegenzustellen. ✖

STILLES SCHWEIGEN ÜBER MÜNCHEN

PROZESSBEOBACHTUNG DES NSU-PROZESSES IN MÜNCHEN

■ ESYA

Wir fahren aus Berlin als Gruppe nach München, um den NSU-Prozess zu beobachten. Einige kennen sich bereits aus Aktionen des »Bündnis gegen Rassismus« wie Demonstrationen, Erstellung von Wandplakaten zu den jeweiligen Todestagen der Opfer der Mordanschläge des NSU. Oder aus der Vorbereitung für die Podiumsdiskussion im Juni unter dem bezeichnenden Titel: »*1 Jahr NSU-Prozess: Eine Bilanz: ›Wir sind hier nicht vor dem jüngsten Gericht‹*«. Wir sind in München...

Am 6./7./8. Juni 2014 fanden im Verfahren um den NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) die Verhandlungen zum Anschlag in der Probsteigasse am 19.01.2001 in Köln statt. Gegenüber dem Gericht sehen wir als erstes einen Lastwagen auf dem in riesigen Buchstaben steht: »AKTENVERNICHTUNG«. Was für ein Zufall... überhaupt »scheint« im Rahmen der Ermittlungen der neun Morde an Migranten und Bombenanschlägen und dem Mord an einer Polizistin, auch aktuell im NSU-Prozess, eines charakteristisch zu sein – »Stilles Schweigen«.

AUF DER SUCHE NACH EMPATHIE

Der Zeuge vom Polizeipräsidium Köln, Herr M. weiß nicht, mit wem er zum Tatort gefahren ist. Weiß nicht, wer schon alles am Tatort war, wer noch am Tatort Fotos geschossen hat. Klar ist, es waren andere (darunter 2 Beamte des VS) vor ihnen am Tatort zugange. Als Ermittler ist er offiziell der erste am Tatort. In der Lichtbildmappe 14, die dem Gericht vorliegt tauchen Bilder auf, die der Ermittelnde nicht nachvollziehen kann. Er verweist darauf, dass auf einem der Fotos der Lichtmappe 14, die er abgegeben haben soll, er selber zu sehen ist, was ja nicht möglich sein könne, wenn er das Foto geschossen haben soll.

Spuren wurden bewusst nicht verfolgt. Es wurde keine Verbindung zwischen zwei Anschlägen in ein und demselben Ort – Köln Probsteigasse (19.01.2001) und Köln Keupstr. (9.6.2004), sowie zum Taschenlampenanschlag in Nürnberg (somit auch der erste Anschlag des NSU am 23.6.1999) gezogen. Da es kein Bekennerschreiben gab, so Herr M., konnte man nicht wissen, wer dahinter gesteckt haben könnte. Auf Fragen der Nebenklageanwältin wird deutlich, dass nicht in alle Richtungen ermittelt wurde. Sie hätten verzweifelt in alle Richtungen ermittelt, so Herr M. Nur nicht in die eine – Rassismus und Nazis. Auf die Nachfrage, welcher Spur sie gefolgt seien und ob sie politische Hintergründe in Betracht gezogen hätten, entsteht ein Hick-Hack zwischen Verteidigung und Richter Götzl. Für beide Anschläge in Köln sind in der Hauptsache dieselben Ermittler zuständig. Institutioneller systematischer Rassismus und Racial Profiling sind unabweisbar auch ein Grund für den Charakter der gesamten Vorgehensweise der Staatsmaschinerie von Ermittelnden und verantwortlichen Behörden. Aber es geht weit darüber hinaus: gezielte, systematische Verschleierung und Produktion von Irritationen sowie von Missverständnissen. Scheinbar fahrlässiges, rassistisches Verhalten der Ermittelnden lässt nur eines zu: Mittäterschaft zu vermuten.

Die Befragungen der Zeugen laufen mechanisch... Stundenlang wird über die Details einzelner Beweisstücke, geredet ohne einen Zusammenhang herzustellen zu den Anschlägen und Morden. Die Umkehrung der Opfer zu Tätern, die jahrelange Terrorisierung der Hinterbliebenen und Betroffenen ist symptomatisch im Zusammenhang der Ermittlungen zum NSU-Komplex. Die nötige Sensibilität für die Situation der Betroffenen fehlt. Als der Polizist M. schildert, was er als Mensch nie vergessen wird, wie die Betroffene, »wie gegrilltes Fleisch« aussah, erzählt, was er damals sah, wird dies seitens der Verteidigung und dem Richter unterbunden. »Dann fass' ich mich kurz«, gibt er schließlich auf. Und man denkt nur Nein!!! Er soll endlich erzählen.

Fragen zu rassistischen Hintergründen als Tatmotiv wie auch Emotionen werden durch das Gericht nicht zugelassen. Erschreckend ist, wie charakteristisch diese Empathielosigkeit für die gesamten Ermittlungen im NSU-Komplex ist. Wie Dinge verdreht, aus dem Zusammenhang gerissen und zerstückelt werden, bis nichts mehr übrigbleibt. Wie unbeholfen, ungelenk, bürokratisch die Eindrücke des Polizisten klingen – wir sind entsetzt darüber, wie wenig menschliche Eigenschaften erwünscht und vorausgesetzt sind in einem entmenschlichten System von Polizei- und Justizapparat. Diese Spezifik zielt auf Lähmung und Erstarren ab. Nichts soll Emotionen oder Empathie erlauben. Die Betroffenen, die Opfer, auch wir sollen entmenschlicht werden, abgeschnitten werden von unseren Gefühlen und Wahrnehmungen.

STILLES SCHWEIGEN

Zu einem Dubiosum wird das verschwundene Gutachten des Sprengstoffexperten Herrn Q. Er stellt seinen Bericht anhand des Exemplars, das er noch in seinem Computer hatte, dar. Er sagt, so einen Bericht schreibt man nicht alle Tage. Er wusste, was er da begutachtet hatte und hatte aufgrund der Spurensicherung auf die »Tatmittelermittlung«

verwiesen. Die Tatmittelermittlung jedoch hätte nichts erbracht. Der Zeuge wirkt sehr sachlich, legt seine Untersuchungen kompetent und verständlich dar. Er wirkt glaubhaft. Das ist ein Moment, wo man sagt, da steht ein Mensch. Da sieht man ein, wie wichtig Details in einem Gerichtsverfahren sein können, um Zusammenhänge und Rückschlüsse ziehen zu können.

Daten, Fakten, Zahlen, Beweisstücke werden abgearbeitet, präzise genau, Stück für Stück, Teilchen für Teilchen. Informationen werden gesammelt und ad acta gelegt. Was damit geschieht wissen wir nicht, denn es wird nichts offiziell protokolliert in diesem Prozess. Die Protokolle an sich sind »geheim«, so wie der NSU, das ihn umschließende Netzwerk, die Ermittelnden. So scheint auch Gericht und Bundesanwaltschaft diesem »Schwur« treu. Dass Geheimdienste so vorgehen, ist eine Sache, aber ... das Schweigen der Angeklagten... das Schweigen der Verteidiger... das Schweigen der Bundesanwälte.... V-Männer, die nicht aussagen müssen oder die eines mysteriösen Todes sterben. Berichte, Akten, Asservate, die verschwinden... Eine »geheime Verschwörung« im Hier und Jetzt, denkt man. Die Phantasie kann mit einem durchgehen.

Auch die Presse schweigt. Wie hypnotisiert wird im Tastaturengeklapper der Notebooks mitverfolgt, was gesprochen wird, sie dokumentiert, rezitiert bis ins Detail. Die Presse weiß um die Bedeutungen des Gesagten und Nichtgesagten, doch werden wenig Schlussfolgerungen und Konsequenzen abgeleitet. Wir fragen eine Journalistin, warum denn die Bundesanwaltschaft seit zwei Tagen nichts sagt. Ihre Antwort: »Warum sagt denn die Verteidigung nichts?« Einigkeit herrscht scheinbar darin, dass ja alles im Lot sei. Die Bundesanwälte haben die Anklage geschrieben, das NSU-Trio ist gestellt, zusätzlich gibt es noch einen Wohlleben, Emminger usw. obendrauf ... und dann soll alles schnell abgeschlossen werden und ab in die Akten damit.

Die Nebenkläger und ihre Anwälte sind für uns nicht sichtbar, aber sie sind präsent durchgängig. Sie sind gut. Sie rücken das Bild von Irritation, Irrsinn stückweise gerade. Das Auffliegen des NSU brachte Erleichterung, da ein wenig Klarheit ins Dunkel kam, Menschen sich auf ihre Wahrnehmungen wieder verlassen können, dass sie sich nicht völlig auf den Spuren einer »Verschwörungstheorie« von Staat, Polizei, Verfassungsschutz verirrt haben. Ja, auch das kann heilend sein, wieder Klarheit zu haben, so schrecklich diese auch ist.

WIR KLAGEN AN

Im Zeugenstand, die deutsch-iranische junge Frau, inzwischen um die 30 Jahre alt, sie sitzt mit ihrer Nebenklageanwältin, dicht an dicht zu Zschäpe und ihren drei Verteidigern Sturm, Heer, Stahl, den weiteren Angeklagten und vier weiteren Verteidigern, an der Seite die acht Richter und vier Bundesstaatsanwälte - und klagt an. Sie klagt an, was das Gericht und die Bundesanwaltschaft viel zu wenig machen. In der Bekenner-DVD des NSU wurde sie mit Namen genannt... Doch selbst nach dem zweiten Anschlag in Köln und dem Bekannt werden der weiteren Morde des NSU, werden die junge Frau und ihre Familie nicht geschützt. Ihr Vater und ihre Schwester haben gesehen, wer den Präsentkorb brachte, ein gepflegter Mann 1,80 Meter groß, blonde Locken, langes Haar. Die Mutter hat gesehen, wer im Vorfeld in den Laden kam und unbedingt bei ihnen auf die Toilette wollte - Beate Zschäpe.

Die Familie wird von den Behörden aufgesucht und ihnen wird gesagt, dass es die Bekenner-DVD gäbe und vermutlich die Presse kommen würde, und sie solle nichts sagen. Und sie klagt an, »jetzt erst recht.« Sie gibt nicht auf. Wenn auch nicht wortwörtlich, sagt sie, was die Demokraten, die Presse, die Weltöffentlichkeit, die Linke zu wenig tut: Staat und Nazis Hand in Hand.

Wir wollen nicht schweigen und haben dies auch im Gericht nicht getan. Der Beifall Einzelner und der darauffolgende Beifall aller in der Presse- und Publikumsloge für die Zeugin, gerieten in einigen Medien gar zu einer Heldentat. Wenn Beifall der kleinste Beitrag ist ein Schweigen zu durchbrechen, dann Hochachtung dir Unbekannte, Schöne, Junge, Mutige, Kluge, Frau, Mensch, Deutsch-Iranerin und nun samt Familie im Zeugenschutzprogramm Lebende. Du hast deine Frau gestanden, sachlich, menschlich, politisch. Dir und deiner Familie Kraft und Liebe und allen anderen: Möget auch ihr eure Frau und Euren Mann stehen, so gut ihr könnt im Zusammenhang dieses Verfahrens und des NSU-Komplexes, so wie auch wir wollen stehen für das Wort: Staat und Nazis Hand in Hand! ✖

Brecht das Schweigen über München!

WEITERE INFORMATIONEN

✖ *NSU Watch begleitet das Verfahren in München kontinuierlich. Zu verfolgen unter www.nsu-watch.info.*

BRENNENDES DESINTERESSE

BRANDANSCHLAG AUF DIE MEVLANA-MOSCHEE IN BERLIN-KREUZBERG

BÜNDNIS GEGEN RASSISMUS

Seit dem Bekanntwerden der NSU-Morde hat die Bundesrepublik Deutschland unglaublich viel gelernt. Die Aufarbeitung der Geschehnisse rund um den NSU-Komplex läuft auf Hochtouren. Die Erfolge überschlagen sich: Sämtliche leitende Köpfe sind mittlerweile gerollt, der Verfassungsschutz wurde reformiert und – endlich! – alle Behörden sind entnazifiziert. Die Mehrheitsgesellschaft wurde sogar so sehr sensibilisiert, dass sie es für angemessen hält, nicht nur von rechtsextremen, sondern von rassistischen Morden zu sprechen. Vor allem in der vergangenen Woche zeigte sich wiederholt die 1A-Ermittlungsarbeit unserer Helfer_innen in blau.

Blau trifft es ziemlich gut, denn, wenn wir uns die Ermittlungsverläufe und intelligenten Schlussfolgerungen anschauen, stellt sich unweigerlich die Frage, ob die Ermittelnden während ihrer Ermittlungen bewusstseinsverändernde Mittel zu sich nehmen.

Nun gab es einen Brandanschlag auf die Mevlana-Moschee in Berlin-Kreuzberg. Um nicht die gleichen Fehler noch einmal zu begehen – denn wir wissen ja, die Mehrheitsgesellschaft lernt schnell aus ihrer Geschichte, insbesondere die Polizei als ihre in punkto Lernen unfehlbare Avantgarde –, machen die Beamt_innen ab jetzt alles richtig. Frei nach dem Motto »business as usual« werden politische Motivationen im Allgemeinen und rassistische im Besonderen konsequent ausgeschlossen, denn immerhin wurde ja Geld aus der Spendenkasse der Moschee entwendet. Selbstverständlich wissen alle professionellen Einbrecher_innen, dass für einen Einbruch mit maximalem Profit eine Moschee natürlich the place to be ist. Da die politisch Verantwortlichen auf gar keinen Fall den Eindruck erwecken möchten, dass sie keine Anteilnahme an dem Brandanschlag zeigen, kommen sie nicht selbst, sondern schicken, wenn überhaupt, einen AAA (Alibi-Ausländer-Abgeordneten). Das ist auch einfacher, denn so können die Gastarbeiter_innen die Arbeit machen und die weißen Vorarbeiter_-innen wie gewohnt die Anweisungen geben. Hat ja auch die letzten 50 Jahre ganz gut geklappt. Und damit wir auch weiterhin daran erinnert werden, wo unser Platz in dieser Gesellschaft ist, erfolgte zeitgleich ein Anschlag in Bielefeld. Dort wurden der Gebetsraum des Türkischen Kultur- und Bildungszentrums sowie Korane in Brand gesetzt. Da die Verbrennungen heiliger Schriften des Islams natürlich absolut gar nichts mit antimuslimisch-rassistischen Einstellungen zu tun haben, wird auch hier ein politischer Hintergrund der Straftat grundsätzlich erstmal ausgeschlossen. Eine Woche später, am 19. August, das gleiche in braun: Wieder Bielefeld, wieder brennende Korane, und immer noch – surprise, surprise – interessiert sich keine_r dafür.

Fazit: Ermittlungsbehörden, Politiker_innen, Medien – ihr habt alle total viel aus der mit staatlicher Unterstützung realisierten NSU-Mordserie gelernt! Ihr nehmt Communities ernst! Ihr räumt der Verfolgung rassistischer Strukturen einen wichtigen Stellenwert in eurer Ermittlungsarbeit ein! Und es geht ein unüberhörbarer Aufschrei durch die Öffentlichkeit!

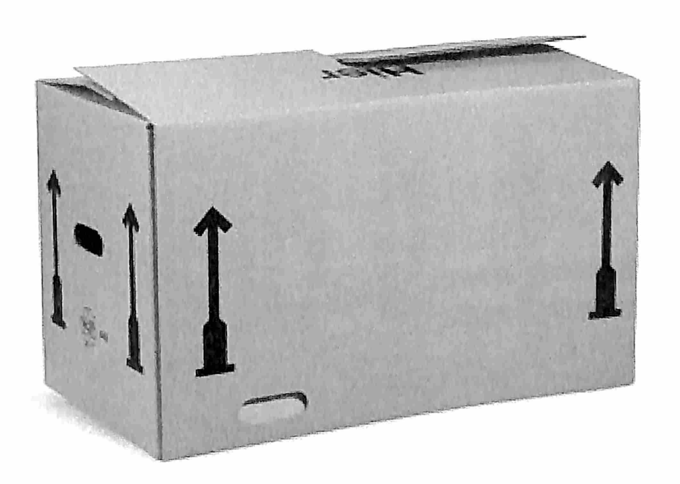
Dabei gab es in Deutschland schon mal eine Zeit, in der religiöse Institutionen brannten und »niemand« sich dafür interessierte. Der Aufschrei war bekanntlich überschwänglich, als in diesem Land Synagogen brannten, Geschäfte und Wohnungen von Jüd_innen zerstört und Menschen in Konzentrationslager deportiert wurden. Wir sehen, wie sich dieses hohe Interesse an nicht christlich-weißen Deutschen und das enorme Widerstandspotential in Deutschland heute noch fortsetzen, wenn z.B. Moscheen brennen, Muslime gezielt exekutiert und Geflüchtete in Lagern gehalten werden.

Bis hierhin vielen Dank für den sensiblen und solidarischen Umgang mit nicht-christlichen und nicht-weißen Menschen in der aus Tradition brennend desinteressierten Deutschen Bundesrepublik! ✖

ZU DEN AUTOR_INNEN

✖ *Nach dem Bekanntwerden der NSU -Mordserie im November 2011 haben sich unterschiedliche antirassistische Gruppen, Initiativen, Vereine und Einzelpersonen im Bündnis gegen Rassismus zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen Rassismus zu handeln.*

buendnisgegenrassismus.org;
www.facebook.com/BuendnisGegenRassismus



AUF WIEDERSEHEN!

ALB UND AVANTI GEBEN IHRE AUFLÖSUNG BEKANNT

ZAG

Die Auflösungserklärungen der Antifaschistischen Linken und der Gruppe Avanti im August bzw. September kennzeichnen einen neuerlichen Umbruch in der radikalen Linken. Während Avanti die Internationalistische Linke verstärkt und vollständig in ihr aufgeht, gilt dies für die ALB nur zum Teil. Begründet wird der Schritt unterschiedlich. Avanti verspricht sich durch die Integration eine Verstärkung für die Wahrnehmbarkeit linksradikaler Forderungen auf europäischer und globaler Ebene. Beiden Gruppen erscheint die Verzahnung lokaler und bundesweiter Aktivitäten als Herausforderung. Die Erklärung der ALB geht auf die zunehmenden Schwierigkeiten ein, gemeinsam Standpunkte zu entwickeln. Sie sehen dies im Zusammenhang mit einer Krise der radikalen Linken, deren Konzepte nur noch bedingt erfolgreich seien.

»Bei manchen Entwicklungen - vor allem Flüchtlingsproteste, Krieg und Frieden und Überwachung - befindet sich die radikale Linke in einer Schockstarre, und braucht manchmal Wochen, um sich überhaupt zu äußern.«

WAS ZU KOMMENTIEREN IST

Neben diesen Gründen sind sicher auch die Nachwuchsprobleme zu nennen wie auch die Veränderungen bei Nazis, Staat und Rechtspopulisten. Allerdings ist die angesprochene Krise angesichts einer sich verändernden Welt eine normale Erscheinung. Auf der persönlichen Ebene verändern sich die eigenen Bedürfnisse und Wünsche, Zwänge und Pläne mit unseren persönlichen Beziehungen, dem neuen Arbeitsplatz oder dem Umzug in eine andere Stadt. Davon getrennt ist die Krise der Linken zu sehen, die momentan mit der gesellschaftlichen Krise einher zu gehen scheint. Letztere verändert die Erfordernisse die an die Subjekte herangetragen werden, schafft neue Subjektpositionen und Erfahrungen. Wir suchen Antworten auf diese Veränderungen, die ein lustvolles und emanzipiertes Leben für alle ermöglichen.

Die Entscheidung der Gruppen zur Auflösung kann man zwar als Scheitern in oder an der momentanen Situation verstehen, aber auch als Schritt nach vorn aus der Erkenntnis heraus, dass linksradikale Politik neue Formen kreieren muss, um ihr gerecht zu werden.

Wir sehen uns wieder, heute, morgen.

WEITERE INFORMATIONEN

- *Die Erklärungen von Avanti und ALB zu finden unter:*
  www.avanti-projekt.de/news/25-jahre-avanti-ab-jetzt-sind-wir-interventionistische-linke
  www.antifa.de/cms/content/view/2383/1/



SCHWERPUNKT

ALLES, WAS RECHTS IST

ZAG

Die Erfolge der rechtspopulistischen Parteien bei den EU-Wahlen waren keine Überraschung. Und die Europawahl ist zu lange her, um noch für Überraschungen zu sorgen. Könnte man denken. Aber die Erfolge der AfD in Sachsen, Thüringen und Brandenburg haben uns umplanen lassen. Wegen des Erfolgs der rechtspopulistischen Partei in Deutschland verschieben wir den Schwerpunkt »Klassismus« und wenden uns erneut dem Rechtspopulismus zu. In der ZAG 56 nahmen wir uns den Haufen im Zusammenhang mit deren antimuslimischem Rassismus vor. Und das Schüren von Ressentiments ist weiterhin eine Gemeinsamkeit der verschiedenen rechtspopulistischen Parteien in Europa. Aber sonst gibt es doch erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen rechten Parteien, die in der Europawahl erfolgreich waren, wie der offen faschistischen und Gewalt verherrlichenden »Goldenen Morgenröte« aus Griechenland und der (neo-) liberalen und schwulenfreundlichen Geert Wilders Partei aus den Niederlanden wie Gerd Wiegel in seinem Überblicksartikel darlegt. Während die rechtspopulistischen Parteien den Alltagsrassismus der Protestwähler_innen für sich nutzen, versuchen zumindest einige von ihnen, sich von den Nazi-Schmutzfinken abzugrenzen.

In der ZAG 60 fragte Yves Müller noch im Jahr 2012 zum Thema Krise, ob sie wohl kommt, die Anti-Euro Partei. Heute ist die Partei der Professoren und der fundamentalistischen Christ_innen, also die Alternative für Deutschland, ziemlich erfolgreich in die Parlamente gekommen. Weniger erfolgreich war sie darin, Nazis aus der Partei fernzuhalten, wie Felix Korsch in seinem Artikel berichtet. Wie so viele rechtspopulistische Parteien hat sie kein Programm, sondern nur Themen: Anti-EU, Anti-Gender und natürlich gegen Migrant_innen. Es wird spannend, wie sich die Konservativen zur AfD verhalten werden. Schäuble hat die AfD sehr passend mit den Republikanern verglichen, während Horst Seehofer findet, dass in der Partei »gut ausgebildete und kluge Leute seien«. Das zeigt nur, dass Rassismus kein Phänomen mangelnder Bildung ist. In der NSDAP waren auch eine Menge gut ausgebildeter und kluger Leute. Und nein, das ist kein Vergleich, sondern ein Beleg dafür, dass Seehofers Anbiederungsversuch obendrein auch noch dümmlich ist.

Während das Problem mit der AfD noch relativ frisch ist, haben sich die rechtspopulistischen Parteien zum Beispiel in Skandinavien schon relativ gut etabliert. Im Interview mit Tobias Alm erfahren wir, dass diese Parteien in Norwegen, Schweden und Dänemark zwar auch keine Programme haben, sich aber trotzdem auf eine feste Wähler_innenschaft verlassen können und sich recht erfolgreich von den Nazis abgrenzen. Ironischer weise behaupten diese Parteien, sie verteidigten mit ihrem chauvinistischen Kulturrassismus die skandinavisch-liberale Identität. Last, but not least haben wir vom »Institut of Race Relations« eine Beobachtung darüber, wie die Medien insgesamt die rechtspopulistische UKIP stark unterstützt haben und dabei ging die BBC überraschend allen voran. ✖

AUTORITÄR UND AUSGRENZEND

DIE EUROPÄISCHE RECHTE NACH DEN WAHLEN

GERD WIEGEL

Die europäische Rechte ist aus den Europawahlen im Mai 2014 in den meisten Ländern gestärkt hervorgegangen. Ängste, Befürchtungen und Ressentiments, die sich mit den Stichworten Globalisierung und Wirtschaftskrise in zahlreichen europäischen Ländern verbinden, wurden von den Rechtsparteien bedient und führten zu Wahlerfolgen, die mittelbar auch Auswirkungen auf die Politik in der EU haben werden. Zuwanderungsbegrenzung, Stimmungen gegen bestimmte Einwanderergruppen und eine generelle Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas gegenüber schwachen Gruppen in der Gesellschaft könnten Folgen sein. Die europäische Rechte ist jedoch keineswegs homogen, sondern es handelt sich um ein differenziertes Spektrum mit teils sehr unterschiedlichen Ausprägungen.

EUROPÄISCHE RECHTE IST KEIN HOMOGENER BLOCK

Wenn von Parteien der radikalen politischen Rechten in Europa gesprochen wird, muss man sich vergegenwärtigen, dass damit zum Teil völlig unterschiedlich ausgerichtete Parteien gemeint sind. Offen faschistisch und gewalttätig auftretende Parteien wie die *Goldene Morgenröte* in Griechenland oder *Jobbik* in Ungarn unterscheiden sich deutlich von einer in Teilen geschichtsrevisionistischen, islamfeindlichen und nationalistischen Partei wie der *FPÖ* und wiederum noch deutlicher von einer zwar islamfeindlichen, liberalen, aber eindeutig nicht antisemitischen und homosexuellenfreundlichen Partei wie der niederländischen *Partei für die Freiheit* von Geert Wilders. Gemeinsame Merkmale bei Parteien der radikalen Rechten sind der Bezug auf eine ethnisch definierte Heimat als Nation oder Region, eine – allerdings oft unterschiedlich begründete – Form des Rassismus, die sich jedoch gegen ganz unterschiedliche Gruppen richten kann, sowie eine Ethnisierung der sozialen Frage, das heißt die Forderung, soziale Sicherheiten (etwa in Form staatlicher Leistungen) entlang ethnischer Kriterien zu vergeben. Weiter wird von allen Parteien der Rechten der Kriminalitätsdiskurs mit dem Thema Einwanderung verbunden. Unterschiede sind in der Stellung zum bestehenden politischen System, dem Verhältnis zur Geschichte und auch im Verhältnis zu Politik und Wirtschaft auszumachen.

In der Wissenschaft wird häufig zwischen modernen und traditionellen Varianten der radikalen Rechten unterschieden. Traditionelle Rechte beziehen sich stark in Inhalt und Auftreten auf die historischen Vorbilder des Faschismus. Ein völkisch-biologistischer Rassismus und Nationalismus, die Ablehnung der Demokratie und die Akzeptanz von Gewalt als Mittel der Politik sind hier zu finden. Die moderne Variante der radikalen Rechten versucht den Ballast der Vergangenheit hinter sich zu lassen und distanziert sich vom Faschismus. Der biologistische Rassismus wird von einem Rassismus abgelöst, der stärker mit kulturellen Unterschieden argumentiert – wenngleich auch hier ein völkisches, das heißt wesenhaftes Verständnis von Kultur zugrunde gelegt und nationale Zugehörigkeit in einem völkischen Sinne interpretiert wird. Die Demokratie wird als formaler Rahmen von diesen Parteien akzeptiert.

REALE AUSWIRKUNGEN RECHTER WAHLERFOLGE

Mit den seit Beginn der 2000er Jahren stark zunehmenden Wahlerfolgen der Rechtsparteien in Europa verschärft sich der untergründig rassistische Diskurs in zahlreichen Ländern und bringt Vorstellungen der Ungleichwertigkeit zum Ausdruck, die in den europäischen Gesellschaften nach wie vor verbreitet sind. Die Vorstellung eines »Kampfes der Kulturen« (Huntington), einer akuten Bedrohung durch den Islam (Sarrazin) finden sich beileibe nicht nur am rechten Rand des politischen Spektrums. Eine erfolgreiche Rechte verhilft jedoch diesen vorhandenen Stimmungen weiter zum Durchbruch und setzt sie in reale Politik um. Die bereits 10 Jahre andauernde Beteiligung der rechten *Dänischen Volkspartei* an der politischen Macht hat aus einem Land mit einer der einwanderungsfreundlichsten Gesetzgebungen ein Land mit den größten Hürden in Europa gemacht. Die Übernahme kommunaler Verantwortung der Lega Nord in zahlreichen Gemeinden Norditaliens hat zu Stigmatisierung und Ausschluss von Migrantinnen und Migranten geführt, zum Beispiel zum Ausschluss von Zuwandererkindern vom kostenlosen Schulessen oder dem Schultransport. In Frankreich hat der Wahlerfolg des *Front National* unmittelbar nach den Europawahlen dazu geführt, dass die linke Regierung ihre Pläne für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger auf Eis gelegt hat. In Großbritannien kündigt Regierungschef Cameron an, die europäischen Freizügigkeitsregelungen mit Blick auf die Zuwanderung aus Osteuropa in Frage zu stellen, ein Thema, das vor allem von der *UKIP*-Partei bedient wurde. Die radikale Rechte nimmt also bereits heute Einfluss auf die Politik, indem sie mit Themen wie Zuwanderungsbegrenzung, Kriminalitätsdiskurs etc. die Etablierten unter Druck setzt. Trotz des andauernden und nur selten in der Öffentlichkeit aufscheinenden tödlichen Grenzregimes an den europäischen Außengrenzen drängt die EU-Politik hier auf eine Verschärfung, wohl wissend, dass die europäischen Rechtsparteien dieses Thema immer weiter zuspitzen werden.

In Deutschland fehlte es über lange Jahre an einer erfolgreichen modernen radikalen Rechtspartei, denn mit der NPD war nur die faschistische Variante regional parlamentarisch vertreten. Mit den Erfolgen der AfD scheint sich das geändert zu haben. Trat die AfD zunächst als marktradikal und konservativ auf, hat sie in den Landtagswahlkämpfen 2014 die klassischen Themen der radikalen Rechten aufgenommen und die Themen Zuwanderung, Kriminalität und Heimat so verbunden, dass für Rechtswählerinnen und -wähler ein attraktives Angebot entstand. Es steht zu befürchten, dass sich die AfD mittelfristig im Parteiensystem festsetzen wird. Ob sie sich dabei zu einer eindeutigen Partei der radikalen Rechten entwickeln wird oder ob sie perspektivisch anschlussfähig für die Union wird, bleibt abzuwarten. In jedem Fall wird sie den politischen Druck für autoritäre und ausgrenzende gesellschaftspolitische Lösungen verstärken. Das sollte ausreichen, um sich aus antirassistischer und emanzipativer Perspektive mit dieser Partei verstärkt auseinanderzusetzen. ✖

ÜBER DEN AUTOR

✖ *Dr. Gerd Wiegel, Referent für Rechtsextremismus/Antifaschismus der Fraktion Die Linke im Bundestag. Letzte Veröffentlichung gemeinsam mit Friedrich Burschel und Uwe Schubert (Hg.): Der Sommer ist vorbei ... Vom »Aufstand der Anständigen« zur »Extremismus-Klausel«, Münster 2014.*

UKIP
LEGITIMIERT DURCH DIE MEDIEN?

JOHN GRAYSON / ÜBERSETZUNG JOANA-EVE RENDELMANN

John Grayson betrachtet, wie die Standpunkte der UKIP von den Medien legitimiert und sogar gefördert werden.

Der selbsternannte Führer der people's army kann seinen Sieg feiern. Nigel Farage, dessen Partei einst als Plattform für Spinner, Irre und verkappte Rassisten abgetan wurde, hat sich als ein hohes Tier im politischen Dschungel etabliert. (Nick Robinson, BBC TV politischer Nachrichten Redakteur, »Farage vs. Clegg: the verdict«, 3. April 2014.)

»Ich denke wir haben ein Drittel der Wähler direkt von der BNP (British National Party) abgeworben, ich denke nicht, dass jemand, mit Ausnahme von Nick Griffin (ehemaliger Vorsitzender der BNP) in Question Time (politische Fernsehsendung), der BNP so viel Schaden zugefügt hat wie die UKIP und darauf bin ich ziemlich stolz.« (Nigel Farage, Unterredung mit dem Chatham House think-tank, 31. März 2014).

In der rechtsextremen Mythologie, war Jean-Marie Le Pen durch einen spektakulären und beängstigenden charismatischen Auftritt im französischen Fernsehen (L'Heure de Vérité) fähig den Front National (FN) 1984 zum Durchbruch zu verhelfen. Dieser Auftritt gab ihm die Chance rechte (extreme) Ideen in den politischen Diskurs einzubringen, welche vorher aus den Medien ferngehalten wurden. Le Pens Einfluss wurde aber nicht etwa unterminiert oder gar abgewürgt von jenen, die ihn in TV Debatten ausgestochen haben. Stattdessen – und das ist entscheidend für die Strategie des FN – wurden bisher tabuisierte Themen, von Holocaust Revisionismus bis hin zu Mythen über Rassen-Ungleichheiten, wieder in die Massenmedien eingebracht.

Im Oktober 2009 hat es Nick Griffin (damaliger Vorsitzender der BNP) endlich zu BBC's Question Time geschafft; und es dramatisch verpatzt, infolgedessen trumpfte Nigel Farage auf. Sein Erscheinen wurde in Zusammenhang mit der Entscheidung des Labour Cabinet gebracht, welches seinen Grundsatz, der BNP keine Plattform zu gewähren, aufgehoben hatte. Interessanterweise war diese groteske Nummer bereits seit 2007 geplant, so ein ehemaliger Question Time Produzent. Der Journalist Daniel Trilling meint, BBC ziele darauf ab, mehr Zuschauer zu gewinnen und somit war die BNP bei Question Time »politisches Kasperletheater in seiner Höchstform«.

Die Unterstützung von rechtsextremen und rassistischen Programmen als Unterhaltung setzt sich bei BBC weiter durch, gerade auch im Zuge ihrer Faszination und unvorsichtigen Werbung für Nigel Farages UKIP. Lange Zeit diente Farage der BBC als ein »Charakter«, der die Minderheitsparteien bei Question Time repräsentieren konnte. Er war seit 2004 sechsundzwanzigmal dort zu sehen; zwischen 2009 und 2013 vierzehnmal, mehr als jeder andere Politiker irgendeiner anderen Partei. Farage hat so viel Vertrauen, dass UKIP ein Platz im Programm gesichert ist, dass er im Januar BBC öffentlich beschuldigte, befangen und vorurteilig zu handeln, da sie live Zuschauer für Question Time im Studio haben, wenn UKIP Mitglieder teilnehmen. Er hätte die Zuschauer gern nach Umfragen gewählt und wirft die Frage auf, ob BBC bei der Zuschauerwahl von ›Linksradikalen instrumentalisiert wird‹.

Im letzten Jahr fiel die BBC dadurch auf, dass sie der UKIP und Farage eine enorme Bedeutung zukommen ließ. Der Telegraph kommentierte dies anlässlich der UKIP Frühjahrskonferenz in Torquay: »Es scheint, dass die UKIP eine politische Macht geworden ist, betrachtet man die über 20 Personen starke Gruppe der internationalen Presse-Agenten bei der Frühjahrskonferenz in Torquay, bei der u.a. Korrespondenten der chinesischen Staatspresse, Le Monde aus Frankreich, Mega TV aus Griechenland und das öffentliche Radio der Schweiz anwesend waren. Niemand könnte die Überbesetzung der BBC übertreffen, welche mit 12 Mitarbeitenden anreiste.« Ein UKIP Insider meint: »Es ist wie das Glastonbury Festival.«

Farage wurde es auf jeden Fall einfach gemacht, von der britischen Presse und den Medien – sogar von den ›liberalen‹ Zeitungen. Im Januar 2013 hat es Decca Aitkenhead, vom Guardian in einem Interview beinahe geschafft über UKIP's Kampagne in Rotherham vom vergangenen November zu spaßen. Sie beschrieb Farage »als einen der überraschendsten Politiker, den ich je getroffen habe – charismatisch, witzig, von einer unermüdlich guten Natur und eigentlich freundlich zu absolut jedem, außer dem Premierminister und dem Stadtrat von Rotherham.«

PAGE HALL, SHEFFIELD

UKIP's zentrales Thema ihrer Kampagne im letzten Jahr, die angeblich drohende ›Invasion‹ von EU Arbeitenden aus Rumänien und Bulgarien (besonders Roma), wurde ständig wieder aufgenommen und durch BBC am Leben gehalten. Als die ›Invasion‹ ausblieb, suggeriert BBC, das es doch offenbar schon passiert wäre und behauptete, Roma würden bereits Chaos auf den Straßen verursachen und sich der Integration verweigern. Daraufhin haben BBC Sender zum wiederholten Male ›the moral panic‹ ausgestrahlt, welche von David Blunkett's Kommentaren über Page Hall in Sheffield angetrieben wurde, trotz der kompletten nationalen sowie internationalen Übertragung der Vorgänge zur Zeit des Geschehens.

Die Streitfragen rund um Roma in Page Hall wurden vom BBC in ›The Truth about Immigration‹ am 7. Januar von Nick Robinson dargestellt, es wurden die gleichen Menschen interviewt wie auch schon von internationalen Medien in Sheffield im vorherigen November. Am Tag vor der BBC Ausstrahlung widmete man sich im BBC Radio Sheffield einen gesamten Morgen dem ›Problem‹ in Page Hall. Der regionale Radiosender BBC 1 Inside Out: Yorkshire and Lincolnshire sendete eine Reportage über Roma, von Benjamin Zephaniah, dessen Familie sich in den 60ern in Burngreave niederließ, angrenzend zu Page Hall. Um ›The truth about Immigration‹ weiterzuführen, wurde am Morgen des 7. Januar ein Interview auf Radio 4 Today's über das Thema geführt, das Interview lief mit keinem anderen als ... Nigel Farage.

Das bemerkenswerte Programm auf Radio 4 Today wurde am 28. März ausgestrahlt: ›Roma community must integrate more‹. John Humphry reiste nach Sheffield, um dieselben Kritiker der Roma-Ansiedlungen (wie im November und Januar) zu interviewen, obgleich sich in diesen 4 Monaten der Reportagen über eine kleine Gruppe von Roma und deren Niederlassung an der Hauptstraße Sheffields nichts Neues ereignet hat. Aber genau jener Report erinnerte die Menschen an die Warnung David Blunkett's vom November 2013: »Wir müssen das Verhalten und die Kultur der Roma in Page Hall ändern«. Und natürlich erinnerte es die Menschen auch an UKIP's Behauptung, dass die Roma aus Rumänien und Bulgarien in die Städte Großbritanniens vordringen. Es war bezeichnend, dass Humphrys nicht ein Interview mit jemandem aus der ansässigen Roma Community bekommen hat.

BBC hat offensichtlich entschieden, dass die gesamte Migrations-Debatte von der UKIP und ihren ›Fakten‹ zusammengedichtet wurde, welche durch simple Aussagen über den Wert von Migration hätte ausbalanciert werden können. Im Endeffekt jedoch wurde eine rechtspopulistische Partei ohne Sitze im Parlament zu einem Riesentier in der britischen Politik aufgeblasen.

DIE ZWEITE FARAGE/CLEGG DEBATTE AUF BBC

Anfang dieses Jahres sind Farage und Nick Clegg in zwei seriösen Fernsehdebatten gegeneinander angetreten. BBC entschied sich dazu, die zweite Debatte am 2. April auszustrahlen und ihr die gleiche Aufmerksamkeit teil zu werden zu lassen wie die Reportagen über nationale Wahlen, mit einer 3,5 stündigen Ausstrahlung, von 18-21.37 Uhr auf BBC's Nachrichtensender und machte sie via Internet zugänglich (BBC website). Die Debatte an sich wurde auf BBC2 und BBC News24 um 19 Uhr ausgestrahlt und am nächsten Tag bereits um 21 Uhr auf dem BBC Parliament channel wiederholt. BBC zeigte die gesamte Berichterstattung von den unvermeidlichen YouGov und ICOM/Guardian Zuschauerbefragungen und den Räumen der Journalisten, genau wie bei den allgemeinen Wahlen 2010. Natürlich war der Gastgeber der Debatte ebenfalls die Stimme der BBC Wahl-Berichterstattungen, David Dimbleby.

Die genaue Überprüfung von Farage oder UKIP stand jedoch niemals auf der Agenda. Wie der politische Kommentator Mehdi Hasan sagte: »Erstaunlicherweise wurde Farage in 2 Stunden, live voller Zuschauerfragen und einem gut informierten Gegner gegenüberstehend, nicht einmal über die zweifelhaften Allianzen der UKIP im Europa Parlament, noch über die zweifelhaften anti-moslemischen Aussagen Gerard Batten's (Mitglied im EU Parlament für die UKIP) oder seine eigenen Aussagen befragt, wie z.B. die, dass er kein Englisch mehr in der Bahn hört. Wie ich sagte: Alles Gute zum Geburtstag, Nigel. Du hättest kein besseres Geschenk von den Pro-Europäern erbitten können.«

MEHR TV DEBATTEN UND AUSEINANDERSETZUNGEN – UND UKIP IST IMMER PRÄSENT

BBC war jedoch nicht allein in der (Be)Förderung der UKIP. Am 17. Februar, während Channel 4 eine Debatte über ihre kontroverse Serie Benefits Street zeigte, wurde auf Channel 5 ein Programm ausgestrahlt, welches als »Große Britische Immigration Auseinandersetzung« betitelt wurde. Die Debatte führten The Express und der Daily Star, welche, genau wie Channel 5, Richard Desmond gehören. Am nächsten Tag gab es eine weitreichende Berichterstattung, jedoch weitgehend über physische Konfrontationen und Beschimpfungen der selbsternannten nicht-rassistischen Kommentatorin Katie Hopkins. Die zweistündige Show war zweifellos eine Auseinandersetzung, da der frühere Chef des Innenministeriums behauptet, dass – während Prominente sich beleidigten – massenhaft Pässe und Papiere von Migrant*innen gefälscht wurden.

Der einzige Politiker in dieser Debatte war UKIP's Sprecher für Immigration MEP Gerard Batten (er, der die zweifelhaften anti-muslimischen Bemerkungen machte). Wichtig für diese Debatte war auch, dass Channel 4 YouGov beauftragt hatte, eine Umfrage durchzuführen, welche bestätigen sollte, dass 70 Prozent der Menschen Immigration eindämmen wollen. Diese Umfrage wurde dann zur Rahmung der ›Fakten über Immigration‹ genutzt. Für Tim Stanley vom Telegraph ist das ein typisches Programm für Debatten über Immigration: »Eine giftige Debatte über Rassen und Klassen. Der Ton dieser Debatte der ›Großen Britischen Immigrations- Auseinandersetzung‹ bestätigt nur die Panik und den Hass, den ökonomische Restriktionen schüren können.«

DER DAILY EXPRESS, UKIP UND PATRICK O'FLYNN

»Die große Britische Immigrations-Auseinandersetzung« verband natürlich UKIP's Agenda mit den Kampagnen, welche Desmond's Daily Express seit einigen Jahren präsentiert. Der frühere Politik Redakteur des Express, Patrick O'Flynn wurde nun der UKIP Kandidat in OST England für die Europa-Wahlen im Mai. Im Januar wurde O'Flynn Kommunikations-Direktor der UKIP. Als früherer Kollege meint Peter Oborne vom Telegraph: »Er ist ein sehr erfahrener Journalist und ein guter Fang, mit welchem die UKIP prahlen kann.« Des Weiteren hat O'Flynn zusätzlich eine umstrittene Blitzkarriere hinter sich, in welcher er Aussagen über Moslems in seiner Kolumne im Express tätigte. Im Januar behautet die Organisation ›HOPE not Hate‹, dass »der Express Journalist seine Kolumne immer wieder dazu missbraucht hätte, seine spezifische Form von Islamophobie auszuspucken«. Die Organisation hebt die folgenden Aussagen aus 2008 hervor:

»Wenn wir die unkontrollierte Ausdehnung des nicht-integrierten britischen Islams erlauben, wird der Charakter unserer Nation für immer zerstört werden. Jedem den moslemischen Gebetsaufruf aufzuerlegen, der in der Nähe einer Moschee wohnt – wird nur ein Ergebnis haben: mehr ›white flight‹ aus städtischen Bezirken und mehr islamische Ghettos.« (8. Januar)

»Für normale britische Ohren ist das Gejammer aus der Moschee nicht nur ein unwillkommenes, sondern ein befremdliches und bedrohliches Geräusch.« (8. Januar)

»Warum sollten wir britischen Moslems trauen?« (12. Februar)

»Auf ökonomischer Ebene ist der Einfluss britischer Moslems besonders negativ. Forschungen zeigen, dass in muslimischen Nachbarschaften mehr Abhängigkeit von Transferleistungen vorhanden ist und wenig Vermögen geschaffen wird.« (12. Februar)

»Städtische muslimische Ghettos haben den Wahlbetrug wieder als ein normales Charakteristikum britischer Politik eingeführt.« (12. Februar)

Es ist natürlich keinesfalls selten, dass ein Politikjournalist ins politische Geschäft (PR) einsteigt. Guto Harri, z.B. verließ BBC, um für Boris Johnson (Bürgermeister London) zu arbeiten; Craig Oliver ging zur Downing Street nach 19 Jahren als Broadcast Journalist und ihm folgte jetzt Graeme Wilson von der Sun, während Ed Miliband (Vorsitzender der Arbeiter Partei) drei Ex-Lobby-Journalisten beschäftigt – Bob Robert (Daily Mirror), Patrick Hennessy (Sunday Telegraph) und Tom Baldwin (Times). Was jedoch ungewöhnlich ist, ist ein Politikjournalist, der zur politischen PR (Öffentlichkeitsarbeit) wechselt und sofort ein politisches Amt bekleiden möchte.

Der hoch erfahrene O'Flynn ist wahrscheinlich der Grund dafür, dass die UKIP eine so erfolgreiche Medienkampagne in den letzten Monaten hatte. Am 27. März erschien er im ITV 1 Tonight special (Die Wahrheit über Immigration: Gosse oder Gewinn) welches sich auf Immigration in Peterborough konzentrierte. O'Flynn war wieder einmal der einzige Nationalpartei-Politiker im Programm.

Channel 4 komplettierte die Fernsehberichte über Nigel Farage mit einer einstündigen Biographie »Nigel Farage: Wer bist du?«, welche vom selbsterklärten rechtsliberalen Martin Durkin in Auftrag gegeben wurde. Neil Midgley vom Telegraph hat es wahrscheinlich auf den Punkt gebracht, als er das Programm als »solch eine übersteigerte Ehre beschrieb, dass selbst UKIP-Unterstützer es ein wenig ekelhaft anzuschauen fanden«.

Der Guardian folgte dem Thema der fremdenfeindlichen Politiker zur Unterhaltung mit einer Verteidigung Farage's durch Simon Jenkins am 3. April. Nachdem er zugab, dass die UKIP eine Ähnlichkeit zum FN in Frankreich hat, argumentiert Jenkins, dass »Farage in einer langen Kette von exzentrischen Politikern« wie Enoch Powell steht. Er ist »klug aufständisch« wie ›Wilkes, Cobbett und selbst Tony, Benn‹ und in den Wurzeln »ist er offensichtlich ein Tory der aus diesem Grund Cameron innerhalb der Partei anfechten sollte, nicht von außen. Ein Wettkampf über die Führung, zwischen ihm und Boris Johnson, wäre eine Bereicherung für die nationale Unterhaltung«, so Jenkins über Farage.

Sucht man die Presse und die Medien nach der Berichterstattung über Nigel Farage und die UKIP ab, so fällt es schwer zu glauben, dass noch vor 4 Jahren eine nationale Debatte sowie Demonstrationen vor der BBC stattfanden, weil BBC Nick Griffin in die Studios einlud. »Die Entscheidung BBC's, eine Plattform für Faschisten zur Verfügung zu stellen für die verzerrten Überbleibsel der Demokratie, ist nicht mehr als eine Schande« so Akademiker Jim Wolfreys im Guardian zu dieser Zeit. Wolfrey über Jean-Marie Le Pen und seine TV Auftritte 1984:

»Rassisten und Antisemiten wurden ermutigt. Deren Politik ist weder durch Gründe motiviert, noch durch clevere Phrasen unterfüttert, somit scheint deren Weltbild gerechtfertigt durch das Profil und den Status von Le Pen, übereinstimmend mit den Medien. Eine feige politische Elite kapituliert vor den Mythen des FN über Gesetz und Ordnung, Immigration und Asylrecht stärken diesen Status.«

Farage ist natürlich nicht Jean-Marie Le Pen, aber die historische Analogie ist passend. ✖

QUELLENANGABE

✖ *www.irr.org.uk/news/ukip-legitimised-by-the-media/*

RECHTE ZUWANDERUNG IN DREI LANDTAGE

ZU DEN JÜNGSTEN ERFOLGEN DER »ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND« (AFD) IN SACHSEN, THÜRINGEN UND BRANDENBURG

▮ FELIX KORSCH

Detlev Spangenberg ist 70 Jahre alt, doch der »politische Neuling« entwickelt »eine Energie, die so mancher junger Politiker der etablierten Parteien nicht hat.« Er, der AfD-Politiker, sei immer in Bewegung und sein Wort – »sensibilisiert gegen jede Diktatur, ob sie nun aus Brüssel kommt oder aus Berlin« – habe Gewicht. Jedenfalls in einem ebenso kitschigen wie naiven Portrait der Sächsischen Zeitung,[1] das gefälliger nicht ausfallen konnte. Das war drei Tage vor der Landtagswahl in Sachsen.

DIE VIERTE KRAFT

Dann, am 31. August, stimmten im Freistaat knapp 160.000 Menschen für die AfD. Der Partei, anderthalb Jahre jung, gelang ein traumhaftes Ergebnis von 9,7 Prozent. Der Erfolg stand zu erwarten, die sächsischen Ergebnisse bei der Bundestags- und Europawahl rangierten im gleichen Bereich. Unter den 14 AfD-Abgeordneten, die in den nächsten fünf Jahren im Landesparlament sitzen werden, ist Detlev Spangenberg. Als designiertem Alterspräsidenten hätte ihm gar die feierliche Eröffnung der ersten Plenarsitzung oblegen. Dann aber fiel auf, dass er kein »politischer Neuling« ist.[2] Vielmehr war er für das »Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland« (BAFV) aktiv (einer der Slogans: »Sachsenmut stoppt Moslemflut«). Vom BAFV wusste die Sächsische Zeitung im Jahre 2010 noch zu berichten, dass es auf eine »Koalition nationalistischer Kräfte« hinarbeite.[3] BAFV-Gründer Henry Nitzsche, vormals Bundestagsmitglied für die CDU, hatte im Zusammenhang mit der damals rot-grünen Bundesregierung von »Multikultischwuchteln« gesprochen, was Spangenberg wohl nicht schreckte. Er stand auch in Kontakt zu »Pro Sachsen«, initiiert von einem Ex-NPD-Abgeordneten. Und er trat bei einem »Bündnis für Freiheit und Demokratie« (BFD) in Erscheinung – von dem er nicht gewusst haben will, dass auf dessen Website, die ihn bis vor kurzem im Impressum namentlich auswies, über die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 sinniert wird.[4]

Das alles war vor der Landtagswahl bekannt. Es wurde nur nicht berichtet. Nachher, als es doch in die Medien drang, verzichtete Spangenberg auf das Ehrenamt des Alterspräsidenten, offenbar auch auf Druck der Partei.[5] Klar ist unterdessen, dass von einem Einzelfall in den Reihen der sächsischen AfD nicht gesprochen werden kann.[6] Einige der Personalien haben zu Ausschlussverfahren geführt.

Fest in der Partei verankert ist dagegen die sächsisch dominierte »Patriotische Plattform« (PP), die zwar kein offizieller Parteiflügel, aber doch ein einflussreicher Zirkel teils korporierter, teils »identitärer« AfD-Mitglieder ist. Zu ihnen gehört Thomas Hartung, zuletzt mitverantwortlich für das Wahlprogramm in Sachsen. Seinen Posten als AfD-Landesvize musste er abgeben, nachdem er im Internet einen Bericht über einen spanischen Lehrer mit Down-Syndrom abwertend kommentiert, den Betroffenen als »dumm« dargestellt und hinzugesetzt hatte, »dass ich als Nichtbehinderter von einem solchen nicht unterrichtet werden möchte.«[7] Andere Aktive aus der PP, darunter mehrere AfD-Landtagskandidaten, hatten mit einer Einladung des österreichischen Politikers Andreas Mölzer für Aufsehen gesorgt. Der FPÖ-Rechtsaußen hatte die EU als »Negerkonglomerat« bezeichnet.[8]

Die Wahlerfolge schmälerte das nicht. Zwei Wochen nach Sachsen gewann die AfD auch bei den Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg mit Zweitstimmenergebnissen von 10,6 und 12,2 Prozent der Stimmen. In den drei Landesparlamenten ist die AfD jeweils viertstärkste Kraft. Zumindest in Sachsen und, noch deutlicher, in Thüringen trennt sie vom Resultat her nicht viel von der SPD.[9]

NACHHOLENDER RECHTSRUCK

Die häufig gestellte Frage, ob es sich bei der AfD um einen vergänglichen Hype handle, darf verneint werden. Es spricht mehr dafür, dass es sich um eine stabile Parteineugründung rechts von der Union handelt, deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Dazu ist zweierlei anzumerken.

Erstens: Die AfD als parlamentarische Repräsentation eilt der gesellschaftlichen Entwicklung nur nach. In der Hinsicht ist die Partei mitnichten »innovativ«, sondern nachahmend: Im Kleinen ahmt sie alte Kampagnen wie die für eine »Deutschquote« im Rundfunk nach, deren Einführung eine ausdrückliche Forderung im sächsischen Wahlprogramm war. Im Großen adaptiert die AfD das Erfolgsrezept rechtspopulistischer Parteien aus Marktradikalität und Wohlfahrtschauvismus.[10]

Beide Richtungen entsprechen den Parteiflügeln in der AfD. Sie war allerdings jüngst dort erfolgreich, wo innerparteilich die nationalkonservativen und christlich- fundamentalistischen Elemente die Oberhand haben. Das muss als Indiz dafür verstanden werden, dass die AfD eine Angebotsstruktur für eine gesellschaftlich relevante Nachfrage darstellt – ein Zusammenhang, der mit dem Erklärungsansatz »Protestwahl« übersehen wird.

Zweitens: Dass die AfD in den Sächsischen Landtag einzog in dem Moment, da die NPD dort nach zwei Legislaturperioden knapp ausschied (4,95 Prozent), darf nicht zu der vorschnellen Annahme verleiten, die neuere Partei ersetze die ältere. Zwar ist die Annahme plausibel, dass der NPD der Wiedereinzug ins Parlament ohne die Konkurrenz der AfD gelungen wäre. Umgekehrt aber war der AfD-Erfolg nicht

abhängig vom Abschneiden der NPD. Vielmehr zeigt sich, dass beide Parteien vor allem in ländlichen und grenznahen Gebieten teils ortsidentische Hochburgen haben, ohne dass eine Verdrängung eingetreten wäre. Das muss als deutliches Indiz dafür verstanden werden, dass beide Parteien um ein ähnliches, aber keineswegs deckungsgleiches Stimmenpotential konkurrieren; und schließlich: dass wir es trotz aller Ähnlichkeiten bis hin zu personellen Überschneidungen bei der neuen Partei mit einer *eigenständigen* Entwicklungsrichtung der politischen Rechten zu tun haben.[11]

EXKLUSION ALS KLAMMER

Diese Entwicklungsrichtung lässt sich schwer analysieren, weil sich die AfD bis heute kein Parteiprogramm gegeben hat, sondern mit wechselnden Themen agitiert. Längst stehen die Themen in keinem vordergründigen Zusammenhang mehr mit der Gründung als Anti-Euro-Partei. Bereits im Vorfeld der Bundestagswahl 2013, bei der die Partei knapp gescheitert war, hatte sich ihr Fokus auf andere Bereiche verschoben, namentlich die Familien- und Bildungspolitik. Sie standen jüngst auch an vorderster Stelle im Wahlprogramm für Sachsen:[12] Die »Kernfamilie«, heißt es da, sei »die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft«. Daher trete man ein für »eine Schwangerenkonfliktberatung, die sich hauptsächlich dem Lebensschutz verpflichtet fühlt«. Auch wende man sich gegen eine »weitergehende Gleichstellung der sog. ›Homoehe‹ sowie die Adoption von Kindern durch Homosexuelle«. Konkreter wurde Sachsens AfD-Chefin Frauke Petry außerhalb des Programms: Die Aufgabe bestehe aus ihrer Sicht darin, »das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen.« Wünschenswert sei, dass jede »deutsche Familie« über drei Kinder verfüge.[13] Als konkreter Anreiz ist im Wahlprogramm die Einführung eines Familienwahlrechts vorgesehen.

Neben der Förderung der »Kernfamilien« empfiehlt die Sachsen-AfD eine »Bildungsoffensive« – unter anderem durch Verzicht auf »gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahmen wie ›Gender Mainstreaming‹« und eine »Früh- und Hypersexualisierung« durch zu zeitigen Sexualkundeunterricht sowie die »indoktrinäre Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch LGBT-Lehrplaninhalte«. Zum Thema »Inklusion« heißt es offiziell: »Kinder mit erhöhtem Förderbedarf sollen mittels differenzierter Angebote genauso individuell unterstützt werden wie Begabte und Hochbegabte.« Über die eigentliche Zielrichtung gibt der abweichende Programmentwurf Auskunft: Da ist die Rede von »Reihenuntersuchungen« bei Schulkindern und davon, dass eine »Eingliederung von Schülern mit Lern- oder komorbiden Schwächen« unterbleiben soll, schließlich sei die Förderung Begabter »dringlicher als die Förderung Unbegabter«.[14] Daher sollten »Körper- und geistig behinderte Schüler« besser »nicht gemeinsam mit vollständig gesunden« Kindern lernen.

Schon diese wenigen Punkte zeigen an, dass die Themen Familie und Bildung hier Elemente einer übergreifenden und hochrestriktiven Lebensweisen- und Biopolitik sind. Die Warnung vor einer »Zuwanderung in die Sozialsysteme« war der Wahlkampfschlager des Sommers 2014. Die AfD schlägt im Wahlprogramm eine »aktivierende Integrationspolitik« vor: Aufgezählt werden »verpflichtende Sprachkurse«, wobei die Nichtteilnahme »durch empfindliche Kürzung der Sozialleistungen« zu sanktionieren sei, sowie das Ableisten einer – offensichtlich auf Prekarität programmierten – »Bürgerarbeit für arbeitslose Migranten«, die »ähnlich den sog. 1-EUR-Jobs« zu vergüten sei. Auch hier ging der Programmentwurf noch wesentlich weiter: Demnach solle das Kindergeld für nichtdeutsche Staatsbürger dem üblichen Kindergeldsatz im Herkunftsland entsprechen, »keinesfalls aber mehr als 75 Prozent des Satzes für deutsche Staatsbürger.«

DEMOKRATIE, MODELL SCHWEIZ

Solche Vorschläge werden selbst dort adressiert, wo die AfD vordergründig zum Beispiel von der Stärkung direktdemokratischer Verfahren spricht. Es lohnt sich an dieser Stelle, genauer zu beobachten, wovon die AfD *konkret* spricht: In Leipzig will die Ahmadiyya-Gemeinde – ihre Mitglieder sind »ansässige Bevölkerung« – ein Gebetshaus errichten. Es soll eine der kleinsten Moscheen deutschlandweit entstehen, der Standort ist zentrumsfern. Dort gibt es so genannten »Bürgerprotest«, der seit Anbeginn durch die NPD befördert wird. Vor einer Weile wurde auf dem Baugelände ein Schweinekopf abgelegt. Die Abstimmung über die angebliche »Großmoschee« ist faktischer Unsinn. Dahinter zeigt sich jene Logik, aus der heraus die AfD ein direktdemokratisches Verfahren – im Wahlkampf mit Hinweis auf die Schweiz beworben – gebrauchen kann: Sie lässt sich die Zurückweisung der Interessen einer Minderheit mandatieren durch eine Mehrheit, die sie auf Wegen parlamentarischer Politik schwerer zu bekommen hätte. Bei dem Appell an ein Massenressentiment[15], handelt es sich um eine *populistische* Methode im Wortsinne.

Die ethnopolitischen Positionen der AfD erweisen sich derart als komplementär zu ihrer so genannten Familien- und Bildungspolitik: In beiden Bereichen besteht die Handlungslogik in einer Normierung und Sortierung von Menschen nach distinkten Regeln (Sexualität, Gesundheit, Ethnie, Religion, Klassenlage), deren Anwendung zumindest

auf eine Marginalisierung der *Anderen*, wenn nicht deren Ausschluss (aus dem Bereich akzeptierter Lebensformen, dem regulärem Schulunterricht, dem Sozialsystem, dem »Stadtbild«) zielt. Die Trennlinien, nach denen die AfD über die aus ihrer Sicht angezeigte Zu- und Aberkennung von Privilegien entscheiden will, ergeben einen Katalog von Merkmalen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Eine nach solchen Regeln stratifizierte Gesellschaft wäre offen reaktionär - ein Bekenntnis dazu hat der AfD-Funktionär Marc Jongen öffentlich abgegeben.[16] Seine Partei hat ihm nicht widersprochen.

Die neue Situation besteht darin, dass die AfD durch ihren mehrfachen Eintritt in den parlamentarischen Betrieb sowohl materielle Ressourcen als auch diskursive Deutungsmacht gewinnt. Davon hat sie selbst in Sachsen bereits mehr, als die NPD sich je erhoffen konnte. Ein Grund mehr, die AfD besser einschätzen zu lernen. ✖

ÜBER DEN AUTOR

✖ *Felix Korsch ist freier Journalist und wissenschaftlicher Mitarbeiter in Leipzig. Er forscht und publiziert zur politischen Rechten. Anfang 2014 erschien bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung seine Analyse »Nationalkonservativ und marktradikal: Eine politische Einordnung der ›Alternative für Deutschland‹«.*

FUSSNOTEN

1 *Dieter Hanke, 28.08.2014.: Der Rastlose, in: Sächsische Zeitung.*

2 *Tobias Wolf u.a., 03.09.2014: Rechtskonservativer wird Alterspräsident im Landtag, in: Sächsische Zeitung.*

3 *Manfred Müller, 29.03.2010: Konservative formieren sich in Thiendorf, in: Sächsische Zeitung.*

4 *o.A., 04.09.2014: Rechte Mitglieder bescheren der AfD weiter Ärger, MDR, veröffentlicht unter: www.mdr.de/sachsen/wahlen-politik/landtagswahl/landtagswahl-afd-rechtsextreme-mitglieder100.html - Die BFD-Domain und alle Inhalte der Website wurden am 02.09.2014 gelöscht.*

5 *Tobias Wolf, 04.09.2014: Die AfD auf dem rechten Weg?, in: Sächsische Zeitung.*

6 *Zu diesen und weitere Fällen: Exakt, 03.09.2014: Neonazis in der AfD, MDR, Beitrag und Skript unter: www.mdr.de/exakt/afd140.html; Robert Schmidt, 09.09.2014: Aktivisten mit Neonazi-Hintergrund in der Sachsen-AfD, ZEIT Online, veröffentlicht unter: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/09/09/aktivisten-mit-neonazi-hintergrund-in-der-sachsen-afd_16971.*

7 *Dietmar Neurer, 25.06.2014: Sachsen-AfD zieht Spitzenpolitiker aus dem Verkehr, Handelsblatt, veröffentlicht unter: www.handelsblatt.com/politik/deutschland/landtagswahlen-2014/wegen-behinderten-feindlicher-aeusserung-sachsen-afd-zieht-spitzenpolitiker-aus-dem-verkehr/v_detail_tab_print/10102512.html.*

8 *Christina Hebel u.a., 15.08.2014: Sachsen-Wahlkampf am braunen Rand, Spiegel Online, veröffentlicht unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-laedt-zum-abend-mit-andreas-moelzer-in-leipzig-a-986281-druck.html.*

9 *Zu den Wahlergebnissen und deren politischer Einordnung seien die Auswertungen von Benjamin-Immanuel Hoff, Cornelia Hildebrandt und Horst Kahrs empfohlen: www.rosalux.de/staatdemokratie/thema/parteienwahlanalysen.*

10 *Vgl. David Art (2011): Inside the Radical Right: The Development of Anti-Immigrant Parties in Western Europe, Cambridge.*

11 *AfD-PolitikerInnen weisen regelmäßig darauf hin, sie und ihre Partei seien »weder rechts noch links«. Genau so wahr ist aber, dass nicht wenige ExponentInnen der AfD unschwer der politischen Rechten zuzurechnen sind. Fälle, die eine Zurechnung zur politischen Linken erlauben würden, sind dagegen nicht bekannt.*

12 *Diese und weitere Zitate aus dem Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen sind entnommen aus: AfD Sachsen: Wahlprogramm 2014, Langfassung, veröffentlicht unter: http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf.*

13 *Burkhardt Ewert, 21.08.2014: Petry will Volksentscheid über Abtreibung, Neue Osnabrücker Zeitung, veröffentlicht unter: www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/500073/afd-petry-will-volksentscheid-uber-abtreibung*

14 *Diese und weitere Zitate aus früheren Entwurfsfassungen für das Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen wurden seit 31.08.2014 durch die Gruppierung »Anonymous Österreich« in loser Folge im Internet veröffentlicht. Die Authentizität wurde bestätigt, s. Verena Ritter u.a., 03.09.2014: Von Anonymous veröffentlichte Daten echt, Mephisto 97.6, veröffentlicht unter: http://mephisto976.de/news/von-anonymous-veroeffentlichte-daten-echt-45186.*

15 *Aufschlussreich ist, dass ein ähnlicher Einwand wie gegen das Familienwahlrecht, es nütze dem »Prekariat« (das die AfD elektoral weniger bevorzugt), im Falle einer solchen Volksabstimmung nicht bekannt ist.*

16 *Marc Jongen, 22.01.2014: Das Märchen vom Gespenst der AfD, Cicero, veröffentlicht unter: www.cicero.de/berliner-republik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894.*

SKANDINAVIEN RÜCKT NACH RECHTS

DIE UNHEIMLICHE NORMALITÄT RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN

□ INTERVIEW MIT TOBIAS ALM

In Skandinavien haben sich seit dem Jahr 2000 rechtspopulistische Parteien im parlamentarischen Spektrum etabliert. Sie können zwischen zehn und 20 Prozent der Wählerstimmen auf sich ziehen. In Norwegen regiert die Fortschrittspartei FrP mit, in Dänemark ist die Dänische Volkspartei DF eine feste Größe und in Schweden ist die Partei der Schwedendemokraten SD bei den letzten Reichstagswahlen drittstärkste Fraktion geworden.

ZAG: Die skandinavischen Länder erscheinen aus der Ferne als liberal und eine Bastion des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates. Angesichts der rechten Wahlerfolge und dem Streit um die Mohammed-Karikaturen in Dänemark, den Riots in Stockholms Vororten und nicht zuletzt den Attentaten in Oslo und auf der Insel Utøya in Norwegen müssen einem da Zweifel kommen. Ist das Bild des toleranten, progressiven Skandinaviens noch zutreffend? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten gibt es zwischen den Staaten und den rechtspopulistischen Parteien?

Alm: Es kommt darauf an, wen du in Skandinavien fragst. Ein großer Teil der Menschen in den skandinavischen Ländern betrachten sich als sehr tolerant und progressiv. Das ist Teil einer skandinavischen Identität. Und dieser Auffassung nach sind Sozialstaat, Toleranz und Fortschrittlichkeit Teil davon. Doch das ist meiner Auffassung nach eines der großen Probleme, dass diese Selbstauffassung nicht mehr hinhaut. Denn wenn ich darauf schaue, ist das in Norwegen und Dänemark absolut nicht mehr zutreffend.
Besonders Dänemark hat seit 2001 einen aggressiven Rechtsruck gemacht, als der liberal-konservative Block mit Unterstützung der DF an die Regierung kam. Und nun versuchen die Liberalen wie auch die Konservativen, die DF in rechtspopulistischen Aussagen zu überholen, während die Parteien-Linke eine Zusammenarbeit mit der DF versucht. Die DF ist in die Mitte der politischen Gesellschaft Dänemarks gerückt ohne sich groß zu verändern.

ZAG: Verschiebt sich das politische Spektrum einfach nach rechts?

Alm: Eindeutig. In Norwegen ist dies nicht viel anders. Da ist die FrP in die Regierung gegangen. Etwas was die DF immer abweist. Die FrP hatte von Anfang an das Problem, Teil der Elite zu sein, die sie angegriffen hat. Die Folge war, sie sind anfangs in den Umfragewerten abgestürzt. Aber die FrP ist aufgrund der Einbindung in die Regierung tatsächlich moderater geworden, in ihrer Rhetorik und ihren Äußerungen zur Asylpolitik, einem ihrer Steckenpferde.

ZAG: Haben aber die Anschläge von Oslo nicht zu einer Ablehnung der FrP geführt?

Alm: Das ist eine bizarre Situation.[1] Die FrP hat selber eingeräumt, dass sie zu »hardcore« drauf waren. Die FrP hat sich für ein dreiviertel Jahr zurückgezogen und danach sofort wieder Anklang gefunden. War aber moderater in ihren Ausdrucksformen und anfangs auch in ihren Forderungen. Meiner Auffassung nach hat das Breivik-Attentat die FrP koalitionsfähig gemacht, weil sie dadurch rhetorisch moderater geworden ist. Ihre Politik ist aber weiterhin von Fremdenfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus geprägt. Dies läuft aber mehr im Hintergrund ab.
Die SD haben dagegen eine ganz klare Nazi-Vergangenheit. Von den übrigen Parteien gibt es Aussagen, dass sie nicht mit ihnen zusammenarbeiten – eine Art *cordon sanitaire*. Antifaschisten in Schweden sagen allerdings, dass dieser sich bis zur nächsten Reichstagswahl aufgelöst haben wird. Aber noch gibt es ihn, und auch von Konservativen gibt es klare Bekenntnisse gegen Rassismus und für die liberale Asylpolitik Schwedens, die viel liberaler als etwa in Dänemark ist. Die Entwicklung, die gerade in Schweden stattfindet, hat in Norwegen und Dänemark schon vor Zehn, 15 Jahren stattgefunden. Abgesehen davon, war die Abgrenzung zur DF in Dänemark niemals besonders stark.
Aktuell schießen die DF, aber auch die Liberalen in Dänemark, gegen Schweden – deren Asylpolitik sei viel zu liberal – und nennen das »schwedische Zustände«. Schweden hat jetzt syrischen und irakischen Flüchtlingen vorläufige Aufenthaltsgenehmigungen gewährt, weil die Zustände dort so schrecklich sind. Die einzige Sorge der dänischen Politiker ist, dass so die Ausländer, ausgestattet mit einem schwedischem Pass, ungehindert nach Dänemark einreisen können. Während Dänemark fast gar keine Flüchtlinge aufnimmt, nimmt Schweden relativ viele auf.

AUßER ASYLPOLITIK HABEN DÄNISCHE VOLKSPARTEI UND SWEDENDEMOKRATEN NICHTS ZU BIETEN

ZAG: Du sagst, es gibt Unterschiede in der Asylpolitik zwischen den Ländern – eins der Hauptthemen rechtspopulistischer Parteien. Aber was wollen diese Parteien darüber hinaus?

Alm: Die DF hatte von Anfang an außer Asylpolitik nicht viel zu bieten. Als die DF 2011 die Minderheitenregierung unterstützte, hat die DF den Finanzvorschlägen der »blauen« liberal-konservativen

Regierung 14-, 15-mal nur dann zugestimmt, wenn im Gegenzug das Asyl- oder Ausländerrecht verschärft wurde. Abgesehen von der Asyl- und Seniorenpolitik hatte die DF kaum ein Programm. Bei der SD ist es im Grunde genauso; außer Asylpolitik haben die nicht viel.

MANGEL AN ALTERNATIVEN

ZAG: Wie kann man diese Parteien einordnen? Sind sie neoliberal ausgerichtet?

Alm: Die FrP war schon immer sehr liberal. Der Abbau von Sozialleistungen ist ein Gründungsmoment der FrP. Die rassistische Pointe kam erst in den 1980ern. Davor war sie eine Anti-Steuern- und Anti-Schuldenpartei. Die DF hingegen dreht sich einfach nach dem Wind. Die DF hat viele Stimmen damit gewonnen, dass sie die ersten waren, die die Blockpolitik rechts-links durchbrochen haben. Weil sie mit der roten Regierung ein Gesetz zum öffentlichen Verkehr durchgebracht haben. Die DF ist da schon ziemlich schlau. Ihre Strategie ist jetzt, sich nicht mehr auf einen Block festlegen zu lassen und damit den rechten wie auch den linken Block zu erpressen. Sie nennen das auch so: wir gehen nach der Macht, nach dem maximalen Einfluss.

ZAG: Aber warum haben die Rechtspopulisten bei dem dünnen inhaltlichen Angebot so einen Erfolg? Erklärt die Rolle als Protestparteien die Zustimmungswerte?

Alm: Jens Rydgren, ein schwedischer Soziologe spricht von einem Paradigmenwechsel, der in Dänemark und Norwegen in den 1980er Jahren stattgefunden hat. Sozioökonomische Themen wie Arbeit und Wirtschaft hätten an Bedeutung verloren. Soziokulturelle Themen dagegen wie Kriminalität, Missbrauch, Erschleichung von Sozialbezügen oder Schwarzarbeit hätten an Bedeutung gewonnen - und seien negativ mit dem Thema Einwanderung verbunden worden.

In Dänemark war bei allen vier Parlamentswahlen seit 2001 das Hauptthema Migration. Damit wurden die Wahlen gewonnen. In Norwegen hat die FrP bei den Wahlen alle Schuld an den Mängeln des Sozialstaats auf die Kosten der Asylpolitik zurückgeführt und zudem behauptet, die Ausländer würden sich schlecht benehmen. In deren Vorstellung greifen die Immigranten den Wohlfahrtsstaat und die dänischen und norwegischen Werte an. Dieser Paradigmenwechsel hat in Schweden noch nicht stattgefunden. Dass die Schwedendemokraten jetzt so stark sind, führen schwedische Antifas darauf zurück, dass es die ganze Zeit ein rassistisches oder ausländerfeindliches Potential gegeben hat, aber die SD bislang nicht als Wahlalternative aufgetreten ist. Cordelia Hess, Mitherausgeberin von »Rechtspopulismus kann tödlich sein«, spricht davon, dass der Rassismus in Schweden nicht weniger ist als anderswo, aber halt seine Formulierung noch nicht gefunden hatte.

Nach meiner Auffassung sind insbesondere die DF und die FrP keine Protestparteien mehr, sondern etablierte Parteien, die sich anti-elitär geben, die sich als die wahren VertreterInnen der lokalen Bevölkerung inszenieren. Und durch den Wechsel von einem biologischen zu einem Kulturrassismus haben sie Anklang gefunden. Der nämlich schlägt an. Weil die Leute ihre eigene schwedische, dänische, norwegische Kultur bedroht sehen. Deswegen spielen sie die kulturrassistische Karte. Sie sind keine Protestparteien in dem Sinne, dass sie ihr Aufleben nur einer Proteststimmung verdanken und ansonsten nicht ernst genommen werden. Sie sind wohl etablierte Parteien, die mittlerweile eine kräftige Basis haben. Breivik kann 70 Leute töten und die FrP hat trotzdem ihre elf Prozent.

Zugleich nutzen sie populistische Stilmittel, sie übertreiben und personalisieren Probleme und Einzelfälle. Die versprochenen Lösungen, sind nicht haltbar und unbezahlbar. Die Sozialdemokratie hat vor einem halben Jahr alle Vorschläge der DF zusammengestellt und ausgerechnet, was die kosten würden, das waren Milliarden. Doch dass die Vorschläge nicht bezahlbar sind, ist der DF im Endeffekt egal, weil sie in der Presse sind. Sie nutzen populistische Stilmittel und sind dennoch meiner Meinung nach keine Protestpartei mehr, weil sie eine feste Basis haben.

IN DER TRADITION ZUM WIDERSTAND IM 2. WELTKRIEG

ZAG: Dann muss es ja handfeste Gründe für die Erfolge geben. Spielen sie mit den Ängsten der Leute, den sozioökonomischen Status zu verlieren?

Alm: Zum einen muss man sehen, dass diese Länder eine relativ geringe Bevölkerung besitzen. Norwegen hat fünf, Schweden 9,6, Dänemark 5,6 Millionen Einwohner. Sie fürchten, dass ihre eigene Sprache und Kultur ins Hintertreffen geraten. Aber daneben ist das auch historisch begründet. All diese Länder haben den Ruf von Gleichberechtigung, sexueller Freizügigkeit und Toleranz. Das gab es in den 1960er, 1970er Jahren tatsächlich. Dieses Selbstbild gibt es immer noch in den Köpfen. Und sie haben das Gefühl, dass es heute gefährdet sei. Aber um diese Gefahr abzuwehren, hören sie auf, tolerant zu sein: Das positive tolerante Selbstbild soll aber beibehalten werden. Letztlich werden somit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung ignoriert und durch Kulturrassismus und Verteidigung der »skandinavischen Werte« legitimiert.

Ebenso drehen sich diese Verlustängste um die Errungenschaften des Wohlfahrtstaats. Die Angst, dass Rumänen und Bulgaren ins Land kämen, um Sozialgeld und Kindergeld zu klauen. Obwohl alle Untersuchungen zeigen, dass Einwanderung mehr bringt, als dass sie nimmt. Damit kommst du gar nicht durch. Es gibt eine Studie, die besagt, das dänische und das finnische Wohlfahrtsmodell funktioniert nur durch Ausgrenzung über das Mittel der Asyl- und Ausländerpolitik. Jetzt wollen selbst die Linken das Kindergeld einschränken für Menschen, deren Familien nicht in Dänemark wohnen, obwohl sie die gleichen Steuern zahlen.

Ideologisch erscheint das als Wertekampf. Da werden Toleranz, Gleichstellung, Wohlfahrtsstaat zu skandinavischen Werten. Das dänische, schwedische, norwegische Selbstverständnis kennt keine Debatten wie in Deutschland um den 2. Weltkrieg

und Nationalsozialismus. In Schweden, das ja mit dem NS kollaborierte, obwohl es neutral war, wird dies einfach ausgeklammert. Der Kolonialismus Dänemarks und dessen Anteil an der Sklaverei werden einfach ausgeklammert, als wenn es dem Sozialstaat seit 500 Jahren geben würde. In den dänischen Schulen wird kein einziges Wort über Grönland oder die westindischen Inseln verloren. Nach dänischer Sicht waren im 2. Weltkrieg alle Dänen Widerstandskämpfer. Von ganz links bis zur DF sehen sich alle in der Tradition des dänischen Widerstands. Die DF legitimiert damit ihre rassistische Politik. Sie beschützen heute die dänische Kultur, genauso wie der dänische Widerstand es damals gemacht habe.

ES MUSS UM DIE SOZIALEN FRAGEN GEHEN

ZAG: Treibt die DF und die anderen rechtspopulistischen Parteien die Sozialdemokratie und die Linken vor sich her?

Alm: Das ist genau mein Eindruck. Die parlamentarische und die kulturelle Linke greifen das Thema Immigration auf. Anstatt zu sagen, es geht um soziale Konflikte und das sind keine ethnischen Probleme, machen sie Zugeständnisse an die Rechte. Stattdessen tragen sie peu à peu Gesetzesverschärfungen mit, weil sie zum einen Angst haben vor Wählerflucht und zum anderen glauben, im Feld der Rechten fischen zu können. Sie verstehen halt nicht, dass sie in einem Gebiet operieren, das bereits besetzt ist. Die Sozialdemokratie schafft es nicht, WählerInnen wieder an sich zu binden. Die DF ist mittlerweile die Arbeiterpartei - das ist die Partei der Senioren, das ist die Partei der ungelernten Arbeiter. In Norwegen ist es das gleiche.

ZAG: In Skandinavien haben sich Parteien wie die DF und FrP und womöglich auch die SD anscheinend etabliert. Wie kann man den rechtspopulistischen Parteien am besten entgegentreten?

Alm: Erst einmal muss man klarstellen, dass Kriminalität, Gewalt, Missbrauch soziale Probleme sind und nicht ethnische. Es muss um die sozialen Fragen gehen. Das ist aber schwer von den Parteien zu erwarten. Zweitens darf der Kampf um Deutungshoheit nicht aufgegeben werden. Die Zeitungen haben den gleichen Stil gefahren wie die DF, aber auch weil die Linke keine Alternative bot. Stattdessen hat die Sozialdemokratie Zugeständnisse an die Rechte gemacht, wodurch ihre Politik so schwammig geworden ist, dass sie überhaupt nicht mehr wiederzuerkennen war.

ZAG: Die inhaltliche Schwäche der Sozialdemokratie ist der größte Vorteil, den die rechtspopulistischen Parteien haben?

Alm: Ganz klar. Ein bisschen reißerisch formuliert es ein aktueller dänischer Text: »Die parlamentarische Linke ist die heimliche Waffe der HDF«. Zwar hat die parlamentarische Linke immer unterstrichen, wie die parlamentarische Rechte der DF auf den Thron verholfen hat, doch die eigene Rolle wird überhaupt nicht gesehen.

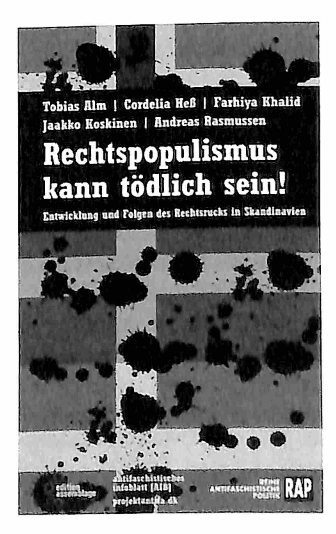
ZAG: Wie steht es mit der außerparlamentarischen Linken?

Alm: Das ist leider auch katastrophal. Es gibt zwar in Dänemark und Norwegen kaum Nazis, die Linke konzentriert sich dennoch auf diese 200 Nazis. Es gibt zwar Nazis, aber sie sind marginal. Selbst die DF grenzt sich ganz klar vom Nationalsozialismus ab. Sie war die erste und die einzige Partei Dänemarks, die es als Schande bezeichnet hat, dass die NPD ins EU-Parlament eingezogen ist. Die Dänen und die Norweger mögen keine Nazis, schon wegen ihrer Sicht auf die Geschichte. Dafür gibt es krassen Rassismus. Von linksradikaler Seite hat es aber gegen die DF in den letzten acht Jahren keine einzige Aktion gegeben. Das ist in Schweden anders. Als die SD in Malmö war, konnten die sich kaum versammeln, weil 2.000 Leute sie umringt haben.

Die Linke hat sich in Krisenzeiten wirklich schwer getan. Das liegt auch daran, dass wir immer so umfassende Antworten geben, während die Rechten relativ einfache Antworten haben. Da ist es wichtig zu versuchen, nicht die Deutungshoheit über das, was in der Öffentlichkeit erscheint, zu verlieren. Eben zu versuchen, andere Bevölkerungsteile zu erreichen, als die, die man eh schon erreicht. Dabei kann es jedoch nicht bleiben. Es muss so etwas wie Bündnispolitik geben, die es aber in Dänemark in der außerparlamentarischen Linken nicht gibt. Die sogenannte Zivilgesellschaft ist in Skandinavien schwach. Es gibt hier eh nur wenige Organisierungen, wie die Interventionistische Linke oder große Bündnisse wie gegen die Naziaufmärsche in Dresden. ✖

ZUM INTERVIEWTEN

- ✖ *Tobias Alm lebt in Kopenhagen.*
- ✖ *Letzte Veröffentlichung gemeinsam mit Cordelia Hess:* »Rechtspopulismus kann tödlich sein! Entwicklung und Folgen des Rechtsrucks in Skandinavien«. Edition Assemblage, Münster 2013. 120 Seiten, 9,80 EUR. ISBN 978-3-942885-29-4



FUSSNOTE

1 *»Trotz oder wegen Breivik? Rechtsruck in Norwegen« von Tobias Alm, in: AIB 101/4.2013.*

»ICH LIEBE MCDONALD'S, DIE MODERNE UND DIE FREIHEIT DES H

WARUM FARAGE NICHT MIT LE PEN VERGLICHEN WERDEN WILL

BERNARD SCHMID

Kräfte rechts von den klassischen Konservativen halten BeobachterInnen der europäischen Politik in Atem. Das jüngste spektakuläre Ereignis war dabei der Einzug der britischen UKIP oder *United Kingdom Independence Party* ins Unterhaus des britischen Parlaments. Das britische Wahlrecht, ein striktes Mehrheitswahlrecht nach dem Prinzip *the winner takes it all* – bei dem ausschließlich die Stimmen des stärksten Kandidaten oder der stärksten Bewerberin im Wahlkreis gewertet werden – und alle anderen Voten unter den Tisch fallen, verhinderte bis dahin die parlamentarische Vertretung der rechtsnationalistischen Partei. Doch nach dem spektakulären Erfolg der UKIP von Nigel Farage bei den Europaparlamentswahlen im Mai 2014 (mit 26,6 Prozent der abgegeben Stimmen und dem Status der stärksten Partei), war es nur noch eine Frage der Zeit, wann sich dies ändern würde.

Am Donnerstag, den 9. Oktober 2014 war es nun soweit. Es war Wahltag in Clacton-on-Sea, einem englischen Seebad, das seit den 1980er Jahren einen dramatischen Niedergang erlebt hatte. Mit einem stattlichen Ergebnis von 59,7 Prozent wurde der UKIP-Kandidat Douglas Carswell auf den freigewordenen Sitz im Unterhaus, auf den er sich beworben hatte, gewählt. Denselben Sitz hatte er bereits zuvor besetzt, aber für eine andere Partei, nämlich die britischen Konservativen oder *Tories*. Am 28. August des Jahres kündigte der 43jährige jedoch an, er trete aus seiner bisherigen Partei aus und folglich von dem Mandat, das er bei den Wahlen von 2010 für die Konservativen errungen hatte, zurück. Daraufhin trat er jedoch zur Wiederwahl auf den »eigenen« Sitz an, nunmehr allerdings als Bewerber für die UKIP. Er gewann haushoch, und sein Gegenkandidat aus den Reihen seiner früheren Partei, der Tory-Kandidat Gilles Watling, wurde mit einem Stimmanteil von 24,6 Prozent geschlagen.

Am selben Tag – auf den britischen Inseln wird stets donnerstags gewählt – konnte ein anderer UKIP-Bewerber im nordenglischen Wahlkreis von Heywood and Middletown, im Umland von Manchester, ein Ergebnis von 38,7 Prozent erringen. Bei der Wahl zuvor waren es dort, vor vier Jahren, noch 2,6 Prozent. In dem von Arbeitermilieus geprägten Wahlkreis hatte der rechtsnationalistische Kandidat auch stark das »Einwanderungsproblem« thematisiert. Im Wahlkreis hatte es zuvor einen Skandal um den sexuellen Missbrauch von »weißen« jungen Frauen durch eine von Pakistanis gebildete »Taxifahrergang« gegeben. Das Thema Immigration wurde in den vergangenen Monaten, seitdem es zu Jahresanfang 2014 auch in Großbritannien eine Debatte über den angeblichen »Sozialtourismus« von Zuwanderern aus Ost- und Südosteuropa gegeben hatte – wie die CSU sie ungefähr zeitgleich in Deutschland anstieß –, allmählich zum zweiten Standbein der UKIP. Zuvor hatte die Partei, die 1993 gegründet wurde und vor allem bei den Europaparlamentswahlen von 2004 und 2009 gewisse Erfolge feierte, vor allem gegen die EU-Integration Großbritannien gekämpft und agitiert.

Am 10. Oktober, am Tag nach dem doppelten Wahlerfolg seiner Partei, rief UKIP-Chef Nigel Farage diesbezüglich einen Skandal hervor, nachdem *Newsweek Europe* einige Äußerungen von ihm zum Thema zitiert hatte. Der frühere Börsenmakler Farage sprach sich dabei dafür aus, *»die Quantität und Qualität der Leute, die wir hereinlassen«*, zu überprüfen. Er konkretisierte dies, indem er forderte, Zuwanderungswillige einem AIDS-Test zu unterziehen und HIV-infizierte Migrantinnen und Migranten vom Zugang zum britischen Staatsgebiet sowie Gesundheitssystem auszuschließen.

Der Kandidat seiner Partei in Clacton-on-Sea, Carswell, hatte allerdings seinerseits wenige Tage zuvor gegenüber der französischen Zeitung *Le Monde* erklärt, er sei gegen eine Position des *nativism* (Ablehnung von Einwanderung, »Inländerbevorzugung«). Und um seinen Wunsch zu unterstreichen, nur nicht mit der französischen rechtsextremen Politikerin Marine Le Pen verglichen zu werden, betonte er im selben Gespräch: *»Ich liebe McDonalds, die Moderne und die Freiheit des Handels.«* Dadurch versuchte er sich von der Chefin des französischen Front National (FN) abzugrenzen, die ihrerseits ihre Agitation gegen Einwanderung und Islam oft mit Forderungen nach einer protektionistischen Wirtschaftspolitik und Versatzstücken von Demagogie verknüpft. Wo Marine Le Pen sich gegen offene Grenzen auch für den Warenhandel oder jedenfalls seine Konditionierung durch nationalstaatliche Regeln ausspricht, macht die UKIP sich in aller Regel zur Fürsprecherin von Freihandel und so genannter freier Marktwirtschaft.

Dies deutet bereits an, dass es tatsächlich gewichtige Unterschiede im Auftreten der verschiedenen Parteien und »Bewegungen« im Raum rechts von den Konservativen und den Wirtschaftsliberalen gibt. Manifest wurde dies auch angesichts der Schwierigkeiten der Rechtskräfte, nach den Wahlen vom 22. Mai (auf den britischen Inseln) respektive 25. Mai 2014 (auf dem Kontinent) eine gemeinsame Fraktion im neuen Europaparlament zu bilden. Schließlich gelang es zwar UKIP-Chef Nigel Farage, seine Pläne zur Fraktionsbildung in Brüssel/Straßburg zu realisieren – nicht jedoch Marine Le Pen, deren Vorhaben zur Formierung einer Fraktion mit denen des Engländers konkurrierten.

Am 23. Juni 2014, bei Ablauf der Frist für die Gründung von Fraktionen im frisch gewählten Europäischen Parlament, wurde das Scheitern der entsprechenden Versuche des Front National bekannt. Dieser verfügte zwar mit seinen Verbündeten (der niederländischen PVV von Geert Wilders, dem belgischen Vlaams Belang, der österreichischen FPÖ und der italienischen Lega Nord) über ausreichend Sitze. Es waren mindestens 25 Mandate zur Bildung einer Fraktion erforderlich, und der französische FN verfügte allein über 23. Doch eine andere Hürde konnten sie am Ende nicht nehmen: Die Abgeordneten einer Europaparlamentsfraktion müssen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedsländern der Union stammen, zwei Länder fehlten Marine Le Pen und Geert Wilders. Aus Enttäuschung legte der Holländer Wilders daraufhin sein Mandat im Europaparlament nieder, um nur noch seine nationalen Mandate wahrzunehmen. Zwischenzeitlich hat Marine Le Pen allerdings angegeben, gewissermaßen zum Trost nun eine Stiftung auf EU-Ebene zu gründen, wie am 3. Oktober 2014 bekannt wurde. Diese soll zusammen mit einem Verein unter dem Namen »Bewegung für das Europa der Nationen und der Freiheitsrechte« (*Mouvement pour l'Europe des nations et des libertés*, MENL) aus der Taufe gehoben werden. Im Augenblick wollen dabei jedoch nur die FPÖ und die italienische Lega Nord mitziehen.

Dem britischen Nationalisten Nigel Farage war es unterdessen bereits

ANDELS«

am 19. Juni d. J. gelungen, eine eigene Fraktion im künftigen Europaparlament zu präsentieren. Diese konnte mit Abgeordneten aus den erforderlichen sieben Mitgliedsländern der EU gebildet werden. Unter ihnen befinden sich die als rechtsextrem eingestuften »Schwedendemokraten« (SD), die bei ihrer Gründung 1988 eine offene Neonazipartei gewesen waren, sich seitdem jedoch den taktischen Erfordernissen des Politikbetriebs angepasst haben und nach außen hin relativ »soft« auftreten; bei den schwedischen Parlamentswahlen im September 2014 erhielten sie knapp 13 Prozent. Hinzu kommt bei der Fraktion aber auch die als politisch etwas unberechenbar geltende »Fünf-Sterne-Bewegung« des italienischen Politclowns Beppe Grillo. Er hatte zuvor sowohl mit den Grünen im Europäischen Parlament als auch mit dem Rechtsnationalisten Farage verhandelt. Dass er bei Letzterem vielleicht doch besser aufgehoben ist, bewies Grillo zwischenzeitlich unter anderem mit hetzerischen Äußerungen über Einwanderung. Anfang September des Jahres stellte er einen Zusammenhang mit der Ankunft mehrheitlich afrikanischer (sowie syrischer) Migranten über die italienische Insel Lampedusa und der Krankheit Tuberkulose her. *»Wenn wir die Tuberkulose hier einschleppen möchten, dann lasst sie uns einschleppen, aber dann sagen wir es auch offen!«* agitierte er dazu auf seinem Blog.

Wenn aber die Ablehnung von, und oft auch die Hetze gegen, Einwanderung ein verbindendes Element unter allen genannten Rechtskräften bildet, dann scheiden sich die Geister jedoch beim (offenen) Antisemitismus. Erschwert worden waren die Gespräche in Brüssel und Straßburg zum Thema Fraktionsbildung für Marine Le Pen auch durch jüngste Ausfälle ihres Vaters: des historischen Gründers des Front National, Jean-Marie Le Pen. Er hatte am 06. Juni 2014 erklärt, aus dem Sänger Patrick Bruel und anderen Kritikern seiner Partei *»eine Ofenladung zu machen«*; Bruels jüdische Herkunft ist allgemein bekannt. Zwar bleibt der Ausspruch doppeldeutig und reicht mutmaßlich nicht zu einer strafrechtlichen Verurteilung aus – denn der Ausdruck *»eine Ofenladung machen«* (*faire une fournée*) bedeutet im Französischen im übertragenen Sinne so viel wie »mehrere Leute in einem Aufwasch behandeln«. Je nach Kontext kann die Redewendung auch ganz ohne Bezug zu Antisemitismus oder zu der Vorstellung, Menschen bzw. Leichen zu verbrennen, stehen. Jean-Marie Le Pen allerdings kann im Hinblick auf ebensolche Vorstellungen bestimmt nicht als »unschuldig« gelten: Seit seinem berüchtigten Ausspruch über *durafour-crématoire* von 1988 (Michel Durafour war der Name eines liberalen jüdischstämmigen Ministers, und *four-crématoire* bedeutet »Verbrennungsofen«) setzte er oft bewusst mindestens doppeldeutige Ausdrücke und Wortspiele ein.

Der 86jährige war bislang in seiner Partei für die antisemitischen Ausfälle zuständig, seine Tochter und Nachfolgerin im Parteivorsitz – Marine Le Pen – hingegen für die »respektable« Außenfassade und die erklärte Ablehnung von Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus. Seit ihrem Antritt als Vorsitzende im Januar 2011 distanzierte die Partei sich von den letztgenannten Ideologien. Unter ihrem Vater als Parteichef war hingegen Antisemitismus im Subtext sichtlich präsent. Jean-Marie Le Pen vertritt bis heute die These, ohne Antisemitismus wäre *»der FN zu nett«* und *»interessiere niemanden«* – deswegen müsse man ab und zu eine zünftige Polemik einflechten, gerne auch, indem man an angeblichen *»historischen Tabus«* rüttelt.

Darin liegt auch einer der Gründe dafür, warum Bündnisverhandlungen zwischen rechtsextremen Kräften verschiedener europäischer Länder oft schwierig verlaufen. Beispielsweise erklärte die rassistische, überwiegend muslim- und einwandererfeindliche »Dänische Volkspartei« (DF) am 14. November 2013 durch ihren Sprecher Soeren Sondergaard, man wolle sich im Hinblick auf die herannahenden Europaparlamentswahlen nicht mit dem französischen FN verbünden. Am Tag zuvor hatten Marine Le Pen und der Niederländer Geert Wilders in Den Haag ihre Allianz besiegelt. Doch Sondergaard erklärte dazu, es komme für seine Partei in Dänemark nicht in Frage, da mitzuziehen: Der FN sei *»keine sympathische Partei«*, zu antisemitisch, und Jean-Marie Le Pen habe noch immer zu viel Einfluss in ihr.

Das unterschiedliche Gewicht, das man dem Rassismus (besonders gegen muslimische Zuwanderer sowie gegen Roma) einerseits, offenem Antisemitismus und ggf. Holocaustleugnertum andererseits einräumt, trennt tatsächlich die verschiedenen Rechtskräfte untereinander. Oft bildete diese Frage aber auch den Gegenstand innerparteilicher Streitigkeiten um die strategische Linie. Die erstgenannten Ideologen stehen tatsächlich in aller Regel einer Annäherung an konservative oder wirtschaftsliberale Parteien nicht sonderlich im Wege. Jedenfalls dann nicht, wenn diese in Zeiten sozialer und wirtschaftlicher Krisen nach eventuellen Verbündeten auf ihrer Rechten suchen, die auch in die sozialen »Unterklassen« hineinwirken können. Mit ihrer Forderung, stärker »nach unten« bzw. »nach außen« (gegen den angeblichen *»Ansturm von Migranten«)* zu treten, können die Rechtsparteien dabei als verschärfendes Korrektiv zu konservativer Politik auftreten. Die bestehende gesellschaftliche Hierarchie stellen sie dabei nicht in Frage, verbinden diese jedoch mit einer Ethnisierung der sozialen Verhältnisse; die vermeintlich auch den Angehörigen »einheimischer« Unterklassen ein Integrationsangebot – auf dem Rücken Anderer – unterbreiten. Im Vergleich dazu erschwert offener Antisemitismus, der gerne »Juden« mit »Geld«, »Finanzen« und der Vorstellung gesellschaftlicher Verschwörung identifiziert, die Annäherung an bürgerliche Kräfte; Denn dieser rechte Diskurs tritt als vermeintliche »Revolte« gegen die finsteren Kräfte, die angeblich die Macht und das Geld hinterrücks monopolisieren, auf. Als Kraft der autoritären Pseudo-Rebellion agitieren sie dabei auch gegen Teile der bestehenden Eliten. Bündnisversuche mit bürgerlichen Parteien gestalten sich dabei jedoch auf Dauer als schwierig, während eine Partei wie die britische UKIP in vielfacher Hinsicht eher als die »bessere Konservative« auftritt, um die diskreditierte Regierungspartei der Tories zu beerben. ✖

IN LETZTER MINUTE

✖ *Am 16. Oktober wurde bekannt, dass die Europaparlamentsfraktion des britischen Rechtsnationalisten Nigel Farage zerfiel: Aufgrund des Austritts einer lettischen Abgeordneten waren nicht mehr genügend Mitgliedsländer in ihr vertreten. Damit werden möglicherweise die Karten zwischen der Gruppe um Nigel Farage und jener um Marine Le Pen neu gemischt, denn mehrere Parteien wie etwa die rechtsextremen ‚Schwedendemokraten' hatten im Juni d.J. zwischen beiden Optionen einer Fraktionsbildung gezögert.*

ANTIRASSISMUS UND GESELLSCHAFT

DEN FALLSTRICKEN DER »FEUERWEHRPOLITIK« ENTKOMMEN

▌MAXIM KAMMERER, FELIX BENJAMIN & DAN CHARMS

»Das Problem heißt Rassismus - doch was heißt das?« fragten wir in einem Artikel für das Antifaschistische Infoblatt,[1] der einen antirassistischen Debattenbeitrag um die »Krise der Antifa« darstellte. Ausgehend von dem aktuellen Slogan »Das Problem heißt Rassismus« haben wir eine kursorische Analyse der Rassismuskonzeptionen in Antifa wie auch Antira vorgenommen und unterstellt, dass Engführungen jeweils dazu führten, dass die Mordserie des NSU nicht wahrgenommen werden konnte. Aber auch jenseits der Frage, warum der NSU über viele Jahre hinweg morden konnte, ohne dass der rassistische Gehalt dieser Taten thematisiert wurde, geht es uns um eine Neubestimmung eines Antirassismus.

Wenn wir von Engführungen der Rassismuskonzeptionen sprechen, meinen wir, dass die antifaschistische Bewegung vor allem die Praxis der Neonazis im Blick hatte, während sich für die antirassistische Bewegung konstatieren lässt, dass sie sich mit einem Rassismusbegriff beschäftigte, der um die Figur des Flüchtlings kreiste. Dies war durchaus mit der Politik der Flüchtlingsselbstorganisationen wie etwa The Voice oder Karawane kompatibel, auch wenn diese den Rassismus primär aus einer postkolonialen Perspektive verstanden. Die Politik funktionierte damit vor allem als direkte Identitätspolitik, oder zumindest als ›identity politics by proxy‹, es ging also nicht um die »eigene Identität«, aber um die Identität einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe.

Alle diese Konzepte können aber, so unsere These, trotz ihrer jeweiligen wichtigen Einsichten, Rassismus in Deutschland und Europa heute nur bedingt fassen. Als Manko sehen wir, dass sie letztendlich nur eine Praxis ermöglichen, die den Rassismus anklagt, aber damit über einen Appell, rassistische Praktiken zu ächten, kaum hinausgehen kann. Folglich konnten Strategien zu seiner Bekämpfung, geschweige denn zur Transformation von Gesellschaft, entweder nicht formuliert werden oder blieben zu häufig wirkungslos und marginalisiert.

Um den Fallstricken der »Feuerwehrpolitik« und der eigenen Marginalisierung zu entkommen, muss linksradikale antirassistische Politik die Gesellschaft stärker als ihr Aktionsfeld betrachten. Als Ausgangspunkt hierfür schlagen wir vor, Rassismus als soziales Verhältnis, als Form der sozialen Auseinandersetzung zu verstehen und davon ausgehend Gesellschaft zu analysieren. Das bedeutet, dass wir Rassismus nicht als eine weitestgehende homogene und ahistorische Ideologie betrachten, sondern ihn als Ausdruck sozialer Kämpfe verstehen, in deren Kontext er sich (re-)konstituiert und wandelt. Oder, in den Worten von Manuela Bojadžijev: »Konjunkturen des Rassismus bestimmen, organisieren und reorganisieren sich in Kämpfen, d.h. in sozialen und politischen Auseinandersetzungen, die ihre Opponenten [...] erst in ihrer Identität und Formation hervorbringen, reproduzieren und transformieren.«[2]

Was bedeutet eine solche Perspektive auf Rassismus für eine Gesellschaftsanalyse und antirassistische Praktiken? Wir wollen in diesem Beitrag exemplarisch zwei Konfliktfelder beleuchten, in denen Rassismus wirkmächtig ist: einerseits das Aufkommen der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) im Zusammenhang mit der Krise in der EU sowie andererseits die neue Offensive gegen das Asylrecht. In diesen Konfliktfeldern fordern die Kämpfe der Migration und Forderungen nach Repräsentation und gesellschaftlicher Zugehörigkeit rassistische Verhältnisse heraus.

AFD

Wenn wir die Frage nach der AfD im Zusammenhang mit einer Analyse des Rassismus stellen, so verweisen wir nicht auf die in letzter Zeit bekannt gewordenen Biographien und Einstellungen ihres Personals, die vor allem nach den Landtagswahlen der letzten Wochen an die Öffentlichkeit kamen. Tatsächlich bietet die AfD nun die gewohnte Angriffsfläche antifaschistischer Politik, die vorher scheinbar gefehlt hatte.

Uns interessiert in der Tat vielmehr die anfängliche Sprachlosigkeit der Linken, als die AfD als neue Kraft am rechten Rande auftauchte, sich aber gängiger Interpretationsmuster zunächst entzog. Mit ihrem Fokus auf vermeintlich lediglich wirtschaftspolitische Themen, wie etwa den Euro-Ausstieg Deutschlands und Andeutungen einer neoliberalen, an ökonomischen Kriterien ausgerichteten Einwanderungspolitik, blieb ihr rassistischer Charakter verdeckt. Doch ein unverstellter Blick auf ihre politischen Forderungen offenbart, dass sich die AfD genau in die gegenwärtige Konjunktur des Rassismus einreiht. Denn seit der Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland geht es der deutschen Migrationspolitik nicht mehr um die Aufrechterhaltung der Maxime der Null-Einwanderung, sondern um eine Kontrolle der Migration unter sozio-ökonomischen Nützlichkeitsaspekten, was fortgesetzt mit Hilfe rassistischer Zuschreibungen geschieht. Das gilt für den Diskurs um die IT-Fachkräfte aus Indien, der 1999 auf der CEBIT begann, genauso wie er sich heute mit der Einstufung von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien als »sichere Herkunftsstaaten« fortsetzt und der vor allem im Rückgriff auf antiziganistische Stereotypen ermöglicht wurde.

Denn auch wenn es sich vordergründig um einen Angriff auf das Asylrecht handelt, so geht es im Kern doch um eine Beschränkung europäischer Binnenmobilität. Unter diesem Aspekt erschließt sich auch der Rassismus des Euro-Sezessionismus, der das politische Kernanliegen der AfD war und immer noch ist. Denn der Austritt aus dem Euro ist nichts anderes als eine Politik der Re-Nationalisierung und damit auch die Aufkündigung des europäischen Projekts. Offensichtlich ist, dass dies auch schwerwiegende Auswirkungen auf europäische Freizügigkeitsrechte hätte und damit direkt gegen die Migration als Krisenbewältigungsstrategie der südeuropäischen Gesellschaften gerichtet ist. Letztendlich geht es der AfD also um eine rassistische Spaltung Europas, die sich nahtlos in die medialen Diskurse auf dem Höhepunkt der Eurokrise einfügt.

Auch wenn die allzu platten und populistischen Bilder und Slogans nicht mehr auf den Titelblättern von »Spiegel« und »Bild« zu finden sind, so hat sich das problematisierende Sprechen über die EU-Binnenmigration dennoch eigene Bilder und Figuren geschaffen. Die sogenannte

Armutsmigration, die zwar statistisch kaum existiert, aber dafür umso mehr Aufmerksamkeit als Problem, das es zu lösen gelte, erhält, sowie die neue Problematisierung von Betteln im öffentlichen Raum sind die neuen rassistischen Chiffren, mit denen es sich auseinanderzusetzen gilt. Dabei kann es jedoch nicht darum gehen, analog zum Flüchtling nun eine sympathische Figur des »Armutsmigranten« zu schaffen und zu verteidigen, wie es eben auch nicht darum gehen kann, diese Chiffren lediglich zu dekonstruieren. Der Rassismus funktioniert und reproduziert sich über diese Chiffren. Ein Antirassismus, der Rassismus eben nicht als falsches Wissen begreift, sondern als zielgerichtetes Projekt gesellschaftlicher Hierarchisierung, muss genau auf diese Transformationen eingehen.

ANGRIFF AUF DAS ASYLRECHT

Die letzten zwei Jahre waren geprägt durch eine Vielzahl von Kämpfen Geflüchteter um Rechte und gegen den rassistischen Ausschluss, den diese in Deutschland vielfach erfahren: Residenzpflicht, Lagerunterbringung, Abschiebungen und quälende Asylverfahren, um nur einige Punkte zu benennen. Sie prangerten Rassismus nicht nur an und setzten das Thema Flucht und Asyl offensiv auf die politische Tagesordnung, sondern erzielten in der Tat auch konkrete Erfolge.

Die derzeit von der Großen Koalition vorgeschlagenen asylpolitischen Verschärfungen sind zwar keine direkte Reaktion auf die Protestbewegung der letzten Jahre. Klar ist aber auch, dass die bisherigen Politiken der Migrationskontrolle des Staates an ihre eigenen Grenzen stoßen. Abschiebungen konnten in den letzten Jahren immer schwerer legitimiert und durchgesetzt werden und auch die Verbannung einer Vielzahl von Flüchtlingen in den prekären Status der Duldung erscheint in Hinsicht auf den an allen Ecken und Enden aufflammenden Widerstand von Flüchtlingen als zunehmend riskante Strategie. Auch das Zugeständnis der Bundesregierung an die grün-rote Landesregierung Baden-Württembergs, die Residenzpflicht nun bundesweit aufzuheben, ist letztendlich ein überfälliger Schritt: Ihre Legitimation und Durchsetzbarkeit hat sie spätestens mit den Protesten verloren, in denen ihr offensiv und in einem klassischen Akt »zivilen Ungehorsams« Widerstand entgegen gebracht wurde.

Gleichzeitig kann, gerade angesichts der derzeitigen weltpolitischen Lage, den meisten Flüchtlingen auch unter den engen Anerkennungskriterien des Bundesamts die Flüchtlingseigenschaft nicht abgesprochen werden. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zur Argumentation der 1990er Jahre dar, die sich vor allem auf die Figur des »Wirtschaftsflüchtlings« bezog. Aus dieser Perspektive lassen sich die neuerlichen krampfhaften Anstrengungen der Widersacher der Migration erklären. Sie reagieren auf die Kämpfe der Migration mit einer verschärften Differenzierung und Kategorisierung von Asylsuchenden, die auch anhand sozio-ökonomischer Kriterien erfolgt. Gerade im Zuge der »Humanitarisierung« des Asylrechts zielen die neuen Verschärfungen zwar auch auf einen weiteren Ausschluss bestimmter Personengruppen vom Asylrecht ab. Stärker wiegt unserer Meinung nach jedoch die zunehmende Hierarchisierung innerhalb des Flüchtlingsstatus, den die Verschärfungen vor allem intendieren. So soll es einerseits leichter sein, Flucht zu kriminalisieren und Geflüchtete in Abschiebehaft zu nehmen, oder Asylsuchende, deren Antrag als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt wird, per Einreisesperre permanent aus Deutschland zu verbannen. Andererseits werden jedoch neue, flexible Kategorien geschaffen, die insbesondere bezüglich der Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt abziehlen. So sollen die Arbeitsverbote für hochqualifizierte Flüchtlinge sofort fallen, für alle anderen erst nach 15 Monaten.

FAZIT

Rassismus als soziales Verhältnis ist wandelbar und unterliegt Konjunkturen. Demzufolge muss antirassistische Politik die Kämpfe gegen rassistische Nützlichkeitsparadigmen und soziale Ausgrenzung im Fokus haben, muss für Bewegungsfreiheit und die Autonomie der Migration eintreten, anstatt sich in Menschenrechtsdiskursen und Toleranzrhetorik zu verfangen. Wenn sie mehr sein will als Lobby, sondern eine radikale Gesellschaftspolitik entfalten will, müssen staatliches Handeln und die gesamtgesellschaftliche rassistische Mobilisierung gegen Geflüchtete gemeinsam analysiert werden.

Hierzu braucht es spontane, länger- oder kurzfristig orientierte Kampagnen, in denen Perspektiven aus den verschiedenen linksradikalen Spektren zusammenfinden. Dafür ist keine Top-Down Organisation notwendig, denn die Schwerpunkte und Aktionsformen sollten lokal an den jeweiligen Kontexten ausgerichtet sein. Die Kampagne »Rassismus tötet« war ein erfolgreiches Beispiel einer solchen Vernetzung. Darüber hinaus muss die Suche nach (temporären) Bündnissen mit anderen gesellschaftlichen Kräften, insbesondere Interessenvertretungen und Flüchtlingsselbstorganisationen, vertieft werden, so schwierig sie auch manchmal sein können. Denn in solchen konzertierten Kampagnen, die sich den oben skizzierten Entwicklungen entgegenstellen, können unserer Ansicht nach jene gesellschaftlichen Veränderungen aufscheinen, die nur in und mit den Kämpfen entstehen und eine antirassistische linksradikale Perspektive wieder als die Alternative zum Bestehenden erkennen lassen, die sie ist. In ihnen geht es eben nicht nur darum, die Herrschaftsverhältnisse anzugreifen, sondern die Momente der Vergesellschaftung selbst aufzubrechen, die die fortlaufende ungleiche Verteilung von Partizipationsmöglichkeiten und Rechten ermöglichen. ✖

FUSSNOTEN

1 *https://www.antifainfoblatt.de/artikel/das-problem-hei%C3%9Ft-rassismus-%E2%80%93-doch-was-hei%C3%9Ft-das*

2 *Bojadžijev, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Westfälisches Dampfboot. Münster*

ABOLITIONISTISCHER ANTIRASSISMUS

EIN MITTEL ZUR »SOZIALEN TRANSFORMATION«

SCHLANDINE WOLFHARDT

Letztes Jahr war ich auf einem Theateraufführung im Industriesalon Oberschöneweide. Eine Ini aus Downtown hatte in die »Frontstadt« geladen, eine weiße Studigruppe führte ein Stück zu Critical Whiteness auf. An der Eingangstür hing der typische Disclaimer in schnörkeligstem Antira-Deutsch. Im Vorraum gabs einen Sektempfang. »Oh, *du* hier draußen?« »Ja, ist ja ganz was anderes hier. Als wir am ›Henker‹ vorbei sind hatte ich schon ein mulmiges Gefühl.« »Ja und hastenichtgelesen, letztes Mal in der Zeitung gabs wieder einen rassistischen Übergriff.« »Sind die Blätterteigstangen eigentlich vegan?«
Die TAZ schildert eine ähnliche Szene unter Proleten: *»Wenn allet seine Ordnung hat, hab ick nüscht dagegen«, sagt ein Mann, der im »Hähnchen-Eck« mit zwei Freunden Mittag isst, ein Viertel Broiler mit Pommes und Rohkost für 3,90 Euro. Sie reden über Angebote im Discounter, Stasi und die Leute im Asylbewerberheim. »Mir hamse noch nix jetan«, sagt einer der beiden anderen. »Mir ooch nich«, sagt der andere."*
Weber würde sagen, hier wird »Kommensalität perhorresziert«. Fastenbrechen auf dem Oranienplatz? Na gut, auch wenn mein persönlicher Kult sich eher um so ne Regenbogen furzende Elefantenkuh dreht. Aber mit Ronny und Kalle Broiler fressen? Das ist dann doch etwas zu viel Kulturvermischung. Und überhaupt, wo soll das hinführen, wenn die Proletinnen jetzt schon über Asylbewerberinnen reden? Bald gibts unsere Definitionsmacht im Dosierspender an der Frittenbude!
Ich floh vor den tierischen Käsestangen ins Museum des Industriesalons, wo zwischen trotzigen Maschinenexponaten Infotafeln zur Vernichtung des zeitweise größten Industriegebiets Europas hängen.

EINKAUFSZENTREN STATT FABRIKEN

Durch die »Befreiung« wurde die DDR von einem Bollwerk gegen den deutschen Imperialismus zu seiner Absatzkolonie. Wo mal Fabriken standen, stehen heute Einkaufszentren. »Die Ossis« müssen sich heute anhören, der Klassenfeind habe sie aus der Barberei geführt, ihnen Bananen geschenkt und schütze sie vor Pogromen. Klingt wie Fanons »[koloniale] Mutter, die ihr völlig perverses Kind ständig daran hindert sich das Leben zu nehmen und seinen unheilvollen Trieben freien Lauf zu lassen«.[1]
Der »Wendekrebs« – Suff und Selbstmord – traf viele Familien, die nicht rechtzeitig aus Oberschöneweide abwandern konnten. Manche Kinder wurden Skinheads, aber Gregor Gysi unterhält immerhin noch sein Parteibüro wenige Schritte von der inzwischen weggentrifizierten Nazi-Kneipe »Zum Henker«. Unter Hitler war in Oberschöneweide die Untergrundzentrale der KPD.
Auch der örtliche Gewinner der Wahl zum Abgeordnetenhaus ist ein Ossi, bei dem nur die Haut braun ist. Politisch ist er Parteigenosse Sarrazins. Die Broilerfresserinnen in Oberschöneweide scheinen nicht so selektiv zu sein, wie die Presse schreibt. Deutsche Redaktionen und Parlamente werden eben auch von derselben Kaste dominiert, wie die linke Szene.

Die erklären auch mal gerne alle mit »Migrationshintergrund« pauschal für unterprivilegiert – und konsequent die Biodeutschen zur Herrenrasse. Vorbei die Zeiten, als sorgfältig zwischen revolutionären und reaktionären Klassen getrennt wurde, ja als überhaupt nach kollektiven Wirtschaftsinteressen gefragt wurde.
Die »Arbeiterklasse« wird als Projektionsfläche durch »Migrantinnen« ersetzt. So sind wir wieder beim Kampf der Kulturen – die Linken unterstützen zwar die »Anderen«, aber anders sind sie halt.
Man wird doch wohl noch sagen dürfen: »Kolonialismus, Anwerbung von niedrig qualifizierten Arbeitskräften führten historisch dazu, dass Migrant*innen in der Arbeiter*innen – und Armutsbevölkerung überrepräsentiert waren.« (ZAG Call for Papers 67/2014)
Solche Gleichfärberei ignoriert, dass der Lebensstandard von Landlosen aus Anatolien in Deutschland tendenziell gestiegen, der von äthiopischen Adligen tendenziell gesunken ist. Und eher die Migrantinnen, die schon vorher arm waren, bleiben auch arm. Studierte Einwanderinnen werden in Deutschland zwar oft deklassiert, schaffen es aber ihre Kinder auf die richtigen Schulen zu schicken. Nicht zu vergessen, dass Rückkehrerinnen aus Europa sich gern zur Elite aufschwingen, wie derzeit in Afghanistan.
Und auch wenn wir Rassismus auf die deutsche Innenpolitik reduzieren, ist er nur einer von vielen Standesdünkeln. Wo die Erbschaft an Bedeutung verliert, wird auch weniger aufs Erbgut geschaut. Ein Angriff auf den Kapitalismus ist ein Angriff auf den Rassismus, aber umgekehrt muss das nicht sein.
Der amerikanische Antirassismus ist eine Wiedergeburt des religiösen Abolitionismus, der zwar alles für »die Armen« zu tun bereit ist, aber nichts gegen die Reichen, die durch Benefizabende das Unwesen der Seelenretterinnen finanzieren.
Wollen wir den Privilegierten die Schemel unter den Füßen wegtreten oder die Unterdrückten in Schutzräume einpferchen? Wir sollten ein Fundament bauen, auf dem alle stehen können, statt an der Glasdecke zu kratzen, die nur eine Minderheit der Minderheiten je erreichen. Marx schafft es bis heute, Massen von China bis Palästina zu mobilisieren, gerade weil ihm der beispiellose Aufstieg seiner *imagined community* in Deutschland scheißegal war.

MOVE ON DOWN!

Wenn wir schon altlinken Proletkult aus internationalistischer Sicht kritisieren müssen, dann vielleicht, weil die Masse der Werktätigen nicht deutsch ist – und auch nicht in Deutschland lebt. Wo Fabriken standen, stehen heute Logistikzentren, Lagerhäuser, Einkaufszentren. Aber das betrifft nicht nur Biodeutsche. Die »Sons of Gastarbeiter« sind längst Kleinunternehmer und zahlen auch nicht mehr als 400 Euro. In- und Ausländerinnen klammern sich an die Waagschale der Wirtschaftsbosse und fürchten bei jeder Krise, samt Verbraucherkredit in den Abgrund zu stürzen. Erst ein zertrümmertes Europa bringt Hoffnung für Afrika und Asien.

DEBATTE

Die Welt hat andere Probleme, als die Verteilungsquerelen innerhalb der Konsumstaaten. Das verhöhnt wiederum jede Antidiskriminierungsarbeit: Ob jetzt AsylbewerberInnen oder Hartz-IV-EmpfängerInnen mehr vom Kuchen abbekomen oder ob die deutsche Gattin Renault fahren muss, während ihr Gemahl Mercedes fährt. Der Kuchen wird nur in Deutschland gefressen, gebacken wird er anderswo.

Ja, alles was wir studiert haben ist lächerlich. Der Postkolonialismus scheint nur noch wie ein folkloristischer Gesichtsvorhang aus alter Baumwolle, mit dem »PoCs« in den weißen Machtzentren sich vor bösen Blicken schützen können.

Selbst *bell hooks* wird im Alter zur Hauptwidersprüchlerin: »Nowadays it is fashionable to talk about race or gender; the uncool subject is class. It's the subject that makes us all tense, nervous, uncertain about where we stand.« (Where We Stand: Class Matters)

Sie attestiert das Scheitern des bürgerlichen Antirassismus für »soziale Transformation« (ein akademischer Kuschelbegriff für »Partizipation ohne Revolution«). Integriert wurde vor allem das Bürgertum, während die Segregation zwischen Arm und Reich zunimmt. Dann plaudert *bell* mit ihrer Freundin über Elefantensafari in Südafrika.

Wie bei Garvey, kann Antirassismus auch im Neo-Zionismus enden: Während prollige Mitbürgerinnen vom Mittelklassewagen träumen, erwägen manche deutsche Studis eine Rückkehr ins gelobte Land ihrer Ahninnen - sobald die dortigen Akademikerinnengehälter sich stabilisiert haben und jedes Kaff ein Biokollektiv hat. Aber selbst wenn sie zu den Jihadistinnen gehen, ohne westliche Finanzierung gibts keinen Exodus.

Egal wie inklusiv wir tun, Bett und Esstisch teilen wir vorzugsweise mit Gleichrangigen; für die Männer ist das fast schon ein Fortschritt. Pass und Hautfarbe nehmen wir bestenfalls als temporäre Unannehmlichkeit wahr, die Standesgrenze vielleicht gar nicht, aber sie definiert, wen wir in unser Leben lassen. Und wer mit uns dinieren will, muss wenigstens unsere bürgerlichen Erwartungen kitzeln.

Soziale Vor- und Nachteile stammen aus dem Elternhaus, nicht aus der Eltern Haut. Sich anders zu definieren als durch die Jobs meiner Eltern ist glatter Etikettenschwindel; US-Präsidenten oder »Liebe Movende« machen sowas - beide mit ähnlichen Karriereabsichten. Letztendlich sind Mailingliste, WG-Küche und »Safe Space« nur Karrikaturen des großbürgerlichen Salons, wo gleiche Leute über gleiche Interessen quatschen.

RASSISMUS UND SOZIALE FRAGE

Bei aller Inklusion gehts um Abgrenzung. Wenn dem abolitionistischen Antirassismus eins gelungen ist, dann ist es, den Rassismus von der sozialen Frage zu entkoppeln und als Problem von Minderheiten unter den Minderheiten abzugrenzen.

Bullen sind nur ein Problem für Black Americans. Jugendarbeitslosigkeit geht nur »Moslems« was an. Ohne Nazis wären die Straßen wieder sicher. Nur Schwule und Junkies kriegen AIDS. Nur ausländische Frauen landen hinterm Herd. Das Asylsystem betrifft nur Geflüchtete in Deutschland. Prostitution ist nur scheiße für Osteuropäerinnen. Nur »kapitalistische« Betriebe beuten aus. Eingewanderte sind eine einheitliche, revolutionäre Masse.

Trotz aller Redefinition, eigentlich haben alle Leute die selben Probleme: Arbeit, Gesundheit, Wohnraum. Erwerbslose, wie Geflüchtete, leiden unter faktischen Berufsverboten. DDR-Abschlüsse werden sowieso nicht anerkannt. Besitzen dürfen Erwerbslose gar nichts, ohne Erlaubnis nicht umziehen. So ist es gar kein Sakrileg, wenn Refugees zum Berliner Senat sagen: »Rassismus interessiert uns nicht, wir wollen ohne Ratten schlafen.« Ohne Ratten schlafen, das ist echter Sozialismus.

Hartz IV-Empfängerinnen geht es rechtlich nur *etwas* besser als Asylbewerberinnen. Denen geht es nur *etwas* besser als Sans-Papiers. Alle sind gesetzlich weniger wert, als die durchschnittliche Antira-Aktivistin. Sozialistische Agitation, die ihren Namen verdient, sollte sich also hüten arme Deutsche und Einwanderinnen gegeneinander auszuspielen.

Weil wir die Leute nicht verstehen, verstehen sie uns auch nicht. Obwohl unsere Flyer und Kundgebungen immer in mindestens fünf Sprachen plus Regionaldialekte übersetzt sind, obwohl wir alle nichtdeutschen Nationalismen befriedigen, kommt unsere Botschaft nicht mal bei der Berliner Bevölkerung an. Daran ist nicht nur die B.Z. schuld.

In meiner antira-queerislamischen-PoC WG in X-Berg 36 ist es ganz selbstverständlich, jede gößere Demo zu besuchen und ab und zu mal nen Flüchtling am Küchentisch sitzen zu haben, aber sehen wir den »alten Schwarzen«, den »deutschen Alki«, die »Mili-Görüs-Familien« aus unserem Haus mal vorm Fahrstuhl warten, dann nehmen wir lieber die Treppe.

Der »Alki« nennt den »Schwarzen« hinter vorgehaltener Hand zwar immer »Bimbo«, aber sie sind beste Saufkumpane und der »Schwarze« nimmt »den Alki« bei sich auf, wenn dessen Mitbewohner (Lebensgefährte?) ihn im Streit aus der Wohnung wirft. »Völkerverständigung« und »queere WGs« sind keine Erfindung der urbanen Mittelschicht, aber sie hat das Vermarktungsmonopol darauf.

Anders als der »rechte Pöbel«, kann sich die Lumpenbourgeoisie in Kreuzberg aussuchen, mit wem sie saufen will. Eine antirassistische Kneipe, die 3 Euro pro Bier verlangt, muss kein Schild mit »Dealer verboten« aufhängen. Manchmal glaube ich fast, Akademikerinnen interessieren sich nur für Rassismus als Hindernis zum *niedlich-friedlichen Zusammenleben* - unter ihrer Herrschaft. Zum Wohl... ✖

FUSSNOTE

1 *Radaurassist Sarrazin prahlt übrigens heute im Manager Magazin damit, als junger Finanzbeamter die Währungsunion ausgeheckt zu haben, die die DDR-Wirtschaft innerhalb weniger Monate in den Bankrott trieb. Hetze gegen die »Multikulti-Gender-Mafia« scheint nur eins seiner perversen Hobbies zu sein.*

SALONFÄHIG, TRITTSICHER. RECHTSPOPULISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS IN EUROPA

ANDREAS NOWAK



✖ »Salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa« herausgegeben von Karima Benbrahim, Ole Jantschek, Barbara Manthe, IDA e.V., Düsseldorf 2014. 64 Seiten. ISSN: 1616-6027

Die Broschüre entstand im Anschluss an die gleichnamige Tagung vom 20. bis 22.09.2013. Sie richtet sich als Handreichung an bildungspolitische MultiplikatorInnen. Ihr Schwerpunkt liegt auf der europäischen Dimension des Rechtspopulismus. In einem zweiten Teil werden praxisnahe Vorschläge zur Bildungsarbeit in den Themen antimuslimischer Rassismus und Antiziganismus sowie Jugendbildung in europäischer Perspektive vorgestellt.

Die Texte des ersten Teils von Virchow, Häusler und Baldauf sind kenntnisreich und lesenswert. Fabian Virchow analysiert die europäische extreme Rechte unter dem Gesichtspunkt, dass sie nicht »europafeindlich« sein, sondern vielmehr einen völkischen Entwurf Europas vor Augen hätte. Diese Entwürfe lassen sich schlagwortartig den vier Typen »Europa der Vaterländer«, »Reichskonzept«, »Europa der Regionen« und »Eurasismus« zu ordnen. Die Versuche der extremen Rechten auf europäischer Ebene zusammen zu arbeiten, scheitern immer wieder. Zum einen wegen der unterschiedlichen Ausrichtungen, zum anderen wegen der nationalistischen Grundhaltung, die sich »einschränkend und konflikthaft« auswirkt.

Alexander Häusler sieht die aktuellen Unterschiede zwischen Rechtsextremen und Rechtspopulisten als Teil der Zerfallsgeschichte des Ostblocks, wodurch Ethnonationalismus, Antisemitismus, militanter Nationalismus, Antiziganismus und exzessiver Rassismus quasi freigesetzt wurden. Den Erfolg rechtspopulistischer Parteien kennzeichnet er als »Wohlstandschauvinismus«, der von ihren Feindbildern Islamisierung, EU-Bürokratie und Multikulturalismus genährt wird. Er unterscheidet traditionellen und zeitgenössischen Rechtspopulismus. Während der erste neoliberal, mittelschichtsfixiert und rassistisch geprägt war, würde er heute auch extrem Rechte, rechtskonservative, neoliberale und sozialpopulistische Varianten kennen. Die AfD würde letzten Endes eine Lücke im deutschen Parteienspektrum füllen.

Als Beispiele für die Inszenierungen extrem Rechter Gruppierungen in den neuen Medien führt Johannes Baldauf die »German Defence League« und die »Identitäre Bewegung« an. Letztere würde sich mit ihren alten Inhalten Ethnopluralismus und Antiislamismus über das Netz gezielt an Jugendliche richten. Sie versuchen rassistische Statements zu enttabuisieren und durch Videos Anschluss an jugendliche Symbolwelten zu gewinnen. Die Netzauftritte der »GDL« hingegen seien eher Nachrichten-Aggregatoren. Die beiden Gruppen operieren gänzlich verschieden. »Wirken bei [der IB] die Facebook-Seiten als der Ort, der dem Offline- Handeln der Bewegung zu einer scheinbaren Bedeutung verhilft, so dokumentieren die ›DL‹-Seiten das Offline Handeln nicht einmal vollständig, sondern wirken nur als Begleitapparat ideologischer Festigung.« ✖

BUCHVORSTELLUNGEN

»INTERAKTIVE TRAININGSMETHODEN«

▮ MANFRED KÖHNEN

»Interaktive Trainingsmethoden« ist ein gut sortierter Werkzeugkasten für alle Menschen, die in der Erwachsenenbildung Kurse gestalten und durchführen. Die »Aktivitäten« sind darauf ausgelegt, dass neben dem meist ohnehin angesprochenen Kopf auch »Herz und Hand« angesprochenen werden. Die Trainingsaktivitäten zielen darauf ab, in der Auseinandersetzung mit den anderen Teilnehmenden die jeweiligen Themen aktiv selbst zu erarbeiten und in der Gruppe zu erleben, eigene Erfahrungen einzubringen und durch Übung und Feedback zu reflektieren und zu vertiefen. Das Arbeitsbuch ist sehr gut für die praktische Arbeit geeignet, da es viele relativ kurze Aktivitäten enthält und sie in praxisorientierten Kapiteln wie Einleitung, Wachrüttler, Interaktive Themenbearbeitung, Nachbesprechung und Reflexion und Seminarabschluss präsentiert. Die Anleitungen sind knapp und präzise und gehen zugleich auf eine Menge Eventualitäten ein. Es gibt viele Abbildungen als Vorlagen für die Materialien. Viele Übungen sind darauf ausgelegt, mit weiteren Themen kombiniert zu werden. Auch die beiden Kapitel zu »interkulturellem Lernen« und »Umgang mit Vielfalt« sind sehr praxisorientiert und leicht umsetzbar. Trainingsbücher zu Diversity leiden oft unter einer theoretischen Überfrachtung, und der Zusammenhang zu den Übungen und der praktischen Arbeit in Teams ist üblicherweise eher vage. Die hier vorliegende konsequente Praxisorientierung und Ausblendung von Theorie hat aber einen unangenehmen Beigeschmack. So ist es – vorsichtig ausgedrückt – erstaunlich, dass so viele Aktivitäten für interkulturelles und politisches Lernen ganz ohne Begriffe wie Macht, Hierarchie oder gar Diskriminierung auskommen. Da müssen wir uns dann ein ergänzendes Buch zu Social Justice holen und unsere Veranstaltungen mit ein paar von den sozialkritischeren Übungen aufwerten. ✖

Sivasailam Thiagarajan, Samuel van den Bergh
INTERAKTIVE TRAININGS-METHODEN
Thiagis Aktivitäten für berufliches, interkulturelles und politisches Lernen in Gruppen
WOCHEN SCHAU VERLAG

✖ Sivasailam Thiagarajan, Samuel Bergh: Interaktive Trainingsmethoden. Thiagis Aktivitäten für berufliches, interkulturelles und politisches Lernen in Gruppen. Wochenschau Verlag (SchwalbachTs.) 2014. 318 Seiten. ISBN 978-3-89974-989-2. Preise: D: 29,80 EUR, A: 30,70 EUR, CH: 40,90 sFr.

ÜBER DEN AUTOR

✖ *Manfred Köhnen arbeitet seit 2004 als Organisationsberater und Trainer zu gleichstellungspolitischen Themen. Als Diplomsoziologe beforscht er die Intersektionalität von »Class, Race, Gender« auf den Arbeitsmärkten der EU mit quantitativen Methoden. Gender Mainstreaming und Diversity Management hält er der Idee nach für neoliberale Strategien, findet aber, sie hätten trotzdem emanzipatorisches Potenzial: »Es kommt halt darauf an, was man daraus macht. Das ist wie bei Beton.«*



graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



„Die GWR wird auch von 40 Jahren Idealismus getragen, der über Generationen reicht. Der Luxus, sich eine gewisse Sturheit in der politischen Haltung leisten zu können, macht gleichzeitig auch ihre Stärke aus. Auf die nächsten 40 Jahre." (Neues Deutschland, 08./09.09.2012)

Probeheft kostenlos. Abo (10 Ausg.): 30 Euro
Bei: **GWR-Vertrieb, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-2160940-7, Fax: -79, abo@graswurzel.net. Bestellformular unter: www.graswurzel.net/service/**

GWR Nr. 392, Okt.: Schwerpunkt: Antimilitarismus, Ukraine/Russland; 100 Jahre 1. Weltkrieg; Interview: 25 Jahre Unrast; Recht auf Stadt; Anarchismus; Gewaltfreiheit & Revolution; Limesse; Hair; Kommune-Bewegung; ...

FORUMRECHT

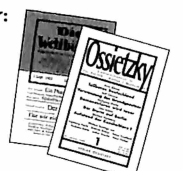
Ausgabe 3/14: Beat it! - Opportunismus und Repression

Ältere Ausgaben und call for papers:
www.forum-recht-online.de
twitter.com/_ForumRecht



Informativ, knapp und klar:

Ossietzky



Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

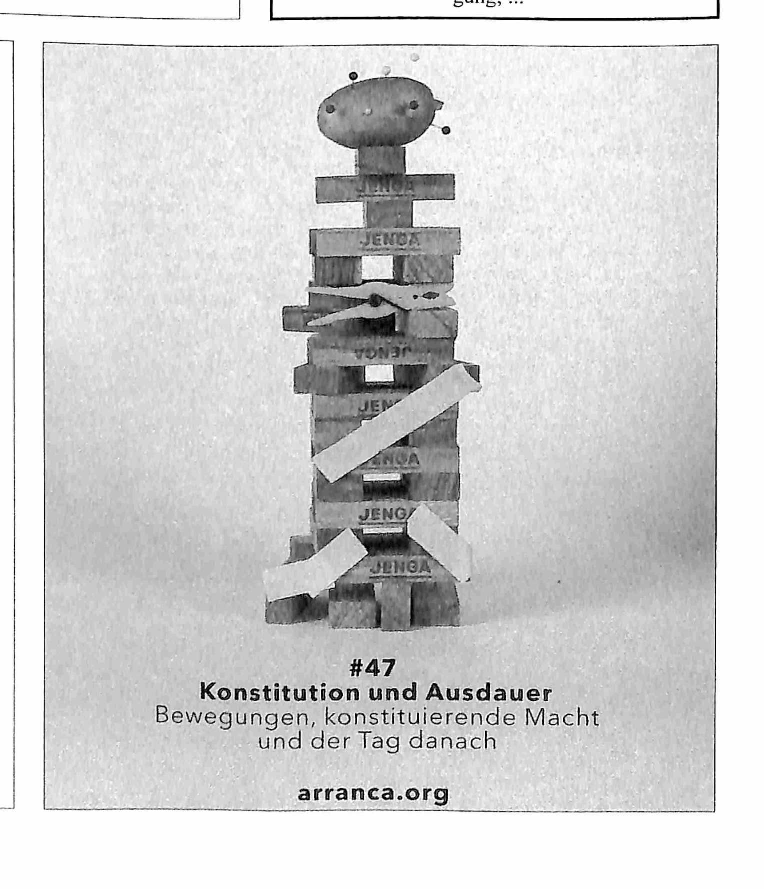
»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen in Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky unter Mitarbeit von Daniela Dahn und Rainer Buteschön. Herausgegeben von Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler und Eckart Spoo

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Verlag Ossietzky GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net



ANZEIGEN

BACKLIST

2014 #66 Hellersdorf und die Folgen #65 Flüchtlingsbewegungen **2013** #64 Linke Diskussionskultur #63 Repressive Toleranz **2012** #62 20 Jahre neue antir. Bewegung #61 Critical Whiteness (*) #60 Rassismus in der Krise **2011** #59 Antiziganismus in Europa #58 It's All Natural **2010** #57 Krieg! Im Westen nicht Neues? #56 Islambilder 2 **2009** #55 rasse·kultur·macht #54 Osteuropas rechte Ränder **2008** #53 Homophobie #52 Antidiskriminierung **2007** #51 Grenzerfahrungen #50 Verschwörungen **2006** #49 Nationale Befreiungsbewegungen #48 Die Türkei in Europa **2005** #47 Produktionen des Westens, Gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ #46 Lechts und Rinks **2004** #45 Migration von Frauen (*) #44 Migrationsmanagement (*) **2003** #43 Antiziganismus (*) #42 911 Turbo **2002** #41 Monster AG #40 Blitzkultur **2001** #39 Antisemitismus (*) #38 Abschiebeknäste **2000** #36/37 Zimmer ohne Aussicht #35 Schengenland (*) #34 Islambilder **1999** #33 Konzepte antirassistischer Arbeit #32 Die Bilder-Zag #31 Gesundheit als Privileg #30 Das Ende der Tabus **1998** #29 Sport und Rassismus #28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte #27 Antirassistische Jugendarbeit #26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997** #25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität #24 Globale Migrationskontrolle #23 Mobilität #22 City 2000 **1996** #21 Balkan, Krieg und Flucht #20 Ökologie #19 Einwanderungspolitik #18 VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹ (*) **1995** #17 Alltag-Kultur-Rassismus #16 Europa #15 Illegalisierung (*) #14 Deutscher Antirassismus?, Gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** #13 Polizei und Justiz #12 Rassismus und Soziale Frage #11 Innere Sicherheit #10 Rassismus und Bildung **1993** #9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (*) #8 Ausweisung und Abschiebungen (*) #7 Rassismus und Bildung (*) #6 Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne (*) **1992** #5 Roma in der BRD / Rostock (*) #4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda (*) #3 Wer schweigt, stimmt zu #2 Greift ein! – Schaut nicht weg **1991** #1 Rassismus tötet

(* = leider vergriffen)

ISSN: 2192-6719

IMPRESSUM

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961Berlin, Fax +49 (0) 30 6913005, **E-Mail:** redaktion@zag-berlin.de, **Internet**: www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, BIC: BFSWDE33BER / IBAN: DE19100205000003039601, **Gestaltung:** :::rainGroup-Agentur.com **Druck:** FATA MORGANA, **Gewerbliche Anzeigen:** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2007, **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer. Die **ZAG im Abonnement**: www.zag-berlin.de oder ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt**. **Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.